

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



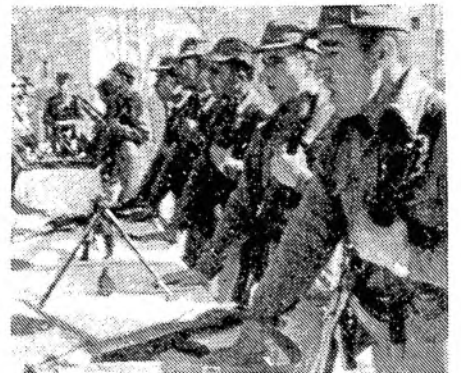
5. April 1986
Jg. 7 Nr. 7

G 7756 D

Preis:
2,50



EG-Türkei: Die türkische Bourgeoisie strebt den EG-Beitritt an
Seite 7



Afghanistan-Anhörung im Bundestag: Regierungslager poliert am Feindbild, Opposition macht mit
Seite 11



CDU-Landesverband NRW: "Wir-Gefühl" und "Soziales Gewissen" – CDU sucht Konzept für Nordrhein-Westfalen
Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Klassenjustiz: Lebenslänglich für alle politischen Gefangenen vorbereitet, Hungerstreik kriminell 4

EG-Türkei: Die türkische Bourgeoisie strebt EG-Beitritt an..... 7

Gesundheitswesen: Die teuren Betten sollen geräumt werden.... 7

Wehrbeauftragter: "Wer Leistung fordert, muß Sinn bieten" ... 8
Frühpensionierung läuft an..... 9

Afghanistan-Anhörung: Regierungslager poliert am Feindbild, Opposition macht mit..... 10
BRD zu Afghanistan: Für Freiheit, Gott und Gerechtigkeit..... 11

Auslandsberichterstattung

Azania: Was hat die National Union of Mineworkers erreicht? .. 12
Umschuldung: Weitere Aufrüstung gesichert 13

Brasilien: Gewerkschaften droht Isolierung..... 13

Shuttle-Explosion: Für den Profit gestorben 14

Frankreich: Gewinne der Reichen und Faschisten 14

Dänemark: Verbrauchssteuererhöhungen 15

Philippinen: Katholische Kirche unterstützt Frau Aquino..... 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen:
Ergebnisse und Tendenzen der Tarifbewegung 1985 18
Löhne verantwortlich für Arbeitslosigkeit?..... 18
Kampf um Entschädigungen ehemaliger Zwangsarbeiter 18
"Grüne Agrarpolitik" – Bilanz und Perspektiven 19

CDU: "Wir-Gefühl" und "Soziales Gewissen" – CDU sucht Konzept für NRW..... 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

NPD-Parteitag: 3000 demon-

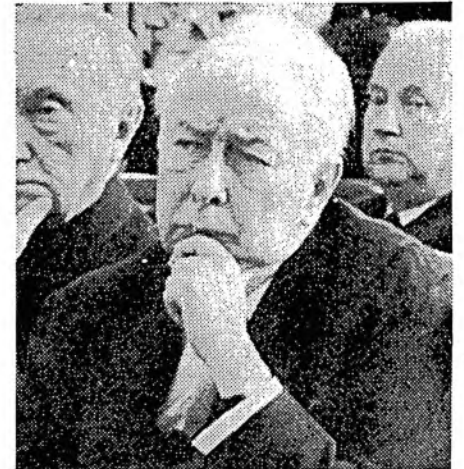
Polizei-Großeinsatz gegen kurdisches Neujahrs-Fest

Duisburg. Eine "gezielte Großkontrolle" führte die Polizei am 15.3. gegen die Teilnehmer einer Veranstaltung der Organisation Feyka-Kurdistan zum kurdischen Neujahrs-Fest in Duisburg durch. An den Ein- und Ausfallstraßen der Stadt waren Straßenkontrollen errichtet; in der Innenstadt wurden willkürlich Männer, Frauen und Kinder festgenommen und zur Überprüfung auf Polizeiwachen geschleppt; die Rhein-Ruhr-Halle war von Einheiten in Kampfanzügen umstellt. Nach eigenen Angaben überprüfte die Polizei 13 Busse, 350 PKWs und über 720 Personen. Die Feststellung der Personalien der 3000 Veranstaltungsbesucher vor der Halle konnte nur durch entschlossenes Verhalten der Teilnehmer verhindert werden. Die Veranstaltung fand mit Verspätung statt. – Feyka-Kurdistan weist in Erklärungen darauf hin, daß es keine rechtliche Grundlage für den Polizeieinsatz gab, wertet die Aktion als "gezielte Einschüchterung" und fordert zur Solidarität gegen solche "ungerechten Praktiken" auf. Die Begründung des Leiters der Duisburger Schutzpolizei, es ginge um die "Ergreifung gesuchter Personen", war fadenscheinig und ließ sich noch nicht einmal hinterher untermauern: 300 zunächst festgehaltene Personen mußten noch in der Nacht freigelassen werden, vier weitere kurz danach. Die bürgerliche Presse hetzte trotzdem gegen die Veranstalter. – (wof)

Staatsakt Gerstenmaier: Kontinuität der Reaktion

Für den verstorbenen früheren Bundestagspräsidenten E. Gerstenmaier hatte Bundespräsident von Weizsäcker einen Staatsakt und ein Staatsbegräbnis angeordnet: Gerstenmaier habe sich "um unser Vaterland verdient gemacht". Gerstenmaier verkörperte die Kontinuität der christlichen Reaktion – er selber beschrieb seine Vorstellungen als "preußischen Sozialismus" christlicher Prägung. Wie die meisten aus dem christlichen Teil des Bürgertums war er zwecks "Deutschlands Größe" für die Nazi-Terrorherrschaft emsig tätig gewesen: Angestellt beim "Kirchlichen Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche", reiste er im Auftrag des Auswärtigen Amtes z.B. im September 1941 auf den Balkan und berichtete: "Im Einvernehmen mit Herrn Gesandten Benzler schlage ich vor, möglichst rasch eine geeignete kirchliche Führung wiederherzustellen. Da der ... Metropolit Jossif mir als absolut deutschfeindlich dargestellt wurde ..., halte ich es ... (für) geboten, mit Bischof Nikolai von Zica einen Versuch zu machen ... und ihn für die antibolschewistische Propaganda und zur Unterstützung der Regierung Na-

deutsch einzusetzen." Als er die Faschistenherrschaft fürs "Reich" nicht mehr für geeignet hielt, dachte er mit anderen Christen im "Kreisauer Kreis" darüber nach, wie "die göttliche Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen" sei. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er zu Zuchthaus verurteilt. Von 1954 bis 1969 war er Bundestagspräsident und kümmerte sich um die "Identität der Deutschen". Er



ließ den Reichstag in Westberlin wieder aufbauen, drängte auf westdeutsche Kapitalexpansion – "An die Stelle der Angriffswaffe ist weithin das Geld getreten" – forderte nationalistische Gesinnung und dem "Blödsinn abzusagen, daß die persönliche und materielle Sicherheit das oberste Ziel und der letzte Sinn des eigenen Lebens sei" (1966). Unhaltbar in seinem Amt wurde er, als 1969 aufkam und zum Himmel stank, daß er wegen einer in der NS-Zeit angeblich entgangenen Professorenstelle einen Batzen Geld eingesackt hatte. Seitdem sprach er öfter auf konservativ-faschistischen Konferenzen. – (gba)

Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter

Vier ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter veröffentlichten in der letzten Woche einen Aufruf zur Bildung einer Interessengemeinschaft zusammen mit einer Dokumentation zum Thema Zwangsarbeit. Ihre Forderung nach Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter ist an die Konzerne gerichtet, die durch die brutalste Ausbeutung Riesenprofite kassierten. Die Initiative will auch erreichen, daß sich der Bundestag mit ihren Forderungen befaßt, und sie strebt Kontakte mit anderen Verfolgtenorganisationen an. In dem Aufruf heißt es: "Wir alle sind als Untermenschen behandelt worden, wir mußten schuften bis zum Umfallen, jeder Willkür ausgesetzt, zumeist in 12-Stunden-Schichten, bei Tag und Nacht, in Bergwerken, an Maschinen und am Bau, ungeschützt gegen Nässe und Kälte, und wir haben dafür entweder überhaupt keinen Lohn be-

kommen oder nur einen Bruchteil dessen, was uns zustand. Den Löwenanteil der durch dieses organisierte Verbrechen erwirtschafteten Gewinne in Milliardenhöhe haben industrielle Großunternehmen gemeinsam mit ihren Großbanken kassiert. Wir verlangen deshalb vom Bundesverband der Deutschen Industrie eine öffentliche Erklärung, daß die Sklavenarbeit für die Kriegswirtschaft im Nazi-regime ein Verbrechen war. Diese Konzerne sind verpflichtet, nach ihrem Anteil am System der Sklavenarbeit die bislang vorenthaltenen Lohnzahlungen einschließlich der Zinsen in einen Fonds einzubringen." Die Verwaltung soll durch ein Kuratorium der Interessengemeinschaft wahrgenommen werden. Neben Entschädigungsleistungen ist beabsichtigt, Forschungen, Dokumentationen und Ausstellungen über die Zwangsarbeit aus Mitteln dieses Fonds zu fördern. Die Initiative benötigt zur Durchsetzung der Ansprüche der ehemaligen Zwangsarbeiter breite öffentliche Unterstützung. – (düb)

Mai-Aufruf des DGB

In erster Linie kritisiert der DGB in seinem Mai-Aufruf die Sozialpolitik der Bundesregierung. Sie lasse die Massenarbeitslosigkeit bestehen, schwäche systematisch die Kampfkraft der Gewerkschaften, versetze die Arbeitnehmer in Existenzangst, spalte sie in Stamm- und Randbelegschaften. Sie propagiere den Rückzug des Staates aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung. Dagegen setzt der DGB: "Solidarität statt Spaltung der Gesellschaft! Solidarität statt Aufrechterhaltung von Vorrechten! Gleiche Chancen für alle! Eine berufliche und gesellschaftliche Zukunft für die Jungen." Mit Nachdruck

fordert er eine Investitionsoffensive für qualitatives Wachstum, Arbeit sei zu schaffen, wo sie gebraucht werde: "Im Umweltschutz, in sozialen Diensten, für mehr erschwingliche Wohnungen, für bürgerfreundliche, gesunde Städte, zeitgerechte Bildungsstätten, saubere Kraftwerke, bessere öffentliche Verkehrsverbindungen, kurzum: Arbeit zur Verbesserung unserer Umwelt." Ferner werden Forderungen nach weiteren spürbaren Arbeitszeitverkürzungen, Verbesserung der Realeinkommen und gerechterer Einkommensverteilung erhoben. Bemerkenswert und bedauerlich ist, daß eine Forderung gegen die Flexibilisierung nicht erhoben wird. Es wird eine große Aufgabe für das kommende Jahr bleiben, in den Betrieben die Abwehr der Flexibilisierung in allen ihren Erscheinungsformen zu festigen. Einstweilen geht die Demontage des freien Wochenendes weiter. Die besonders in der Kritik der Sozialpolitik hier und da enthaltenen Ansatzpunkte dürfen nicht darüber täuschen, daß der DGB mit diesem Aufruf auf Integration, im älteren Deutsch sagt man Burgfrieden, zielt und dabei Hand an ideologische Grundlagen der Arbeiterbewegung legt. Mit der Fassung "Solidarität statt Spaltung der Gesellschaft" ist der Solidarität die Wurzel im proletarischen Klasseninteresse abgetrennt. Die Solidarität der Arbeiterbewegung entwickelt sich ja im Kampf, sie ist die Kritik der Konkurrenz, in die der Kapitalismus die Arbeiter wirft. Das Ziel der Solidarität ist die Stärkung der Klassenfront. Der vom DGB ins Spiel gebrachte Solidaritätsbegriff ist bekannt und heißt, richtig geschrieben, Nächstenliebe. Der DGB leiht's von der SPD, die SPD borgt's bei der CDU, die CDU hat's vom Bischof, und hoch droben die Kapitalisten haben den Nutzen. – (maf)

strieren in Tuttlingen. Polizei verhaftet sechs Antifaschisten..... 22

"Stammheim": Filmbesprechung gibt Anlaß zu Landtagsdebatte ... 22

Wackersdorf: Trotz massiver Hetze beteiligten sich 100000.... 23

Südafrika-Boykott: Landrat: Boykottbeschluß wäre grundgesetzwidrig 23

Lufthansa Hamburg: Betriebsräte fordern Verbot der Leiharbeit und Festeinstellung der Leiharbeiter..... 24

Registrierung: Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben..... 25

Hoesch-Unfall: Was zählt ein Arbeiterleben? 25

Rom und Sinti in Hamburg: Kontinuität rassistischer Verfolgung: der späte Sieg des Faschismus über diese Völker 26
GAL zur Lage der Cinti und Rom.. 27
Deklaration der RCU Hamburg vom 9. Januar 1986 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

CDU-Nds.: Durch Senkung des Wohnmindeststandards zum Familienglück?..... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert: "Blockwarte moderner Kunst"..... 30

Aids-Kongreß München: "Der aufrechte Gang der Homosexuellen (ist) nötiger denn je" 31

Grüne gegen Gentechnologie: Noch mehr als der Kampf "gegen 'das Kapital'" 32

6. o. DK des BWK: Internationale Bedingungen des Klassenkampfes und Aufgaben des proletarischen Internationalismus – Richtlinie für die Propaganda 34

Spezialberichte

Asylgesetz: Kirchen und Wohlfahrtsverbände gegen Verschärfungsvorhaben..... 36
Niedersachsen: Unterstützung der Asylbewerber ist nötig 36
Sachverständige vor dem Innenausschuß. 38

Titelbild: Paketabfertigung beim Postamt, mas, HH



Etwa 500000 Teilnehmer hatten nach Angaben der Veranstalter die diesjährigen Ostermärsche. An der Abschlußkundgebung des Ostermarsches Rheinland beteiligten sich etwa 5000. Ihre Forderungen richteten sich vor allem gegen eine Beteiligung am SDI-Programm. Der Landesvorsitzende der IG DruPa trat für die Umrüstung von Kriegs- auf Friedensproduktion in der BRD ein. – (uld)

Klassenjustiz

Lebenslänglich für alle politischen Gefangenen wird vorbereitet Hungerstreik für Zusammenlegung kriminell

Die Staatsschutzsenate in der BRD haben in den letzten Monaten den Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand für Zusammenlegung in große Gruppen und Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention "aufgearbeitet". Was dabei heraus kam ist einmalig in der Geschichte politischer Strafjustiz: (I)

Bereits im "Stammheim-Prozeß" gegen Andreas Baader u.a. hatte das OLG Stuttgart die Beteiligung an einem Hungerstreik als Unterstützung der RAF kriminalisiert (II). Dieses Urteil blieb aber zunächst vereinzelt und hatte bei den Hungerstreiks 1981 und 1984/85 keine unmittelbare Konsequenz. Mit dem Hungerstreik 1984/85 kam die Regierung zeitweise in eine schwierige Situation: die Aktionen zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen gewannen Gewicht, die GRÜNEN im Bundestag konnten zu einer Gesetzesinitiative gegen Isolationshaft gedrängt werden.

Doch die Geschichte dieses Entwurfs ist bezeichnend für den weiteren Gang der Auseinandersetzung gegen die Isolationshaft. Nach dem Abbruch des Hungerstreiks verschwand auch zunehmend die politische Unterstützung der Forderungen der Gefangenen aus der öffentlichen Auseinandersetzung, und so konnten es sich die GRÜNEN erlauben, den ungeliebten Gesetzentwurf in der Schublade zu lassen und ihn bis zum heutigen Tag nicht der 1. Lesung im Bundestag zuzuführen.

In den folgenden Monaten des Jah-

res 1985 wurde nicht nur die Isolationshaft in vollem Umfange weiter praktiziert, die Kriminalisierung und Verfolgung des Kampfes gegen die Isolationshaft wurde planmäßig von der Bundesregierung und der ihr zugeordneten Bundesanwaltschaft betrieben.

In allen ab Januar 1985 erhobenen Anklagen des Generalbundesanwaltes wegen § 129a wurde die mitgliederschaftliche Betätigung nach der Inhaftierung als Anklagepunkt eingebaut. Zur ersten Aburteilung war dann das Oberlandesgericht Stuttgart unter Vorsitz des Richters Berroth aufgerufen. Es verurteilte Claudia W. wegen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion in Tateinheit mit Unterstüt-

zen einer "terroristischen Vereinigung" zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren. Claudia W. hatte am 20. 1.85, also während des Hungerstreiks, zusammen mit dem bei dem Anschlag getöteten Johannes Th. eine Niederlassung der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Stuttgart-Möhringen angegriffen. Beide waren nicht in der RAF gewesen, wollten mit ihrer Aktion die Forderungen der Gefangenen unterstützen und so insgesamt den Kampf für den Aufbau einer antiimperialistischen Front in Westeuropa voranbringen.

Aus dem Urteil gegen Claudia:

"Ganz im Sinne der ihnen aus jahrelang sympathisierender Beobachtung als terroristischen Vereinigung wohl bekannten 'RAF' ... wollten sie sich in die gemeinsame Front einreihen und einen aktiven Kampfbeitrag leisten. Daß sie damit die Möglichkeiten der 'RAF' zu wirksamen eigenen Aktionen förderten ... war ihnen nur recht und wohlbekannt. Damit haben die Angeklagte und Thimme durch ihren Sprengstoffanschlag vorsätzlich eine Vereinigung unterstützt, deren Zwecke oder Tätigkeiten darauf gerichtet sind, Morde, Sprengstoffanschläge und andere schwere Straftaten zu begehen." (III)

Gestützt auf dieses Urteil verurteilte dann am 21.1.86 das Hanseatische Oberlandesgericht Elisabeth M. wegen Unterstützens einer "terroristischen Vereinigung" und gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu 18 Monaten Freiheitsstrafe (IV).



Unterstützung des Hungerstreiks in Hamburg Jan. 1985

Kapitalexporte 1985: So hoch wie nie zuvor

Die ausländischen Kapitalanlagen westdeutscher Kapitalisten überschritten Ende 1985 den Wert von 130 Mrd. DM. Damit übertrafen diese im Ausland angelegten Vermögen der BRD-Kapitalisten das Nennkapital aller Aktiengesellschaften in der BRD. Das geht aus der neuesten Kapitalexportstatistik des Bundeswirtschaftsministeriums hervor. 1985 exportierten westdeutsche Kapitalisten danach 13,6 Mrd. DM Kapital ins Ausland. Hauptanlageland waren erneut die USA, wo westdeutsche Kapitalisten zusätzlich 7,7 Mrd. DM in Fabriken, Aktien und anderen Unternehmensbeteiligungen investierten. 2,6 Mrd. DM legten sie in Großbritannien an, 2,2 Mrd. DM in anderen EG-Staaten. Nach Branchen waren erneut die Chemie-monopole Spitzenreiter im Kapitalexport. Sie legten weitere 4,1 Mrd. DM

im Ausland an, gefolgt von den Banken mit 2,8 Mrd. DM, Versicherungen mit 2,1 Mrd. DM, Fahrzeugbau mit 1,3 Mrd. DM, Elektro mit 880 Mio. DM. Weltweit wachsen so die Ansprüche westdeutscher Kapitalisten, während sie in der BRD in der "Bekämpfung des Anspruchsdenkens" der Lohnabhängigen fortfahren. — (rül)

GRÜNE: Gegen polizeiliche Unterstützung Südafrikas

In zwei Entschließungsanträgen an den Bundestag fordert die Bundestagsfraktion der GRÜNEN die Bundesregierung auf, erstens die Abberufung des südafrikanischen Militärattachés aus der BRD zu erwirken und zweitens jede "Zusammenarbeit polizeilicher und nachrichtendienstlicher Art mit Südafrika einzustellen ... Die Bundesregierung möge ferner sicherstellen, daß auch auf dem Umweg über die Nachrichtendienste dritter Länder keine Zusammenarbeit und kein

Datenaustausch mit Südafrika stattfindet." Beide Anträge sind noch nicht im Bundestag behandelt. In der Begründung verweisen die Grünen auf eine Antwort der Bundesregierung, in der diese erklärt hatte, mit der südafrikanischen Polizei finde "ein gewisser Austausch" zum "Thema Terrorismusbekämpfung" statt. Dazu aber gehört insbesondere die Bekämpfung der Befreiungsbewegungen. (Bundestagsdrucksachen Nr. 10/5202, 5203 — uld)

Kindergeburtstag: Dafür gibt's keine Sozialhilfe!

Sozialhilfeempfänger haben keinen Anspruch auf Gewährung einer Beihilfe zur Ausrichtung eines Kindergeburtstages. Das entschied jetzt die 4. Kammer des Verwaltungsgerichts Braunschweig. Durch Sozialhilfe solle der "typische, regelmäßig wiederkehrende Lebensunterhaltsbedarf eines Hilfeempfängers" abgedeckt werden.



Karlsruhe 26.01.85. Die Klassenjustiz will in Zukunft solche Demonstrationen als Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" unterbinden.

Elisabeth hatte am 23.1.85 an einer Aktion in Hamburg-Altona teilgenommen, in deren Verlauf zahlreiche Schaufenster zu Bruch gingen und Flugblätter für sofortige Zusammenlegung und der Losung "Nieder mit den Knästen" zurückgelassen wurden. Gerade diese Parole zeige, so die Staatschutzrichter, daß "humanitäre Anliegen nur vorgeschützt" gewesen seien. In Wirklichkeit sei es der Angeklagten darum gegangen, "die Terroraktionen der 'RAF' zu unterstützen".

Wie willkürlich jeweils die Begründung im Rahmen des § 129a gewählt wird, zeigt gerade dieses Urteil. Es verzichtet darauf zu behaupten, der Hungerstreik selbst sei eine "terroristische Aktion". Er sei aber von der RAF unterstützt worden, "um ihn propagandistisch auszunutzen" für ihre Ziele, was "auch die Öffentlichkeit sah". Wer wie die Angeklagte in

Kenntnis dieses Umstandes den Hungerstreik unterstützte, unterstützte damit auch die RAF.

Das Oberlandesgericht Koblenz weitete mit seinem Urteil v. 4.2.86 gegen Walter H. und Thilo Sch. den Anwendungsbereich des § 129a noch beträchtlich aus (V). Thilo Sch. hatte sich als sozialer Gefangener in der Vollzugsanstalt Saarbrücken dem Hungerstreik angeschlossen. In seiner Hungerstreikerklärung hatte er geschrieben:

"Weil ich selbst erfahren mußte, was es bedeutet, mit totaler Isolation und dem systematischen Entzug aller sinnlichen Reizwahrnehmungen gefoltert zu werden, was es heißt, den zerstörerischen Sonderhaftbedingungen und der lückenlosen Überwachung aller Lebensbereiche in Hochsicherheitstrakten unterworfen zu sein, und weil diese Bedingungen vom Justizap-

parat zunehmend als Mittel zur Ausschaltung, Brechung und Umerziehung jeglicher Art von Widerstand und unangepaßtem Verhalten konzipiert werden, da das staatliche Vernichtungskalkül also nicht nur auf die Gefangenen aus der Guerilla abzielt, stelle ich mich mit meiner Aktion bewußt in Zusammenhang mit dem Kampf der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand." Das OLG Koblenz verurteilte Thilo zu drei Monaten Freiheitsstrafe wegen Unterstützung der RAF:

"Die Absicht, der RAF Hilfe für den Hungerstreik ihrer gefangenen Mitglieder zu gewähren, geht aus der Hungerstreikerklärung selbst klar hervor. Sein offenes Bekenntnis im Schlußwort zu einem 'revolutionär-antiimperialistischen Kampf' lassen über seine Beweggründe keine Zweifel aufkommen".

Walter wurde ebenfalls zu drei Monaten verurteilt. Er soll die Hungerstreikerklärung von Thilo in einem Flugblatt verbreitet haben. "Das Flugblatt enthält zwar auch Ausführungen zu – angeblich – unmenschlichen Haftbedingungen. Angesichts des klaren Bekenntnisses zur RAF und den kämpfenden Gefangenen kann es aber nicht ausschließlich als ein Aufruf zu humanitärer Hilfe verstanden werden."

Am 5.2.86 verurteilte das Bayerische Oberste Landesgericht Volker Staub und Barbara Ernst zu je vier Jahren wegen Mitgliedschaft in der RAF. Das Gericht stellte fest, daß den beiden keine konkreten Straftaten i.S.d. § 129a nachzuweisen gewesen wären. Ihr unbedingtes Festhalten an den Zielen der RAF erfordere es aber, nahe an die Höchststrafe von fünf Jahren zu gehen.

Am 20.3.86 verurteilte das OLG Stuttgart Christa E. zu acht Jahren,

Kosten von Geburtstagsspielen gehörten dagegen "nicht zum notwendigen Unterhalt im Sinne der Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes". Da sieht man, in welchem Luxus die Kindergeburtstag-feiernden Arbeiter prassen! (AktZ: 4 VG D 91/85 – rül)

Kohl: Und nun auf zu den Sudeten!

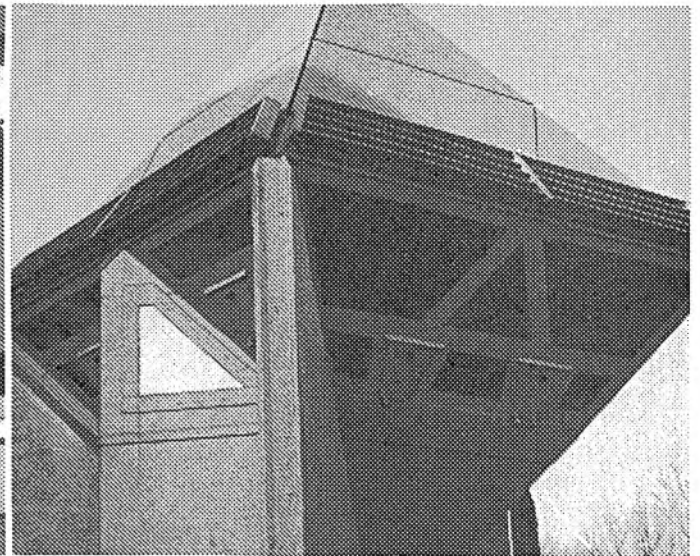
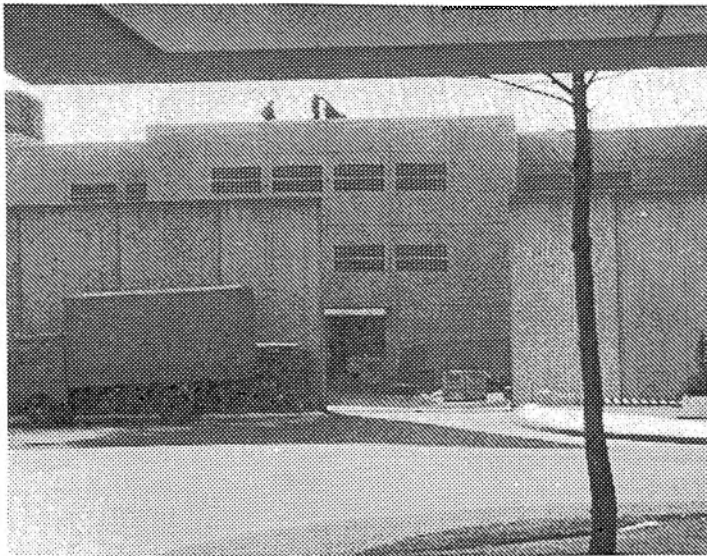
Am 18. Mai wird Helmut Kohl als erster Kanzler auf einem Bundestreffen der revanchistischen Sudetendeutschen Landsmannschaft sprechen. Die Sudetendeutschen treffen in München zusammen. Satzungsziel der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist, "den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung (d.h. großer Teile des Staatsgebiets der Tschechoslowakei, d. Red.) und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen." Zu Recht wirft die tschechoslowakische Regierung diesem Verband seit Jahren eine

Politik vor, "die im Widerspruch zu den Beschlüssen der Siegermächte aus dem Jahre 1945 in Potsdam, zu dem Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der CSSR und der BRD ..." steht. Verbandssprecher ist der ehemalige bayerische Staatsminister Neubauer. Zu seinen Vorgängern zählte u.a. der Redakteur des NSDAP-Gauorgans für die Sudetengebiete und spätere CSU-MdB Dr. Becher. Offenbar hält Kohl die Stellung der BRD für gestärkt genug, um nach dem Schleiserauftritt nun auch gegenüber der CSSR offen Gebietsansprüche erheben zu können. – (rül)

Zwei SDI-Abkommen unterzeichnet

Am 27. März hat Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) in Washington zwei Abkommen unterzeichnet, mit denen die Bundesregierung die westdeutsche Beteiligung an dem Weltraumrüstungsprogramm SDI der

USA ordnet. Das eine Abkommen enthält nach offizieller Darstellung "Richtlinien deutscher Firmen-Mitarbeit an der SDI-Weltraumforschung". Das andere Abkommen soll ein "allgemeines Abkommen über Technologieaustausch" sein und wird vermutlich die Bedingungen für die Fortsetzung westdeutscher "Ostgeschäfte" regeln. Dazu paßt auch, daß Bangemann betont, er habe erst in den letzten Tagen die "Einbeziehung Westberlins" in beide Abkommen erreicht. Beide Abkommen sind geheim und sollen auch nicht dem Bundestag zur Ratifizierung vorgelegt werden. Nach der kurz nach ihrem Antritt begonnenen Stationierung der Mittelstreckenraketen hat die Bundesregierung damit den westdeutschen Kapitalisten und Militärs die Beteiligung an Weltraumrüstungen erschlossen. Das Gewicht der BRD im Bündnis wie ihre Aggressivität nach Osten wird durch diese Abkommen weiter steigen. – (rül)



Hochsicherheitstrakt in Bielefeld: Statt Fenster Sehschlitze. Die Isolationshaft von politischen Gefangenen soll in den Trakten lebenslang dauern.

Ingrid J. zu 9 Jahren und Manuela H. zu 15 Jahren Freiheitsstrafe. Christa und Ingrid wurde neben Mitgliedschaft in der RAF der Zugang zu schweren Waffen, Manuela fünf Schüsse auf Polizisten als "versuchter Mord" zur Last gelegt. Bei allen dreien wurde, so Richter Nagel in der mündlichen Urteilsbegründung, strafscharfend bewertet, daß sie am Hungerstreik "als Mitglieder der RAF teilnahmen, mit dem die Ziele der RAF gefördert werden sollten."

Die vorläufig letzte Ausweitung des Anwendungsbereiches der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" nimmt die jetzt von der Bundesanwaltschaft erhobene Anklage (VI) gegen die Mitte 1985 verhafteten Mareile Sch. und Ingrid B. vor:

Ingrid habe sich spätestens seit dem 30.6.82 der RAF angeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt saß sie, seit Mai 1980 bis Mai 1984, als Mitglied der Be-

wegung 2. Juni im Knast. Sie habe sich im Knast am Hungerstreik 1981 beteiligt, den "die RAF geplant und vorbereitet" habe, sie habe sich den Forderungen nach Zusammenlegung in großen Gruppen angeschlossen und mehrfach darum bemüht, mit Gefangenen aus der RAF zusammengelegt zu werden. Die Verteidiger schreiben in einer Presseerklärung:

"Mit der jetzt vorliegenden Anklageschrift wird die Konstruktion aufgebaut, daß es möglich sein soll, sich an eine bewaffnet kämpfende Gruppe im Knast anzuschließen und dadurch Mitglied in der RAF zu werden. Dadurch wird mit dieser Anklageschrift jede Lebensäußerung von Gefangenen, deren Kern die politische Identität ist, die sich natürlich vom ersten Tag an und in allem ausdrückt, kriminalisiert ... Dies bedeutet letztlich lebenslanglich Inhaftierung ... Mit dieser Konstruktion versucht die Bundesanwalt-

schaft (weiter) den gesamten antimperialistischen Widerstand zu kriminalisieren über die Diskussion mit den Gefangenen. Zugleich soll ein Kommunikationsverbot mit den Gefangenen aus der RAF juristisch durchgesetzt werden."

(I) Hungerstreiks in den Knästen führten z.B. nach dem 1. Weltkrieg Mitglieder des Spartakus durch, vgl. Hölz, Vom weißen Kreuz zur roten Fahne, 1929. Auf den Gedanken, deswegen neue Strafverfahren einzuleiten, kam die reichsdeutsche Klassenjustiz jedoch nicht.

(II) OLG Stuttgart, Anw.bl. 75, 244

(III) OLG Stuttgart, Urteil v. 23.10.85, 5-1 StE 5/85

(IV) OLG Hamburg, Urteil v. 21.1.86, 2 OJs 4/85

(V) OLG Koblenz, Urteil v. 4.2.86, OJs 7/85

(VI) Anklage gegen Mareile Sch. u. Ingrid B. v. 5.2.86, 1 BJs 104/85 - (hem)

"Ausland drängt in D-Mark"

Mit dieser Schlagzeile meldete das "Handelsblatt" am 27.3., daß im April die bislang höchste Zahl ausländischer Anleihen auf dem westdeutschen Kapitalmarkt aufgelegt werden wird. Insgesamt 39 Anleihen über 9,09 Mrd. DM sind beim "Zentralen Kapitalmarktausschuß" westdeutscher Banken angemeldet und genehmigt und sollen nun in diesem Monat verkauft werden. Damit ist das für April beschlossene Anleiheprogramm umfangreicher als das ganze D-Mark-Anleiheprogramm von 1976. Wie das "Handelsblatt" weiter meldet, habe man unter Fachleuten wenig Sorge, das geplante Volumen an Schuldscheinen auch "plazieren", d.h. verkaufen zu können. Das Publikum für so was, die westdeutschen Kapitalisten, sind groß bei Kasse. Führend in diesem Geschäft sind die Deutsche Bank, Dresd-

ner Bank und Commerzbank sowie die Westdeutsche Landesbank, die jeweils 5 bis 8 Anleihen "managen" und die entsprechenden Provisionen einstecken werden. Die westdeutschen Kapitalisten steigern so ihre Ansprüche auf Zins und Tilgung durch ausländische Schuldner - und ihre Einmischungsmöglichkeiten in andere Länder - wie nie zuvor. - (rül)

Krankenversicherung: Für Leitende mehr "Wahlrecht"

Die Bundesregierung will die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung weiter einschränken und den Kapitalisten mehr Teilzeit ermöglichen. Leitende Angestellte, die bisher schon wegen hoher Einkommen die Pflichtversicherungsgrenze überschritten und freiwillig versichert waren, wurden bisher, so sie von den Kapitalisten z.B. wegen Alters auf Teilzeit gesetzt wurden, damit auch pflichtversichert. Dies erschwerte

den Kapitalisten die Anordnung von Teilzeitarbeit. Deshalb sollen künftig Lohnabhängige, die Einkommen oberhalb der Pflichtversicherungsgrenze bezogen, auch dann freiwillig versichert bleiben, wenn ihr Einkommen unter diese Grenze fällt. Faktisch wird damit - wenn auch für ausgesuchte Teile der Lohnabhängigen - die Versicherungspflicht vollends zur Farce. Der DGB hat gegen diesen Gesetzentwurf protestiert. (BT-Drucksache 10/4741 - rül)

Gesamtmetall: Auf jeden Fall Tarifsenkung für Ungelernte!

Gesamtmetall nutzt die "Friedenspflicht" weidlich. Über das Institut der deutschen Wirtschaft ließen die Kapitalisten feststellen: "Den überhöhten Mindestlohn, der im Laufe der Zeit durch die Sockelei aufgebaut wurde, könne selbst eine moderate Lohnpolitik nicht auf die wirtschaftlich angemessene Höhe zurückfüh-

EG-Türkei

Die türkische Bourgeoisie strebt EG-Beitritt an

Mitte März kündigte der türkische Ministerpräsident Özal an, er wolle noch in diesem Jahr einen Antrag auf Mitgliedschaft der Türkei in der EG stellen. Die Verhandlungen, so Özal weiter, würden vermutlich drei bis vier Jahre dauern. Die Mitgliedschaft der Türkei in der EG könne dann in etwa zehn Jahren wirksam werden. Während dieser Zeit könne man auch die Verwirklichung der Freizügigkeit für türkische Lohnabhängige in die EG "in der Schwebe halten". Insbesondere die Bundesregierung fordert seit langem, daß die – im Assoziierungsabkommen zwischen der EG und der Türkei Anfang der 60er Jahre vereinbarte – Freizügigkeit für türkische Lohnabhängige nicht in Kraft tritt.

Die türkische Ankündigung war von den Imperialisten erwartet worden. Nachdem Spanien und Portugal, die u.a. beim Export von Nahrungsmitteln und Textilien in die EG mit der Türkei konkurrieren, seit Jahresanfang EG-Mitglieder sind, können die Imperialisten in der EG ihren türkischen Lieferanten mit Verweis auf diese neuen EG-Mitglieder noch niedrigere Preise diktieren. Die türkische Zentralbank hat diesem Druck schon nachgegeben. Am 14.3. wertete sie die türkische Lira gegenüber den Währungen der EG-Staaten um 4,9 bis 6,8% ab. Dadurch sinkt der Preis türkischer Exporte in die EG, während der Schuldendienst noch drückender wird. Die Abhängigkeit der Türkei von der EG steigt weiter. Um die Konkurrenzposition türkischer Kapitalisten bei ihren Lieferungen in die EG der Stellung spanischer und portugiesischer Kapitalisten und

Großgrundbesitzer anzugleichen, lag deshalb ein solcher türkischer Beitrittsantrag seit langem nahe.

Dennoch reagierte die Bundesregierung auf die Ankündigung der türkischen Regierung schroff abweisend. Ein Beitritt der Türkei in die EG sei mittelfristig nicht "aktuell", Özals Ankündigung "unrealistisch", hieß es in ersten Reaktionen. Die Türkei solle erst einmal die im Assoziierungsabkommen vorgeschriebene Zollfreiheit für Exporte aus der EG einräumen. "Die Schaffung einer Zollunion aber sei Voraussetzung dafür, daß ein Beitrittsantrag überhaupt erst geprüft werde." (FAZ, 19.3.) Das Ziel, das die Bundesregierung mit diesem Widerstand gegen einen türkischen Beitritt verfolgt, ist: Die Türkei soll die Pflichten eines mit der EG assoziierten Staates erfüllen, ohne irgendwelche Rechte als Mitglied zu besitzen. Oberste Pflicht eines mit der EG assoziierten Staates aber ist es, seinen Markt den Exporten der EG zu öffnen und seine Lieferungen in die EG so billig wie möglich zu machen. Schon vor Jahren hatte einer der außenpolitischen Berater der Bundesregierung das Ziel westdeutscher Türkeipolitik damit umschrieben, der Türkei eine "fortdauernde Assoziation" zur EG einzuräumen. Das ist eine diplomatische Umschreibung für Halbkolonie der EG.

Um den türkischen Kapitalisten diese Bindung an die EG reizvoller zu machen und ihre von den Militärs mit diktatorischer Gewalt, mit Folterungen und Ausnahmezustand gestützte Herrschaft abzusichern, will die EG der Türkei nunmehr auch offiziell wieder Kredit geben. Seit 1981 hatte die EG ihre im "vierten Finanzprotokoll" der Türkei zugesagten Kredite mit Verweis auf den Militärputsch blockiert. Diese belaufen sich auf im-

merhin 1,3 Mrd. DM und sollen nun nach der Tagung des "Assoziationsrat EG-Türkei" im Herbst dieses Jahres ausgezahlt werden. Als weiteren Beweis dafür, daß man auf imperialistischer Seite die Lage in der Türkei für "normalisiert" hält, weilte in den vergangenen Tagen eine Delegation des Bundestags – mit Ausnahme der Grünen – in der Türkei. Außerdem will die Parlamentarische Versammlung des Europarats vom 30. Juni bis 3. Juli in Istanbul tagen.

Dagegen hat der Europäische Gewerkschaftsbund in Brüssel protestiert. In einer Erklärung wies der EGB darauf hin, daß noch immer 1478 türkische Gewerkschafter vor Gericht angeklagt seien. 78 Vertretern des von den Militärs sofort nach ihrem Putsch 1980 verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK drohe weiter die Todesstrafe. Der EGB forderte die Einstellung aller Gerichtsverfahren gegen Mitglieder des DISK und die Aufhebung des DISK-Verbots.

Quellenhinweis: Welt der Arbeit, 20.3.86; FAZ, 18. bis 27.3.86; Handelsblatt, 17. bis 27.3.86 – (rül)

Gesundheitswesen

Die teuren Betten sollen geräumt werden

Auf der letzten Sitzung der Konzentrierten Aktion Gesundheitswesen hat Bundesarbeitsminister Blüm angekündigt, daß die Regierung ein Gesetz zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit ausarbeiten will, das zum 1.7.1987 oder spätestens zum 1.1.1988 in Kraft treten soll. Neben Luxemburg ist die BRD der einzige EG-Staat, wo das Risiko der Pflegebedürftigkeit nicht abgesichert ist. Bei stationärer

ren." Die Löhne für "weniger qualifizierte" müßten direkt gesenkt werden – entweder durch Einstiegslohngruppen oder durch Kürzung des Urlaubsanspruchs von sechs auf vier Wochen. (HB 10.3.86) – Geschäftsführer Kirchner stellte fest, daß die Inflationsrate inzwischen eine Null vor dem Komma habe und insofern die "Maximalforderungen" der IGM "keine realistische Grundlage" mehr hätten. Die bundesweite Übernahme eines einheitlichen Abschlusses hänge davon ab, daß die Höhe "für alle Metallbranchen noch erträglich sei". (HB 11.3.) – Von der 2. Verhandlungsrunde in Nordwürttemberg/Nordbaden berichtete ein IGM-Vertreter: Die Kapitalisten würden gegen den Mindestbetrag von 150 DM auftreten, weil sie für die unteren Lohngruppen den Sozialhilfesatz für mehr als angemessen hielten. Die Tarifkommission der IGM beschloß in diesem Tarifbezirk vier "Aktionstage" zwischen dem 5. und 14. Mai. – (poj)



Anschlag auf die Texaco-Raffinerie in Hemmingstedt, Brandanschlag auf eine Polizeistation, dann Anschläge auf das Kernkraftwerk Brokdorf und das Bayer-Chemiewerk – das war die Manöverlage für eine einwöchige Übung von 450 Mann der Grenzschutzabteilung Küste 3 des BGS in Brunsbüttel. Chemiewerke und Schleuse wurden bis an die Zähne bewaffnet bewacht, das gesamte Stadtgebiet "beweglich überwacht". Krönender Abschluß: Der BGS stürmte im Kugelhagel ein Haus. Bilanz: Ein "Terrorist" tot, zwei verletzt. – (chb)

Pflege betragen die jährlichen Kosten in den höchsten Pflegeklassen 30000 bis 40000 DM. Für die arbeitenden Klassen ist Pflegebedürftigkeit deshalb gleichbedeutend damit, zum Sozialhilfeempfänger herabgedemütigt zu werden. Fast 2 Mio. pflegebedürftige Menschen sind davon in der BRD und Westberlin betroffen. 250000 sind in Heimen untergebracht; 1,5 Mio. werden zu Hause gepflegt, davon sind 600000 Schwer- und Schwerstpflegebedürftige.

Aber nicht die elenden Lebensverhältnisse dieser Pflegebedürftigen will Blüm beseitigen. Für Blüm besteht das Problem darin, daß gegenwärtig ca. ein Drittel der Aufwendungen der Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege verausgabt werden. Während z.B. die Gewerkschaft ÖTV es zur Aufgabe des Staates erklärt, das Risiko der Pflegebedürftigkeit sozial abzusichern, soll das angekündigte Gesetz diese Kosten den Krankenversicherungen aufbürden und damit den Beitragszahlern. Die Gesamtkosten der Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit bezifferte Blüm auf 2 Mrd. DM. In einer Debatte des Bundesrates, wo ein ähnliches Gesetzesvorhaben beraten wurde, errechneten verschiedene Redner, daß die Krankenversicherungsbeiträge dadurch um 1,5 % steigen müßten.

Eine weitere Steigerung der Krankenversicherungsbeiträge ist aber in Wirklichkeit nicht geplant. Blüms Rechnung geht davon aus, daß 100000 Krankenhausbetten in der BRD und Westberlin abgebaut werden müssen, daß viele Krankenhausbetten "fehlbelegt" seien. In dem Ziel, daß die Krankenhausbetten von "Pflegefällen" geräumt werden müssen, sind sich SPD und CDU einig. So greift der hessische Staatsminister Clauss (SPD) in besagter Bundesratsdebatte die Behauptung des Westberliner Senators Fink (CDU) auf, daß 30 % bis 40 % der internistischen Krankenhausbetten "fehlbelegt" seien, und fordert: "Diese 30 % bis 40 % müssen ja auch finanziert werden... Wenn tatsächlich eine Beitragssenkung und eine Strukturverbesserung möglich sind, dann müssen die Menschen aus den falschen und zu teuren Betten".

Die vorrangige Förderung der häuslichen Pflege, wie sie Blüms Gesetzesvorhaben vorsieht, soll nur den Vorwand bieten für den Rausschmiß von Kranken und Pflegebedürftigen aus den Krankenhäusern, und Krankenhausbetten sollen in Sterbebetten umgewandelt werden. Wer trotzdem auf Krankenhausbehandlung seiner pflegebedürftigen Angehörigen besteht, soll als inhuman diffamiert werden. Die Forderung der Gewerkschaft ÖTV, für Ausstattung und Einrichtung stationärer Pflegeeinrichtungen verbindliche Standards zu entwickeln, wird deshalb zunehmend an Bedeutung gewinnen. — (kar)

Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Weiskirch an die Offiziere: "Wer Leistung fordert, muß Sinn bieten"

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages wird vom Parlament gewählt und stellt eine außermilitärische Kontrollinstanz für die Bundeswehr dar. Er hat das Recht auf unangemeldete Truppenbesuche und Einsicht in Dienstangelegenheiten; jeder Soldat kann sich mit Beschwerden an ihn wenden. Erkennt er sie als berechtigt an, weist er die betreffende Dienststelle oder den Vorgesetzten auf das Fehlverhalten hin. Er hat keinerlei Befehls- oder Weisungsbefugnis. Der Wehrbeauftragte ist verpflichtet, einmal im Jahr dem Parlament Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten.

Dieser Pflicht ist der neue Wehrbeauftragte Willi Weiskirch (CDU) in seinem ersten Jahresbericht für 1985 nachgekommen, den er am 11. März vorstellte. Der neue Mann verzeichnet 1985 8002 Eingaben von Hilfe und Rat suchenden Soldaten. Gegenüber seinem Vorgänger Karl-Wilhelm Berkhan (SPD) ist das eine beachtliche

gend um Probleme der Versetzung und Beförderung. In seinem Bericht legt er neben den Belangen der Zeitsoldaten großes Gewicht auf die der Wehrpflichtigen, während die Probleme der Offiziere nur eine Nebenrolle spielen. Das Ministerium ist in der Fürsorge für Offiziere ja auch vorbildlich (siehe Kasten).

Hauptanliegen des Jahresberichtes ist die Verbesserung des "Staatsverständnisses der jungen Soldaten". "Wo Soldaten bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gefordert werden, muß man sie auch davon überzeugen, warum und wofür sie diesen Dienst zu leisten haben." "Es müßte ihnen" (den jungen Soldaten) "verdeutlicht werden, daß sie durch ihren Dienst nicht nur zum Schutz der politischen Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von Parlament und Regierung gegenüber Druck, Drohung und Erpressung durch fremde Mächte beitragen, sondern gleichzeitig für ihr eigenes Leben Vorsorge treffen — für ein Leben



Wie sein Vorgänger Berkhan (hier im Bild) überzeugt sich der Wehrbeauftragte Weiskirch gern bei Truppenbesuchen vom Leistungsstand der Armee.

Steigerung, denn dieser hat in seinen letzten Amtsjahren die Zahl der Eingaben auf jährlich etwas über 6000 sinken lassen. Immer weniger Soldaten sahen in der Institution und Person des Wehrbeauftragten eine Möglichkeit, ihre Probleme zu lösen. Zunehmend hatte sich Berkhan zu einer Kommentierungs- und Begründungsinstanz für die Maßnahmen des Verteidigungsministeriums entwickelt. Weiskirch scheint besonders für Zeitsoldaten ein neuer Hoffnungsträger zu sein, denn gerade diese Soldatengruppe hat sich mit ihren Sorgen verstärkt an den neuen Wehrbeauftragten gewandt. Dabei handelt es sich überwie-

in Freiheit, Menschenwürde und Frieden." Obwohl Weiskirch diese Darstellung "plausibel" findet, begreifen die einfachen Soldaten sie einfach nicht. Sie empfinden ihren Dienst realistisch als Schinderei, Drill und Schikane, auch wenn wirklich schon Generationen von Offizieren, Parlamentariern und Pädagogen versuchten, ihnen "Sinn und Zweck" des Dienstes als ihr ureigenes Interesse "nahezubringen". Für die Ausbildung zum Krieg und dann natürlich für den Krieg selbst ist diese negative Grundhaltung der Dienstverpflichteten schädlich. Weiskirch kann die Vorgesetzten, also die Offiziere, aber auch nur ermahnen,

Frühpensionierung von 1 200 Offizieren läuft an

In diesen Tagen verabschiedet die Bundeswehr die letzten Generäle, die persönlich als Soldaten an einem Krieg teilgenommen haben. Durch vermehrte Manöver und durch intensive Studien der Kriegsgeschichte versucht das Offizierskorps der Bundeswehr, den Erfahrungsmangel an Krieg auszugleichen, aber bestimmte Probleme für die Kriegsplaner können dadurch nicht beseitigt werden. Der Ruhezustand der Waffen verhindert die im Zustand des Krieges naturwüchsige Ausdünnung des Offizierskorps durch den Heldentod. Im Durchschnitt lebt der Offizier länger und besetzt länger seinen bestimmten Kommandoposten in der Militärhierarchie, als es für ein "gesundes" Offizierskorps angebracht wäre. Einerseits nämlich werden die Offiziere in den Kommandeurspositionen zu alt, um der geforderten körperlichen Beweglichkeit und Entschlossenheit zu genügen, andererseits wird den jungen Offizieren und Offiziersanwärtern die Aussicht auf rasche Beförderung genommen. Das läßt den Eifer der Offiziere bei der Abrichtung "ihrer" Soldaten sinken.

Im August 1985 trat nun Wörners Gesetz für eine "Verbesserung der Personalstruktur" in Kraft. Von der politischen Opposition, besonders von den Gewerkschaften, wurde dieses Gesetz heftig angegriffen mit der Begründung, hier werde eine materielle Luxusbehandlung für Offiziere eingeführt, die vorzeitig in den Ruhestand treten dürfen. In der Tat erhalten die militärischen Frühpensionäre bis zum Datum ihres eigentlichen Dienstendes den größten Teil der Bezüge weiter, und zusätzlich

können sie durch andere Tätigkeiten Geld machen. Deutlich wird den Offizieren zu erkennen gegeben, welche gesellschaftliche Stellung ihnen gebühren soll.

Die eigentliche und beabsichtigte Wirkung der frühzeitigen Pensionierung von 1 200 Offizieren besteht aber in der Simulierung von Kriegsfolgen für das Offizierskorps. In den Pressemitteilungen des Verteidigungsministeriums wird detailliert aufgeführt, welche Offiziere in welchen Positionen in den Genuß der Frühpensionierung bis 1991 gelangen werden. Es handelt sich dabei um die Dienstgrade unterhalb der Generalsgrenze, also Oberst, Oberstleutnant und Major in Dienstpositionen vom Kommando über Brigaden oder Bataillone. Diese Posten bezeichnet das Ministerium als Schlüsselpositionen, sie sind im Krieg auch für Offiziere nicht ungefährlich. Das Freiwerden solcher Positionen in den Kampfeinheiten löst eine Welle von Nachrückern aus. Allein die 350 ausscheidenden Offiziere im Jahr 1986 werden am Ende 1990 Personalbewegungen verursachen. Das bedeutet, daß sich fast ein Zehntel der Berufsoffiziere als Folge dieser Maßnahme verändern werden – zwar nicht immer im Dienstgrad, aber doch zumindest in der Position. 650 Offiziere haben direkte Aussicht auf eine Rangbeförderung. Portionsweise wird diese Aktion bis 1991 fortgesetzt. Dann werden alle gesetzlich erlaubten 1 200 Offiziere einer zweiten Karriere zugeführt sein. Die Kommandeure werden jünger und damit für die Gefechteinsätze geeigneter sein.

Eine Wirkung des Gesetzes ist schon unmittelbar spürbar. Die plötzlich eröffnete Aussicht, nun doch Karriere machen zu können, macht mit einem Schlag aus mehr oder weniger lustlos



ihren Dienst versiehenden Offizieren der unteren Ränge heiße Kämpfer und wilde Schinder, um die Mitkonkurrenten auf einen in Kürze freiwerdenden Posten ausstechen zu können. Die Armeeführung braucht solche Offiziere in den Kampfeinheiten, damit die Modelle von Menschenführung, kriegsnaher Ausbildung usw., mit denen die einfachen Soldaten zum Kämpfen gezwungen werden sollen, auch durchgeführt werden.

Angesichts der dreifachen Wirkung der Frühpensionierung – gesellschaftliche Aufwertung des Offiziers, – Verjüngung des Offizierskorps, – Zucht von Karriereschleifern erscheinen dem Verteidigungsministerium die Kosten dafür lächerlich gering: 652 Millionen DM. Quellenhinweis: Pressemitteilungen des BMVg vom 25.11.85 und 25.2.86; Weißbuch 1985

nicht nur der Verpflichtung zum "staatsbürgerlichen Unterricht" durch das Soldatengesetz nachzukommen, sondern darüber hinaus die Vermittlung dieser Art politischer Bildung als ständige Aufgabe zu begreifen.

Mit dieser Aufforderung wendet sich Weiskirch nicht gegen die Schleiferei der Soldaten, denn Leistung muß sein. Mißhandlungen von Wehrpflichtigen konstatiert er auch gar nicht. Bei den wenigen angeführten Beispielen von Tötlichkeiten und Beleidigungen Vorgesetzter gegenüber Untergebenen handelt es sich um Verfehlungen von Offizieren gegenüber Unteroffizieren; Mannschaften, so wird weisgemacht, werden höchstens von Kameraden gequält.

In dem Bericht sind aber auch einige Punkte angesprochen, die für Wehrpflichtige in den konkreten Auseinandersetzungen von Bedeutung sind. Ein langes Kapitel befaßt sich mit der Stellung des Vertrauensmannes. Weiskirch verlangt dabei eine "mehr partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Führern und Geführten", damit letztlich die einfachen Soldaten "den von ihnen abverlangten Gehorsam leichter nachvollziehen" können. Der Wehrbeauftragte regt aber auch an, vor der Wahl des Vertrauensmannes eine Kandidatenvorstellung vorschriftsmäßig festzuschreiben, was den Soldaten zumindest in diesem Fall die Durchführung einer Mannschaftsversammlung möglich macht. Noch bemerkenswerter ist Weiskirchs Meinung, daß Vertrauensmänner die "Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch auf Kasernen- und Standortebene" erhalten sollten. Dies ist bislang streng verboten; und das Bemühen eines Vertrauensmannes für ein Kasernentreffen wurde 1978 vom Truppendienst Nord mit Absetzung des Vertrauensmannes geahndet. Initiativen für solche Treffen können sich fortan zumindest auf den Wehr-

beauftragten berufen. Außerdem wendet sich Weiskirch gegen die Pflicht für alle Wehrpflichtigen, in der Kaserne wohnen zu müssen; also jeder Soldat soll nach Dienstende bis zum Dienstbeginn des nächsten Tages machen können, was er will. Schließlich beklagt er die hohe Dienstzeitbelastung für alle Soldaten, schlägt eine Straffung der Dienstpläne vor, wendet sich aber gegen allgemein gültige Dienstzeitordnungen bzw. Dienstaussgleichsregelungen.

Insgesamt bemüht sich der Wehrbeauftragte in seinem Bericht, auch den Wehrpflichtigen etwas zu bieten, um Widerstände zu kanalisieren; dies allerdings bei gleichzeitiger Unterstützung aller kriegsvorbereitenden Maßnahmen des Verteidigungsministeriums.

Quellenhinweis: Jahresbericht 1985 des Wehrbeauftragten, Bundestagsdrucksache 10/5132, 28.2.86; FAZ 13.3.86 – (jok)

Afghanistan-Anhörung des Bundestags

Das Regierungslager poliert am Feindbild, die Opposition macht fleißig mit

Am 18. und 19. März hat der Auswärtige Ausschuß des Bundestags ein "Afghanistan-Hearing" durchgeführt. Zweck dieses Hearings war es, die Ansprüche des Westens auf Einfluß und Kontrolle über Afghanistan zu unterstreichen, Mittel und Wege zu beraten, um den westlichen Einfluß auf afghanische Widerstandsorganisationen zu festigen und neue Vorwände zu sammeln, um die westliche Propagandakampagne gegen die Sowjetunion fortzusetzen, damit die aggressive Aufrüstung der NATO-Staaten und speziell der BRD gegen die Sowjetunion den Anschein von Berechtigung gewinnt. Der pakistanische Botschafter, Sprecher der "Islamischen Allianz" und der "Afghanischen Nationalen Befreiungsfront", der US-Völkerkundler Louis Dupree, der Bielefelder Professor Christian Sigrist und andere Sachverständige referierten dazu.

Das "Afghanistan-Hearing" des Bundestags war die erste Anhörung dieser Art durch ein westeuropäisches Parlament. Die Gelegenheit zu einem solchen aggressiven Vorstoß hatte das Regierungslager schon im vergangenen Jahr bemerkt, als die Fraktion der Grünen aus Anlaß einer Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan erstmals seit ihrem Einzug in den Bundestag mit den Regierungsparteien stimmte. Diese Zustimmung der Grünen zur westlichen Hetze gegen die Sowjetunion – und damit, trotz aller Vorbehalte, zur Forderung nach westlicher Freiheit in Afghanistan – nutzte das Regierungslager auf dem Hearing, an dem die Grünen wiederum teilnahmen, weidlich aus.

Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer steigerte seine Anklage gegen die Sowjetunion zu der Behauptung, diese begehe in Afghanistan Völkermord wie früher der deutsche Faschismus in Lidice und Oradour oder wie die US-Imperialisten in Mylai in Vietnam. Hiergegen müsse endlich auch die Friedensbewegung auftreten:

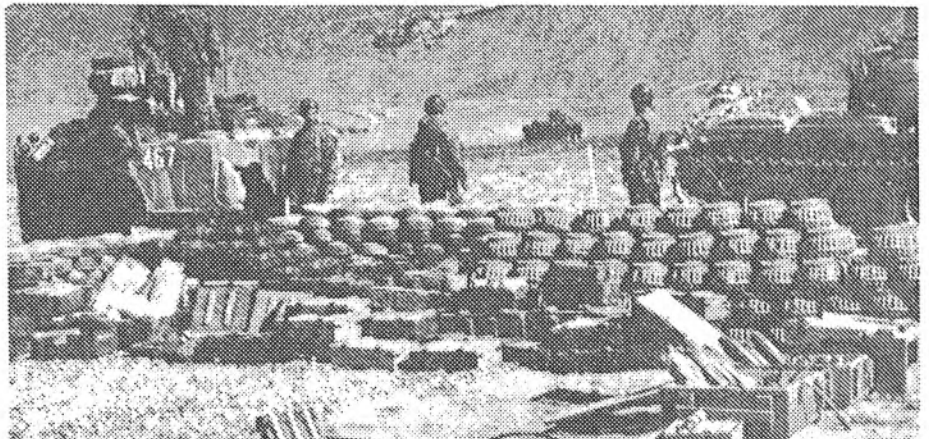
"Ich fordere die deutsche und die internationale Öffentlichkeit auf, sich gegen den Krieg der Sowjetunion in Afghanistan endlich genauso engagiert einzusetzen wie seinerzeit gegen den Vietnamkrieg.

Ich frage: Wo sind die Millionen Demonstranten, die damals fast täglich gegen den Vietnamkrieg demonstriert haben? Warum schweigen sie heute? Sind Afghanen Menschen zweiter Klasse?

Wo ist der massive Protest der Friedensbewegungen gegen den Krieg der Sowjets in Afghanistan, meine Damen und Herren? Dort, wo Frieden herrscht, demonstrieren sie. Aber

dort, wo Krieg ist, schweigen sie. Das darf doch im Grunde alles nicht wahr sein! Meine Damen und Herren, wer zu Afghanistan schweigt, macht sich mitschuldig. Deshalb muß diese Mauer des Schweigens eingerissen werden, die die Sowjetunion um Afghanistan herum aufgebaut hat. Deshalb müssen die Scheinwerfer der Weltöffentlichkeit auf den Völkermord der Roten Armee in Afghanistan gelenkt werden ..."

Schon vor Jahren hatten die Reaktionen die Bundeswehr und die NATO als die "größte Friedensbewegung aller Zeiten" gepriesen. Bezogen auf diese "Friedensbewegung" macht der Aufruf Todenhöfers auch Sinn: NATO und Bundeswehr als "Strafvollstrecker" gegen eine "völkermörderische Sowjetunion", das würde ihnen gefallen!



Sowjetische Truppen in Afghanistan. Im Vordergrund: durch Pioniere geräumte Minen, die von Widerstandsorganisationen gelegt wurden. Die westliche Hilfe und damit der westliche Einfluß auf die afghanischen Widerstandsorganisationen ist umfangreich. Allein die USA verdoppelten 1985 "die Hilfe für die afghanische Guerilla auf 280 Mio. Dollar". (ÖMZ 1/85, S. 70)

In der dem Hearing nachfolgenden Debatte im Bundestag versuchten die Grünen nur ganz selten, dieser Hetze entgegenzutreten. Ihr Sprecher Fischer trat sogar als ein im Todenhöferschen Sinn "Geläuterter" vor den Bundestag: "Ich gehöre auch zur Anti-Vietnam-Generation und habe damals demonstriert. Trotzdem stehe ich jetzt auch hier und protestiere gegen das, was in Afghanistan geschieht ... hat die Anhörung zu Afghanistan eines ganz sicher geleistet: Sie hat geholfen, wie soeben richtig gesagt worden ist, die Mauer des Schweigens um Afghanistan zu durchbrechen."

Außenminister Genscher betonte bei der Debatte im Bundestag, daß die Bundesregierung jährlich 45 Mio. DM für "Flüchtlingshilfe und flüchtlingsbedingte Projekte" in Pakistan beisteuere. Von diesen Mitteln wird ein

großer Teil dazu verwandt, werden, um den westlichen Einfluß auf die "Widerstandsorganisationen" zu festigen und auf diese Weise jede Verständigung zwischen den Widerstandsorganisationen und der afghanischen Regierung zu verhindern, solange dabei nicht auch der Einfluß der imperialistischen Staaten auf Afghanistan wieder hergestellt wird. Der CDU-Sprecher Dr. Stercken erklärte: "Ein Frieden wäre trügerisch, der die Afghanen am Ende gar ausliefern würde. In diesem Sinne darf es keine Anpassung geben."

Weitere Vorschläge aus dem Regierungslager: Die "Freiheitskämpfer" müßten noch mehr unterstützt, ein "Afghanischer Roter Halbmond" mit westlicher Hilfe aufgebaut und der Internationalen Liga des Roten Kreuzes angeschlossen werden, um sodann "humanitär" in Afghanistan eingreifen zu können.

Die FDP-Sprecherin Dr. Hambrücher schließlich stellte offen die Verbindung zwischen der regierungsamtlichen "Afghanistan-Hilfe" und den großdeutschen Zielen der west-

deutschen Reaktion her: "Gerade wir Deutschen müssen überall in der Welt für das Prinzip der Selbstbestimmung eintreten und ihm zum Durchbruch verhelfen." Fürwahr, wo doch unter der Forderung nach "Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen" das (Groß-)Deutsche Reich mittels Waffengang nach Osten wiederhergestellt werden soll!

Daß die Grünen an solcher Art "Afghanistan-Solidarität" sich beteiligten und so dazu beitrugen, die Ansprüche des Westens auf Afghanistan und gegen die Sowjetunion zu unterstützen, wird die Reaktion zu weiteren Angriffen auf die Friedensbewegung ermutigen.

Quellenhinweis: Dokumente des "Afghanistan-Hearing" des Bundestags, 18. bis 19.3.86; Bundestagsprotokoll vom 20.3.86 – (rül, uld)

Westdeutsche Afghanistan-Umtriebe: Für Freiheit, Gott und Gerechtigkeit

Zu der Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages "Sechs Jahre Krieg und Besetzung in Afghanistan" vom 18.-19. März hatten die Bundestagsfraktionen zum einen Vertreter der UdSSR, der afghanischen Regierung, der USA, und der pakistanischen Regierung eingeladen, zum anderen Vertreter von "afghanischen Widerstandsorganisationen", die alle zur islamisch geprägten "Peshawar"-Koalition gehören. Außerdem hatten die jeweiligen Parteien sogenannte Experten aus der Wissenschaft, des Roten Kreuzes und anderer in Flüchtlingslagern in Pakistan oder in Afghanistan tätigen "Hilfs"-Organisationen eingeladen. Die UdSSR und Afghanistan protestierten. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus den Stellungnahmen und aus der auf das Hearing folgenden Bundestagsdebatte.

Auszüge aus der Anhörung

"Die ärmlich bewaffneten und schlecht ausgerüsteten afghanischen Mudjahedin bekämpften unter den schwierigsten Umständen die größte konventionelle Macht, die die Welt je gesehen hat. Wir haben es geschafft, den Krieg gegen eine Supermacht an ihrer Türschwelle in ein strategisches Stadium zu bringen und haben 80% des Landes frei von sowjetischem Einfluß. Alle unsere Errungenschaften sind das direkte Ergebnis unseres Glaubens an Gott und der Liebe für unser Heimatland und der Bereitschaft zum Opfer. Wir werden fortfahren, die Sowjets zu bekämpfen, bis zu unserem letzten Blutstropfen und bis zum letzten lebenden Afghanen, obwohl alle Chancen gegen uns sind.

Heute verteidigen wir nicht nur die Front der Freiheit in Afghanistan allein, sondern für alle jene Nationen, die an Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit glauben ...

Afghanistan geht durch die dunkelsten Tage seiner 5000jährigen herrlichen und gloriosen Geschichte. Zur Zeit dominieren Armut, Hunger und Krankheit über alles. Mehr denn je benötigen wir Hilfe. Wir fordern das große Westdeutschland und alle freiheitsliebenden Länder der Welt auf, uns nicht zu vergessen."

(Pir Gailani, Sprecher der Islamischen Allianz, im Namen Nationalen Islamischen Front von Afghanistan und der Islamischen Einheit afghanischer Mudjahedin)

"Aber wenn Sie gewillt sind, dem leidenden Volk von Afghanistan zu helfen, das nicht nur für die Unabhängigkeit seines Landes von den atheistischen Streitkräften des Sowjetimperiums, sondern ebenso für Freiheit und Gerechtigkeit kämpft ... Der Kampf des afghanischen Volkes ist der Kampf aller, die an Freiheit, Gerechtigkeit, individuelle Freiheit, menschliche Würde und die Allmächtigkeit Gottes glauben.

Es ist die heilige Pflicht friedensliebender, freier Völker, den afghanischen Mudjahedin moralisch und materiell zu helfen und sie nicht allein zu lassen gegen eine superimperialistische Macht der Welt, Sowjetrußland."

(Prof. Sibghatullah Al-Mojaddedi, Vertreter der Afghanischen Nationalen Befreiungsfront)

"Union Aid ist eine in Westdeutschland beheimatete Organisation, finanziert durch das Volk der Bundesrepublik Deutschland. Die Aktivitäten dieser Organisation sind in zwei Sparten geteilt: A) Humanitäre Hilfe für afghanische Flüchtlinge und B) Humanitäre Hilfe für afghanische Zivilisten und die Freiheitskämpfer im Inneren des Landes."

(Dr. T. Nassery für Union Aid)

"Die Balkanisierung der Nationen in der Region würde möglicherweise den Ölfluß nach Westeuropa und Japan

stören. Ebenso könnten die Nationen in der Region möglicherweise überzeugt werde, alle ihre Energieressourcen für die lokale und regionale Entwicklungen zu nutzen, ermutigt von sowjetisch ausgebildeten örtlichen Entwicklungsplanern ...

Dieses schlechteste mögliche Szenarium kann verhindert werden, wenn die Mudjahedin in den nächsten Jahren mit effektiven Waffen und Ausrüstungen quantitativ und qualitativ unterstützt werden. Und die Nationen Westeuropas, Nordamerikas, die islamische Welt und Japan sollten sich daran beteiligen.

(Louis Dupree, Ethnologe aus den USA)

"Vor Abschluß eines ... Abkommens in direkte Gespräche einzutreten, würde nur die Legitimierung und Konsolidierung eines illegitimen Marionetten-Regimes erleichtern, welches nur einen unbedeutenden Teil des afghanischen Volkes repräsentiert, und welches nur mit der Kampf-Unterstützung des militärischen Feldzuges der Sowjetunion an der Macht bleiben kann.

(Der Botschafter Pakistans in der Bundesrepublik für seine Regierung)

Aus der Bundestagsdebatte

"Der Westen hat nicht in die inneren Angelegenheiten Afghanistans eingegriffen. Er wollte und will dort keine Einflußzone schaffen. Der Westen will auch nicht seine Staats- und seine Gesellschaftsordnung exportieren. Er will, daß ein kleines Volk, ein blockfreier Staat sein Recht auf Selbstbestimmung frei von äußerer Einmischung wieder erhält.

Die Bundesregierung, wir alle werden zu Afghanistan nicht schweigen. Wir nehmen nicht hin, was dort geschieht. Auch das afghanische Volk hat seinen Anspruch auf Frieden und Freiheit, auf Selbstbestimmung und Menschenwürde."

(Bundesaußenminister Genscher in der Regierungserklärung "Lage in Afghanistan")

"Bei einer Fortdauer der Bedrohung, der Vernichtung des afghanischen Volkes, bei einer Fortdauer der Bedrohung des Bestandes Pakistans, bei einer weiteren Bedrohung der Golf-Region, die dann von Osten her aufgerollt werden könnte, werden die Spannungen unerträglich werden ... Deshalb müssen wir erneut die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf diesen Gefahrenherd lenken und fordern eben jetzt den Abzug der Truppen und die Absicherung der Neutralität Afghanistans."

(Schlage, SPD-Fraktion)

"Ich danke ... für den Einsatz, den das Auswärtige Amt in der politischen, diplomatischen Unterstützung, aber auch in der Förderung der Organisationen, soweit sie noch tätig sein können, in Afghanistan leistet."

(Hamm-Brücher, für die FDP-Fraktion)

"Ich glaube, wir sind bei dem Hearing der Wahrheit sehr nahegekommen. Die Wahrheit ist schrecklich genug, als daß wir sie durch Fehlinformationen in Mißkredit bringen sollten ... Es gibt keinen einzigen Beweis dafür, daß die Sowjetunion Giftgas einsetzt. Es gibt keinen Beweis dafür, daß Spielzeugbomben benutzt werden, solche Bomben, die als Spielzeug getarnt, mit Blick auf Kinder eingesetzt werden."

(Neumann, Bramsche, SPD-Fraktion)

"Aber nicht das Reden über den Frieden hilft uns weiter; nur wer den Afghanen den Frieden gibt, wer sie von Besatzungstruppen und Marionetten befreit, schafft wirkliches Vertrauen in der Welt. In diesem Sinne führt auch der Weg unseres Friedens über die Freiheit Afghanistans."

(Stercken, CDU/CSU-Fraktion)

Bergarbeitergewerkschaft in Südafrika

Was hat die National Union of Mineworkers (NUM) im letzten Jahr erreicht?

Nach Angaben der Presse haben die Streikaktivitäten der ersten beiden Monate 1986 in Südafrika/Azania ein bisher ungekanntes Ausmaß angenommen. Mehr als 385000 Arbeitstage gingen den Kapitalisten im Januar durch Streiks verloren. Im Vergleich dazu waren es 5000 im Januar letzten Jahres und 96000 im Januar 1984. Die Hälfte aller Streikaktivitäten fielen auf den Minensektor, gefolgt von Einzelhandel, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen diesmal nicht nur die Lohnfrage, sondern das rassistische Verhalten des Managements und Unstimmigkeiten bei Arbeitsplatzbeschreibungen. Die "Nachrichten für Außenhandel" stellen am 17.3.86 die Überlegung an, der Trend der letzten Jahre zu zentral gesteuerten Streiks unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nähme zugunsten einer Vielzahl von spontanen Streikaktivitäten ab, die von den Gewerkschaften selten kontrolliert würden. Polizeiterror und Mürbemachen der Streikfront seien immer noch Hauptmittel der Unternehmer, jedoch gäbe es Hinweise auf Abnahme von Massenentlassungen. Das Blatt gibt als Grund hierfür die immensen Kosten an, die den Minenkapitalisten durch Arbeitsausfall entstünden. Die Einschätzung, daß die zunehmenden Streikaktivitäten insbesondere die Minenkapitalisten empfindlich treffen, wird auch durch die Tatsache erhärtet, daß die Arbeitslosenreserve für die brutale Arbeit unter Tage nicht mehr beliebig vorhanden ist. Eines wird auch deutlich: Die Streiks gewinnen zunehmend politischen Charakter und werden von seiten der schwarzen Arbeiter härter geführt. Kaum eine Auseinandersetzung in den Minen zwischen schwarzen Arbeitern und den Sicherheitskräften, wo nicht mindestens auch ein weißer Polizist zu Tode kommt!

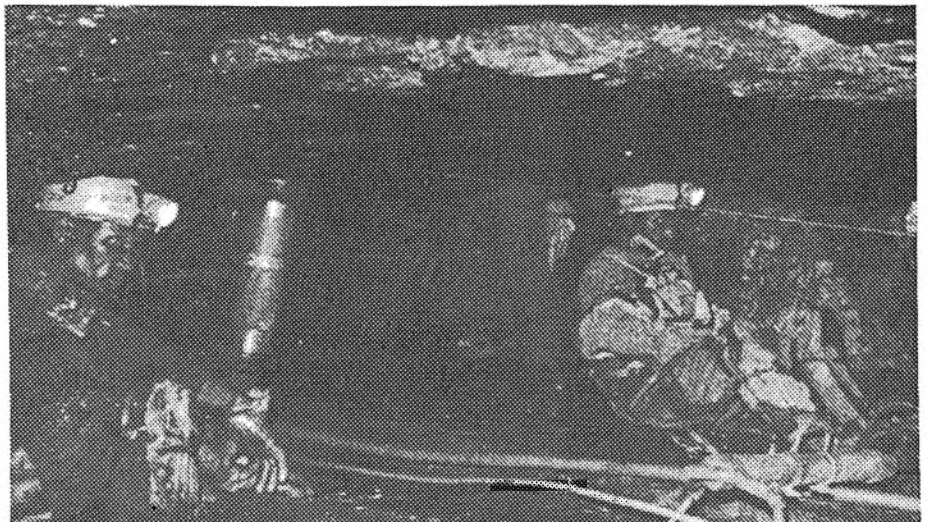
Das Jahr 1985 war geprägt von großen Auseinandersetzungen im Minensektor. Seit Beginn des Jahres bis Februar hatten schon 60000 Minenarbeiter an Streiks und anderen Aktionen teilgenommen. Forderungen nach Lohnerhöhungen von 40%, einer Gefahrenzulage und Anerkennung des 1. Mai als bezahlter Feiertag wurden um die Forderung nach Beseitigung der "job reservation" (Reservierung gewisser Tätigkeiten nur für Weiße) erweitert. Die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 40% muß auf dem Hintergrund der im Bergbau ausgezahlten Löhne gesehen werden. Sie liegen noch immer unter denen in anderen größeren Sektoren der Indu-

strie, ausgenommen der Landwirtschaft. Der durchschnittliche Monatslohn für einen schwarzen Bergarbeiter im Goldbergbau (1983 258 R, 1984 330 R) bzw. im Kohlebergbau (1983 317 R, 1984 350 R) liegt weit unter dem Existenzminimum von 423,53 Rand. Stellt man die hohe Inflationsrate von mindestens 18% für die Grundnahrungsmittel des afrikanischen Haushalts in Rechnung, die aber auch bei Strom, Gas, Wasser und Transport zu Buche schlägt, wird offensichtlich, daß die Wirtschaftskrise in Südafrika auf dem Rücken der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ausgetragen wird. Dagegen haben sich die Goldminenbesitzer überdurchschnittliche Profite gesichert. Da der Goldpreis in Dollar festgesetzt ist, hatten sie bei zunehmendem Verfall des Randes im ersten Halbjahr 1985 einen Profit von 3,451 Mrd. R gegenüber dem Vorjahr von 2,49 Mrd. R, also eine Steigerung von 38%. Nach ergebnislosen Tarifverhandlungen und Einberufung einer Schlichtungsstelle reduzierte die NUM ihre Forderungen. (siehe Politische Berichte Nr.19/85) Am 20. Juli

Falle von Sanktionen die ausländischen Arbeiter (v.a. aus Mozambique und Lesotho) auszuweisen

– Unterstützung des Konsumentenboykotts durch Boykott der Geschäfte von Weißen, die in der Nähe der Minen liegen

Landesweit wurden Solidaritätskomitees zur Unterstützung des Bergarbeiterstreiks gebildet. Trotzdem blieben eine Reihe von Forderungen unerfüllt: Der Ausnahmezustand konnte 1985 nicht außer Kraft gesetzt werden. Auch wurden ausländische Arbeiter in ihre Heimatländer zurückgeschickt, was – wie im Fall von Lesotho – die Finanzkrise dieses Landes verstärkte und zum Putsch-Südafrikas in Lesotho beitrug. Der Bergarbeiterstreik wurde von der NUM am 1. September 85 ausgerufen aber bereits nach drei Tagen vorzeitig abgebrochen. Durch Einlenken einiger Bergwerkskapitalisten kurz vor dem Streik und durch unterschiedliche Lohnangebote war die Streikfront in den verbleibenden Minen geschwächt. Lähmend wirkten auch die Entlassungsdrohung gegen Tausende von Bergarbeitern und massenhafte Zwangsdeportationen in die sog. "homelands". (Pol. Berichte Nr. 19) Die NUM antwortete darauf mit der Anrufung des Obersten Arbeitsgerichts, um ein Urteil gegen die Entlassungspraxis der Minenkapitalisten zu erwirken. In



Arbeit im Bergbau heißt ständige Gefährdung durch Gasunfälle, herabfallendes Gestein und Hitze. Die NUM kämpft gegen die untragbaren Arbeitsbedingungen.

1985 verhängte die Regierung Botha den Ausnahmezustand. Die Kampfkraft des azanischen Volkes sollte gebrochen, die Gewerkschaften zerschlagen werden. Als Antwort beschloß die NUM auf ihrem Kongreß im August einen landesweiten Streik im Bergbau mit folgenden Forderungen:

- Lohnerhöhungen
- Verbesserungen der Arbeits- und Sicherheitsbedingungen auf den Minen
- Abschaffung des Ausnahmezustandes innerhalb von 72 Stunden
- Zurücknahme der Drohung, im

ihrer Zeitung "NUM News" vom Okt./Nov. 1985 gab die Gewerkschaft einen Überblick über die Streikaktivitäten:

Die Taktik der Minenbesitzer bestand darin, durch Ausschaltung der Gewerkschaftsführung die Arbeiter funktionsunfähig zu machen und mit brutalen Einsätzen von Polizei- und Sicherheitskräften zu zermürben. In einigen Minen wurden die Arbeiter überfallen und mit Gewehren zur Arbeit gezwungen, bevor überhaupt die Streiks begannen. Eine andere Methode bestand darin, die Arbeiter rassi-

stisch gegeneinander aufzuwiegen und einen "Stammeskrieg" zu entfachen. Der Bericht zeigt aber auch, daß trotz aller Einschüchterungen die gewerkschaftliche Organisation weiterhin funktionierte und daß die Moral der Bergarbeiter nicht bezwungen werden konnte. Oft antworteten die Arbeiter den Rassisten mit einem Kampfgesang wie: "We'll just make a mess now – the boers are telling lies, when they say the land is theirs. We'll just make a mess now because the land is ours." (Wir werden jetzt ein großes Durcheinander machen, die Buren lügen, wenn sie sagen, das Land gehört ihnen. Wir werden jetzt ein großes Durcheinander machen, weil das Land uns gehört).

Ende Oktober 1985 fällte das höchste Arbeitsgericht, der Industrial Court, ein Urteil, wonach die im September von der Marival-Goldmine von Gencor entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden müssen. Das Urteil, ab 1. Nov. in Kraft, hält fest: Die

Bedingungen, zu denen die Arbeiter wieder eingestellt werden, dürfen nicht schlechter sein als die, unter denen sie vor ihrer Entlassung gearbeitet haben. Den Arbeitern wird eine Frist von 21 Tagen bis zur Wiederaufnahme der Arbeit gewährt. Dem Industrial Court müssen die Namen der wiedereingestellten Arbeiter innerhalb von 30 Tagen vorgelegt werden. Diese höchsttrichterliche Entscheidung hinderte die Gencor-Bergwerkskapitalisten jedoch nicht daran, in den ersten Monaten 1986 wiederum Tausende von Arbeitern im "homeland" Bophuthatswana zu entlassen mit der Begründung, die Gültigkeit des Gesetzes sei auf "homelands" nicht anwendbar. Trotzdem bedeutet das Urteil einen Sieg für die Arbeiter; die NUM schreibt dazu: "Die Minenchefs müssen erkennen, daß die Entlassung von Arbeitern ihre Probleme nicht löst. Daß sie die Gewerkschaft im Bergbau nicht zerstören können, dürfte mittlerweile klar sein. Die gewerk-



Die Gewerkschaften sind Teil der Befreiungsbewegung.

schaftliche Organisierung im Bergbau ist aus den Kinderschuhen heraus. Wir wollen ernsthafte Verhandlungen über die Beseitigung der Apartheid und der Hungerlöhne sowie verbesserte Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen. Unsere Mitglieder sind entschlossen, für ihre Forderungen zu kämpfen für ihren vollständigen Sieg."

Quellenhinweis: NUM News vol. 1,1; Southern African Miners Fed. News 1985; ISSA Nr. 8,85; AZAKO-Nachrichten; NFA v. 17.3.86. – (and)

Umschuldung: Weitere Auf-rüstung gesichert

Ende Februar einigten sich Vertreter von 30 ausländischen Banken, darunter vor allem britische, us-amerikanische und westdeutsche, unter der Leitung des schweizerischen Vermittlers Leutwiler mit der südafrikanischen Regierung auf ein Verfahren für die Rückzahlung von 14 Mrd. US-Dollar kurzfristigen Auslandsschulden, deren Rückzahlung Südafrika im Herbst 1985 gestoppt hatte. Ergebnis der Verhandlungen ist – soweit bekannt geworden – daß Südafrika ein Jahr Zahlungsaufschub für die Gesamtsumme erhält, daß höchstens 5 Prozent der Summe bis März 1987 zurückgezahlt werden sollen, daß die Banken dafür einen um 1 Prozent höheren Zinssatz erhalten und daß über das weitere Verfahren erneute Verhandlungen im nächsten halben Jahr und im Frühjahr 1987 stattfinden werden. Besondere Sicherheiten haben die Banken nicht vereinbart. Bereits im Dezember und Januar hat die südafrikanische Regierung jedoch eine Reihe von Goldtransfers durchgeführt und als Sicherung bei ausländischen Banken hinterlegt.

Leutwiler war als Sprecher der Banken zunächst mit der Forderung nach politischen Reformen in Südafrika aufgetreten, die die Herrschaft des ausländischen Kapitals in Südafrika sichern sollen. Tatsächlich verschafft die Vereinbarung der südafrikanischen Regierung Luft, um die Position der aus- und inländischen Konzerne zu festigen und die Aufstandsbewegung zu bekämpfen, ohne daß die ausländischen Banken auf Profite verzichten müssen.

Drei Wochen nach dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen legte die Regierung eine Überarbeitung des laufenden Haushalts und den Haushaltsplan für 1986/87 vor. Daraus läßt sich ablesen, wie die "Reform" der Apartheid aussehen soll, ohne daß die Ausbeutungsbedingungen und die Unterdrückung der azanischen Bevölkerung beseitigt wird. Für beide Haushaltspläne benötigt Südafrika neue Kredite – und zwar in einer Gesamthöhe von insgesamt etwa 3 Mrd. US-Dollar, die der südafrikanische Staat im Ausland leihen will. Die Voraussetzungen dafür sind mit den Verhandlungsergebnissen geschaffen.

Benötigt wird das Geld – so der Haushaltentwurf – vor allem, um den weiteren Ausbau des Militär- und Polizeiapparats voranzutreiben, der Verteidigungsetat steigt um 20 Prozent, die Ausgaben für Polizei und Bürgerwehr sollen um 28 Prozent höher sein. Insgesamt betragen die Ausgaben für Militär und Polizei etwa ein Viertel des gesamten Haushalts.

Als Reform preist die Regierung die Steigerung der Ausgaben für das Bildungswesen und den Hausbau – die jedoch zum großen Teil für Schulen für Weiße sowie sogenannte Farbige und Inder und für deren Hausbauprogramme benützt werden sollen. Die "Reform" scheint eher darauf gerichtet, die nichtbesitzende weiße Bevölkerung bei der Stange zu halten und die Front gegen das Regime unter den unterdrückten Klassen aufzuweichen.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 24. 2. und 19.3.; African Business, März 1986; Times, Guardian, International Herald Tribune v. 21.2.86

Brasilien

Gewerkschaftlichen Lohnforderungen droht Isolierung

In diesen Tagen beraten die beiden großen Gewerkschaftsdachverbände CUT und CONCLAT über Kampfmaßnahmen gegen den von der Regierung verordneten Lohnstopp im Rahmen des "plano tropicals" (siehe Pol. Ber. 06/86). Die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Luis Inacio da Silva (genannt Lula), Führer des Gewerkschaftsverbandes CUT und Präsident der Arbeiterpartei (PT), griff den brasilianischen Präsidenten Sarney an, er hätte die "Misere der Arbeiter eingefroren". Nach Angaben von CUT sind die Reallöhne infolge des Lohnstopps um um 12% gefallen. Neben der PT kritisiert die Demokratische Arbeiterpartei (PDT) das Regierungsprogramm. Ihr Führer und Gouverneur von Rio de Janeiro, Lionel Brizola, unterstützt die Gewerkschaftsposition. Er erklärte, daß die "Lohn-Beschlagnahme" ungefähr 12 Mrd. US-\$ ausmachen würde, haargenau den Betrag, den Brasilien für seine Auslandsschulden an Zinsen zu zahlen habe. Brizola kündigte an, im Bundesstaat Rio de Janeiro alles gegen das Einfrieren der Löhne zu unternehmen.

Über diese bedeutenden Organisa-

tionen hinaus rührt sich kaum Kritik am Lohnstopp der Regierung. Die brasilianische Presse ist voll des Lobes. Der Kapitalistenverband äußerte zurückhaltende Zustimmung. Die Urheber des Sanierungsprogramms "plano tropical", Professoren der Katholischen Universität von Rio de Janeiro und der Universität von Campinas in Sao Paulo, die alle in den USA oder Großbritannien studiert haben, werden bereits für internationale Auszeichnungen gehandelt. Allesamt sollen sie Kritiker der Militärregierung gewesen sein und der größten Regierungspartei, der Partei der demokratischen Bewegung (PMDB), nahestehen. Die Regierungskrise im Februar, die darin gipfelte, daß Teile der PMDB den Ausstieg aus der Koalition forderten, scheint jetzt überwunden. Das unter größter Geheimhaltung erarbeitete Programm wird von der Regierung geschlossen unterstützt.

Dem Präsidenten gelang über eine Kampagne zur Einhaltung des Preisstopps eine nationale Massenmobilisierung. Über 3000 Komitees überwachen die von der Regierung in langen Listen veröffentlichten Preise. Verstöße werden polizeilich und gerichtlich verfolgt. Jeder Lohnforderung der Gewerkschaften droht als gegen das "nationale Interesse" und den Kampf gegen die Inflation gerichtet die Isolierung.
Quellenhinweis: Latin America Regional Reports Brazil und Latin America Weekly Report, versch. Ausgaben; Brasilien-Ausschnittdienst 3/86 – (sie)

Shuttle-Explosion

Für den Profit gestorben

Bei der Suche nach dem Schuldigen für die Explosion des Space Shuttles "Challenger" am 28.1. mit sieben Besatzungsmitgliedern an Bord haben sich die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission und die Presse auf die NASA (Nationale Luft- und Weltraumbehörde) eingeschossen. Mißmanagement bei NASA sei die Ursache allen Übels.

Die personellen Veränderungen an der NASA-Spitze zeigen, welche Ziele mit dieser Propaganda verfolgt werden. Der neue Chef für die Flugplanung, d.h. welche Nutzlast hochgeschossen wird, ist ein Luftwaffenoffizier. Von den vier Kandidaten für den neuen NASA-Chef waren drei Luftwaffenoffiziere. Ernannt wurde der "zivile" Kandidat James C. Fletcher, der schon von 1971 bis 1977 NASA-Chef war. Fletcher war 1983 Leiter der von Präsident Reagan eingesetzten Studiengruppe, die das SDI-Programm (Strategic Defense Initiative)



'All those teachers opposed to school prayer please move forward to the launch area. Oliphant's premonition, drawn in September 1984

"Alle Lehrer, die gegen das Schulgebet sind, bitte vortreten zur Abschußrampe" – Oliphants Vorahnung, gezeichnet September 1984. (Oliphant ist ein bekannter Karikaturist)

ausgearbeitet hat. Der Shuttle-Unfall hat nur beschleunigt, was sowieso schon in der Mache war: die "zivile" Behörde NASA in ein Anhängsel des Kriegsministeriums zu verwandeln. Im Budget 1987 z.B. – vor dem 28. Januar fertiggestellt – sind 200 Mio. Dollar für ein gemeinsames Entwicklungsprojekt von NASA und Pentagon vorgesehen: ein "nationales" Flugzeug mit dem 25fachen der Schallgeschwindigkeit. Letztes Jahr schon war dem Pentagon ein großer Teil der Shuttle-Nutzlasten zugesichert worden. Laut Pentagon hat der Verlust des Challenger "ernsthafte Auswirkungen auf Verteidigungsprogramme". Die von NASA und dem Pentagon ausgearbeitete Prioritätenliste für die ersten fünf Monate nach Wiederaufnahme der Shuttle-Flüge 1987 sei überwiegend militärisch orientiert. Ein Flug für SDI-Experimente ist für Januar 1988 vorgesehen.

Die eigentlichen Ursachen für die Explosion des Shuttle sind nicht Mißmanagement bei NASA oder Unfähigkeit der Ingenieure, sondern die Privatisierung von Funktionen von NASA und die ganz gewöhnlichen Gesetze der Profitmaximierung. Die Reagan-Regierung hat NASA im Zuge ihrer Kampagne zur Privatisierung öffentlicher Dienste gezwungen, den größten Teil ihrer Tätigkeiten an Firmen zu vergeben. So ist z.B. Lockheed der Vertragspartner für die Bodendienste mit 8000 Beschäftigten an den beiden Abschuß- und Landeplätzen. Rockwell International Corp. ist für die Wartung der Shuttle-Flotte zuständig. Das sind alles Multi-Milliarden-Dollar-Verträge. 1985 gab es doppelt so viele Starts wie 1983, mit der gleichen Zahl von Beschäftigten. Nicht nur die Explosion des Shuttles, sondern auch "ganz gewöhnliche" Arbeitsunfälle hat die erhöhte Arbeitshetze schon nach sich gezogen. Z.B. stürzte Anfang 1985 ein Teil einer Abschußrampe ein.

Als das bösartigste Gerücht des Jahres bezeichnete ein Pressesprecher des Weißen Hauses das ständig lauter werdende Gemunkel, Reagan habe am Tage seines Berichts zur Lage der Nation vor dem Kongreß die Lehrerin unbedingt im All haben wollen. Die dazu geschriebene Rede wird geheimgehalten. Ein Senatsausschuß wurde von der republikanischen Senatsmehrheit kaltgestellt, nachdem er in dieser Angelegenheit Einsicht in das Telefonbuch der NASA verlangt hatte. Komitee-Mitglieder haben diese Vorgänge auf einer gutbesuchten Pressekonferenz öffentlich gemacht. Die Presse hat nicht darüber berichtet.

Quellenhinweis: Aviation Week & Space Technologie, 17.3.86; Congressional Quarterly, 1.2. bis 15.3.86; Guardian, 5.3.86 – (her, ger)

Wahlen in Frankreich

Gewinne der Rechten und der Faschisten

Die Wahlen zur Nationalversammlung vom 16.3. endeten mit einem Erfolg der Rechten. Mit knapp 32% verloren die Sozialisten ca. 6% gegenüber 1981, und die KPF erzielte mit unter 10% das schlechteste Wahlergebnis seit 62 Jahren. Die Gaullisten/Konservativen (RPR/UDF) erzielten eine knappe absolute Mehrheit. In einigen Departements erzielten sie Ergebnisse über 50%, z.B. im Dep. Vendee 57,9%. Die faschistische Front National (FN), die knapp 10% der Stimmen erhielt, erzielte überdurchschnittliche Ergebnisse insbesondere in den Departements um Perpignan (19%), Montpellier (15,6%), Avignon (18%), Marseille (22,5%) sowie den Departements der Cote d'Azur (17,1% und 20,9%). In diesen Gebieten kommt u.a. das Wählerpotential der aus Alge-

rien hinausgeworfenen Franzosen zum Ausdruck. In den Regionen koalieren die Gaullisten inzwischen entgegen ihren Beteuerungen mit der FN.

Verschiedene linke Wahlbündnisse und Gruppen wie "Lutte ouvrière" und "Ligue communiste révolutionnaire" (beide trotzkistisch) sowie "Liste Alternative" erhielten zusammen 422109 Stimmen (1,5%). Sie kandidierten nur in etwa einem Drittel der Departements.

Staatspräsident Mitterrand hat den Gaullisten Chirac zum Premierminister ernannt, Chirac, der sich schon unter Pompidou den Klassenkämpfen von 1968 die ersten Sporen verdiente. In der jetzigen Konstellation der "cohabitation" mit einem gaullistischen Premierminister und einem sozialistischen Staatspräsidenten hat Mitterrand zunächst seine Macht gegen Chirac ausgespielt, indem er dessen Personalvorschläge für die Ministerien Verteidigung, Außenpolitik und Justiz ablehnte, genau die Bereiche, die die Macht des französischen Staatspräsidenten ausmachen, allerdings auch die Bereiche, wo der nationalistische Konsens unter dem Motto "La Grande France" am größten ist, und dieser Konsens ist auch ein wichtiger Grund für den Wahlsieg der Rechten. Die "cohabitation" wird die sozialistische Parlamentsopposition lähmen, die "ihrem" Präsidenten nicht in den Rücken fallen darf.

Alle Gewerkschaften – bis auf die kommunistische CGT – haben angekündigt, mit dem Premierminister Gespräche führen zu wollen. Aber auch die CGT unterschätzt die Gefahren, die von der neuen Regierung ausgehen, wenn sie in den Zielen der Chirac-Regierung nur eine Verschlechterung und Beschleunigung der Politik der Sozialisten sieht. Sie will gegen die Aufhebung der Nationalisierungen und gegen "verschlechternde Maßnahmen" kämpfen.

Quellenhinweis: Le Monde, Figaro, versch. Ausg. – (sur)

Dänemark

Drastische Verbrauchssteuererhöhungen

Bestärkt durch das Abstimmungsergebnis zu den EG-Gesetzen begann Regierungschef Schlüter Anfang März, seine Regierung umzubilden. Außerdem – schon während der Volksabstimmung angedeutet – eröffnete er die Notwendigkeit von ökonomischen Maßnahmen, die dem Handelsdefizit Dänemarks entgegenwirken sollten. 1985 hatte es 28 Mrd. Kr. betragen.

Der Verbrauch – besonders an importierten Waren – sei zu hoch, hieß es von Regierungsseite. Deshalb müsse er eingeschränkt werden. Am 18.3.

einigten sich die Regierungsparteien mit den Radikalen über ein Gesetzespaket, das noch vor Ostern verabschiedet werden soll. Durch Erhöhung der Verbrauchssteuern um 10,3 Mrd. Kr. will der Staat den Verbrauch drosseln, hauptsächlich bei Energie: Heizöl, Benzin und Elektrizität. Tabak-, Alkohol- und Süßwarensteuer steigen. Haushaltsgeräte (Kühlschrank, Staubsauger u.ä.) werden teurer, außerdem Flüge ins Ausland.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel hatten die Regierungsparteien fallenlassen müssen, um die Zustimmung der Radikalen zu ihren Plänen zu erhalten. Weiter konnten die Radikalen die Zusage erreichen, daß der Karenztag ab 1987 abgeschafft wird. (Der erste Krankheitstag wird nicht bezahlt.)

Der Reallohn würde nicht sinken, sondern um 0,5% im Jahr steigen, sagt die Regierung. Von bürgerlichen Politikern wird aber zugegeben, daß die Unterschiede in den Löhnen zugenommen haben. Besonders die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben starke Reallohnverluste hinnehmen müssen. In einer Anzeige des SiD (Ge-

werkschaft der Nicht-Facharbeiter) heißt es: "Der einfache Däne – von denen noch nicht gesprochen wird, denen es wirklich dreckig geht ... – hat in der Periode der Schlüter-Regierung einen steilen Fall im Einkommen gehabt. Für einen einfachen Lohnabhängigen gab es einen Fall im Lebensstandard um 10% ... für einen Empfänger von Arbeitslosengeld um 20%." Nach Berechnungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kostet die Erhöhung der Energiepreise eine Familie 5460 Kr. jährlich.

Die Aussage der Regierung, der Konsum sei zu hoch, stieß auf breite Empörung. Es gab große Demonstrationen und kurze Streiks in mehreren Städten, hauptsächlich von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes organisiert. In Kopenhagen demonstrierten am 17. und 20.3. 50000 Menschen. Die Volksschullehrer streikten im ganzen Land mehrere Tage lang. Die Regierung behält sich vor, weitere Maßnahmen im Mai durchzuführen.

Quellenhinweis: Politiken, lfd. Nummern; Berlinske Tidende, 15.-21.3. – (wiw)

Philippinen

Die katholische Kirche unterstützte Regierungsübergabe an Frau Aquino

Kaum hatte der Diktatur Marcos mit einer Maschine der US-Luftwaffe die Philippinen verlassen, reiste Kardinal Sin, höchster Würdenträger der katholischen Kirche der Philippinen, nach Rom und erstattete dem Papst Bericht. Denn die Volkserhebung hatte Corazon Aquino, praktizierende Katholikin und nach verschiedensten Berichten umgeben von Beratern aus dem Jesuitenorden und dem reaktionären Laienorden OPUS DEI, an die

Macht gebracht.

An dem überraschend schnellen Zusammenbruch der Marcos-Diktatur hatte die Kirchenhierarchie auf den Philippinen, deren Bevölkerung zu 90% katholisch ist, wesentlich mitgewirkt. Bekanntgeworden sind die Aufrufe von Kardinal Sin anlässlich der Parlamentswahlen 1984 und erneut zu den Präsidentschaftswahlen im Februar 1986, die Gläubigen sollten ihr Wahlrecht ausüben und dabei nach



Seit Ende März blockieren streikende philippinische Zivilangestellte mit dem Fliegerhorst Clark den zweiten US-Stützpunkt (Bild). Die 22000 Beschäftigten fordern die Zahlung von Abfindungen beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis bei den US-Streitkräften.



Am 10. und 11.3. berieten in Brüssel die "Freunde von Zaire" (so der offizielle Name der Konferenz) über ihre Politik gegenüber dem hochverschuldeten Land. Anwesende "Freunde": Vertreter der Weltbank, des IWF, der USA, der französischen, britischen, japanischen, kanadischen, italienischen, westdeutschen und belgischen Regierung (Bild rechts: Premier Martens). Zaire (Hauptexportprodukt: Kupfer), seit Jahren unter direkter Finanzaufsicht von IWF und Weltbank, ist praktisch bankrott. Die Löhne sind auf ein Fünftel von 1975 gesenkt, der Schuldendienst stieg auf 40% der Staatsaufgaben. Ergebnisse der Konferenz sind noch nicht bekannt. – (rül)

Haiti: Demonstrationen und Streiks gegen Militärjunta

Acht Wochen nach dem Sturz von "Baby Doc" Duvalier verschärfen sich die Auseinandersetzungen mit dem alten Regime. Der liberale Justizminister, einziges ziviles Mitglied der Militärjunta und der Kollaboration mit Duvalier unverdächtig, trat zurück. In die Junta wurde der ehemalige Außenminister Duvaliers aufgenommen. Hunderte von Studenten belagerten den Regierungspalast. Die Busfahrer streikten aus Protest gegen die Ermordung von fünf Demonstranten und legten den Verkehr in der Hauptstadt lahm. Dort demonstrierten Ende März 10000 Menschen für soziale Maßnahmen und die Verurtei-

lung der Duvalliers-Clique. In den Stadtteilen errichteten die Demonstranten Barrikaden. – (sie)

Bangladesh: Generalstreik gegen Militärregierung

Für den 22.03. hatte die Opposition zu einem zwölfstündigen Generalstreik, dem zweiten in diesem Monat, für die Aufhebung des Kriegsrechts und für freie Wahlen aufgerufen. In der Hauptstadt Dhaka und den anderen 17 größeren Städten beteiligten sich Hunderttausende. Geschäfte, Büros und Fabriken blieben geschlossen. Vor der Universität in Dhaka griffen Demonstranten eine Polizeistation an. Die Militärregierung stellte die Aufhebung des Kriegsrechts nach den Wahlen in Aussicht. – (sie)

Türkisch-Kurdistan: Bilanz des Befreiungskampfes

Die Kurdistan-Komitees von Paris, Köln, Den Haag und Genf, die die Befreiungsbewegung ERNK unterstützen, haben eine Bilanz des Kampfes der ERNK veröffentlicht: "Im letzten Jahr erstreckten sich die politischen und militärischen Aktivitäten der ERNK und ihrer bewaffneten Kräfte (HRK) über eine Fläche von ca. 200000 qkm. Vom März bis Dezember letzten Jahres kam es zu 800 bis 1000 Aktionen in Form von Hinterhalten, Angriffen, Zusammenstößen etc. Insgesamt wurden 900 Soldaten, 10% davon Offiziere, ein Bürgermeister, 16 Polizisten, 100 Denunzianten, die sich an den militärischen Operationen der türkischen Armee und an jeglicher Art



von Folter beteiligten, getötet sowie 400 Soldaten, 20 Polizisten verletzt. Während der Überfälle auf militärische Einrichtungen erbeutete man große Mengen an Waffen und Munition." Nach Angaben des Komitees haben türkische Truppen im vergangenen Jahr über 200 Personen in Türkisch-Kurdistan ermordet. (Erklärung 4/86, Kurdistan-Komitees, 21.3. – rül)

ihrem Gewissen entscheiden, ansonsten aber ruhigen Gewissens Geld vom Regime für ihre Stimmabgabe kassieren. In den letzten Jahren hatten die philippinischen Bischöfe in Hirtenbriefen wiederholt die rapide Verelendung der armen Bauern, Landarbeiter und Arbeiter in den Städten und den Terror des Regimes angeprangert. Schließlich hatte der Papst im letzten Jahr bei seiner Asien-Reise auch die Philippinen besucht und dabei die Marcos-Diktatur maßvoll kritisiert, zugleich aber vor allen Verstrickungen der Gläubigen und des Klerus in revolutionäre Bestrebungen gewarnt. Die Warnungen hatten einen konkreten Hintergrund: Denn nicht nur viele Gläubige, sondern auch zahlreiche Mitglieder des Klerus sind in den Untergrundgegangen, in der kommunistischen Partei organisiert und kämpfen in der Neuen Volksarmee NPA für eine nationaldemokratische Revolution auf den Philippinen.

Bereits in den 70er Jahren hat sich die unter der Marcos-Diktatur illegalisierte Vereinigung "Christen für nationale Befreiung" gebildet, die der Einheitsfrontorganisation NPE angehört und für eine Revolutionierung auch der philippinischen Kirche kämpft.

Die Kirchenhierarchie hatte erst in den letzten Jahren eine zunehmend kritische Position gegenüber dem Marcos-Regime entwickelt. Als Marcos 1972 das Kriegsrecht ausrief und damit nicht nur die Kommunisten und die für Autonomie kämpfenden muslimischen Moros im Süden der Philippinen, sondern auch Teile der bürgerlichen Opposition illegalisierte, unterstützten die katholischen Bischöfe das Regime. Einige Kirchenführer entwickelten in den folgenden Jahren eine reformistische Kritik an der Marcos-Diktatur, verlangten Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit, distanzieren sich aber

gleichzeitig von der revolutionären Bewegung.

Erst 1983, nach dem Mord an Benigno Aquino, ging die Kirchenhierarchie insgesamt auf Distanz zur Marcos-Diktatur. Denn die soziale Basis des Regimes unter den nationalen Bourgeois, der Kleinbourgeoisie und der Intelligenz zerbrach aufgrund der Wirtschaftskrise und der immer schamloseren Ausbeutung der ganzen Gesellschaft der Philippinen durch die Kompradorenclique um Marcos und die hinter ihnen stehenden multinationalen Konzerne und Banken. Diese Klassen sind aber auch zugleich bestimmend für die offizielle Ideologiebildung und die politische Einflusnahme der katholischen Kirche auf den Philippinen.

Bei der Distanzierung von Marcos blieb es nicht. Offensichtlich arbeitete die katholische Kirche auf eine Lösung der Marcos-Nachfolge hin, die den kirchlichen Einfluß auf die Ent-

Generalstreik in Argentinien

Den fünften Generalstreik gegen die vom Internationalen Währungsfond maßgeblich beeinflusste Wirtschaftspolitik der Regierung Alfonsín in Argentinien führte der Gewerkschaftsbund CGT am 25.3. durch. Ab Mittag streikten hunderttausende von Arbeitern für zehn Stunden, obwohl Alfonsín den Streik "undemokratisch" nannte. Hauptträger des Streiks waren die Fabrikarbeiter von Buenos Aires und Cordoba. Auch der gesamte Nahverkehr lag still, mit Ausnahme von Bussen zu den Demonstrationen. – (hef)

Sharpeville/Langa: Streiks und Kundgebungen

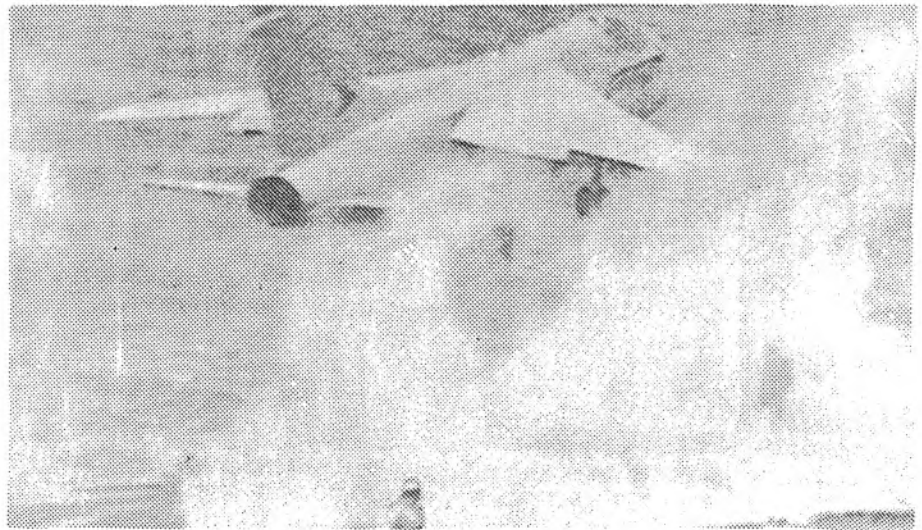
In zahlreichen Proteststreiks, Kundgebungen und Demonstrationen gedachten die azanischen Befreiungsorganisationen und südafrikanische Widerstandsorganisationen am 21. März der über 100 Demonstranten, die am 21. März 1960 von der südafrikanischen Polizei in Sharpeville und Langa ermordet wurden, weil sie gegen die Paßgesetze demonstrierten. Der PAC hatte die Demonstrationen initiiert. Während der illegalen Kundgebungen am 21. März in diesem Jahr, an denen sich Hunderttausende im ganzen Land beteiligten, konnten Militär und Polizei nicht konzentriert vorgehen. In einigen Orten, wie in Langa und Sharpeville, fanden auch an den folgenden Tagen Protestversammlungen statt. In Sharpeville demonstrierten Tausende gegen die Todesurteile für sechs Befreiungskämpfer, die den Marionettenbürgermeister umgebracht haben sollen. Am 25. März richtete die Polizei in Langa ein neues Massaker an: Sie erschoss über 20 Demonstranten, die für die Freilassung aller politischen Gefangenen eintraten und die

Freilassung von Zeph Motopheng (PAC) und Nelson Mandela (ANC) forderten. In Johannesburg und Port Elizabeth tötete die Polizei über zwanzig Azanier, als sie gegen das Apartheidsystem demonstrierten. – (uld)

Syrien/Israel: Spannungen auf den Golanhöhen

Mit Steinwürfen haben am 28. Februar die Einwohner des drusischen Hauptorts Majd al Schams den israelischen Premierminister Peres bei seiner Visite auf den seit 1967 durch Israel besetzten syrischen Golanhöhen empfangen. Die Dörfer stehen unter per-

manenter Belagerung der israelischen Armee, zahlreiche Männer sind verhaftet worden. Hintergrund der zunehmenden Spannungen ist die fortgesetzte Weigerung der Drusen, die israelische Staatsbürgerschaft zu akzeptieren, die ihnen seit der Annexion des Golan durch Israel im Dezember 1981 aufgezwungen werden soll. Israels Verteidigungsminister Rabin drohte den Drusen an, sie würden sonst zukünftig als Ausländer behandelt werden, mit allen rechtlichen Konsequenzen und Beschränkungen. Der Golan sei und bleibe israelisches Staatsgebiet. – (bar)



Am 24. März fanden die US-Imperialisten den geeigneten Anlaß für eine militärische Aggression gegen Libyen. Seit Wochen führten sie Manöver mit bis zu 30 Kriegsschiffen vor der libyschen Küste durch. Ständig mißachteten sie die Hoheitsgewässer und den Luftraum Libyens. Als die libyschen Streitkräfte diesen Provokationen entgegentraten, hetzte Reagan seine Truppe zum Angriff. Die US-Imperialisten meldeten die Versenkung zweier libyscher Schnellboote und die Bombardierung von Raketenstellungen. Große Demonstrationen in Libyen, Griechenland und im Libanon, die Arabische Liga und die Sowjetunion wandten sich gegen die US-Aggression und unterstützten die libysche Regierung. Am 27. März zog sich die 6. US-Flotte zurück. Reagan an die Soldaten: "Im Name aller Amerikaner sage ich: Gut gemacht, wir sind stolz auf Sie." – (sie)

wicklung der Gesellschaft verstärkte und gleichzeitig die Revolution eindämmen konnte. Als geeignete Kandidatin für die Marcos-Nachfolge wurde Frau Aquino gefunden. Ihre soziale Basis in der Grundbesitzerklasse sowie ihr reformerisches Engagement versprachen den für das Gedeihen der Politik der Kirche nötigen Konservatismus ebenso wie die Bereitschaft zu begrenzten sozialen Reformen. Es kann nicht behauptet werden, daß Corazon Aquino einfach ein Werkzeug der Kirchenhierarchie und des Vatikans ist. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß die katholische Kirche ihre Kandidatur gegen Marcos aktiv betrieben hat. So hatte Frau Aquino im letzten Herbst in dem Einigungsprozeß der bürgerlichen Opposition auf einen Präsidentschaftskandidaten auf ihre Unterstützung seitens der Kirche sowie kirchlicher Basisgemeinden verwiesen.

Inwieweit die Manöver der katholi-

schen Kirche gelingen, die nationale und soziale Befreiung zu verhindern, hängt nicht zuletzt auch von den Erfolgen der "Christen für nationale Befreiung" CNL ab, die ihren klassenmäßigen Hintergrund in der Kleinbourgeoisie und der Intelligenz haben. Auf ihrem 2. Kongreß 1981 bestimmte die CNL ihre Aufgaben u.a. folgendermaßen:

"Es gibt viele Lektionen, die wir von der alten nationalen, demokratischen Revolution lernen können; es gibt viele Lektionen, die wir einfach direkt von einer konkreten Analyse unserer Situation lernen müssen.

Wie früher dürfen wir die Gefangenschaft des christlichen Glaubens und der Kirche in der Politik von Imperialismus, Feudalismus und Faschismus nicht unterschätzen. Der christliche Glaube und die Kirche werden von Menschen innerhalb und außerhalb der Kirchen herangezogen, um ihre Politik des Kolonialismus und der Kolla-

boration zu rechtfertigen. Sie beschwören diese, um die Politik der Revolution oder der Revolte, (sogar Reformen) als nicht nur 'subversiv', sondern als 'ketzerisch' zu verdammen. Zur Rolle der marxistischen Theorie und Organisationen in der Revolution: sie nennen sie 'Atheisten', und setzen ihre Verteidigung von Privilegien, Ausbeutung und Unterdrückung mit der Verteidigung Gottes, des Glaubens und der Kirche gleich ... In der Verfolgung unserer nationalistischen, demokratischen und revolutionären Politik als christliche und kirchliche Menschen streben wir nicht nur danach, unsere christlichen Mittel für die Freiheit aufzubringen; wir streben die Freiheit des Christentums an."

Quellenhinweis: Problems of Communism, div. Ausg.; Far Eastern Ec. Review, div. Ausg.; SZ, div. Ausg.; Dokumente des 2. Kongresses der CNL, 1981 – (wom)

* Veröffentlichungen *

Ergebnisse und Tendenzen der Tariffbewegung 1985

Unter diesem Titel hat Ingrid Kurz-Scherf vom WSI-Tarifarchiv des DGB einen lesenswerten Aufsatz als Tarifbericht Extra 1/86 geschrieben. Er enthält sowohl einen nach Branchen gegliederten Überblick, die Ergebnisse von Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitbewegungen, wie auch eine Beurteilung von Flexibilisierungs- und Differenzierungstendenzen.

Für 17,1 Mio. Beschäftigte stellt Kurz-Scherf weiteres Sinken der Nettolohn- und Gehaltssumme um 0,5% fest, bei gleichzeitigem Anstieg der Nettoprofiten um 5,6%. Der Lebensstandard der abhängig Beschäftigten sei damit auf das Niveau von 1976 zurückgefallen.

Die Differenzierung des Lohngefüges hat sich verschärft. Obwohl die prozentuale Erhöhung (Dez. 1985 zu Dez. 1984) nur um +/- 1% schwankten, lag die Erhöhung in DM-Beträgen in den obersten Tarifgruppen bei dem bis zu achtfachen der Erhöhung in den untersten Tarifgruppen.

Nach den Arbeitszeitabschlüssen sieht Kurz-Scherf die Tendenz zur Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten über vermehrte Schichtarbeit, Einführung des Samstags als Regelarbeitstag usw. als belegt an. Als "zentrale arbeitszeitpolitische Konfliktlinie" der Zukunft wird "Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitszeitflexibilisierung" benannt. Als nächstes, vermutet Kurz-Scherf, dürften die Arbeitgeberverbände Öffnungsklauseln durchsetzen wollen, die je nach betriebsbedingten Gründen Abweichungen von der Regelarbeitszeit ermöglichen würden.

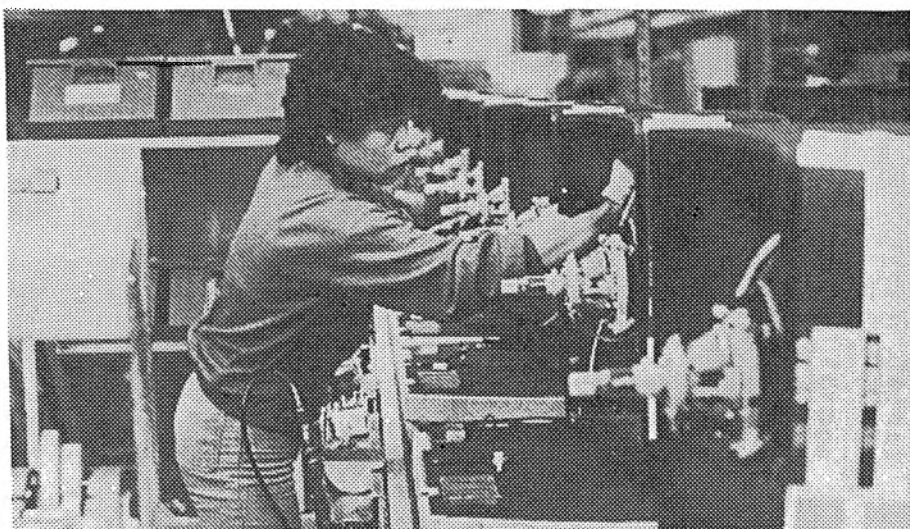
(Bezug: DGB-Tarifarchiv Extra 1/86, WSI, Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf – gka)

Löhne verantwortlich für Arbeitslosigkeit?

Daß die Behauptung, die immer schon zu hohen Löhne seien schuld an der Arbeitslosigkeit, durch beständige Wiederholung an Richtigkeit gewinnen könnte, ist nicht der Fall. Zu dieser Feststellung wird der Leser des Buches "Wer trägt die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit?" kommen. In dem Band sind die Beiträge eines Symposiums der Ludwig-Erhard-Stiftung, das am 21.5.1985 in Bonn abgehalten wurde, zusammengefaßt. Die von den verschiedenen Unternehmerverbänden bezahlten Wissenschaftler repetieren ihren Glaubenssatz, den Professor Wolfram Engels in der Form einer prinzipiellen Voraussetzung so formulierte: "Es gilt für alle Formen der Arbeitslosigkeit, daß sie auf einer Diskrepanz von Produktivität und Vollbeschäftigungslohn beruhen."

Für einen seiner Beweise, daß seine Theorie stimme, greift Prof. Engels auf – in seinen Augen – Bewährtes zurück: "Wir haben in der Weltwirtschaftskrise beide Rezepte erprobt. Einmal eine angebotsorientierte Politik – wie wir das heute nennen würden – und zum anderen eine nachfrageorientierte Politik, die nebeneinander in denselben Jahren in zwei Ländern, Deutschland und Amerika, praktiziert wurden. In Amerika mit dem Erfolg, daß die Weltwirtschaftskrise bis zum Zweiten Weltkrieg überhaupt nicht überwunden wurde, in Deutschland mit dem Erfolg, daß die Arbeitslosigkeit zwischen 1933 und 1936 verschwand. In den ersten anderthalb

für die Arbeitslosigkeit haftbar gemacht werden und für die Arbeitslosenversicherung aufzukommen hätten. In dem Band werden fast alle bekannten Vorschläge propagiert, wie eine Senkung und Aufsplitterung der Löhne und die Beseitigung von Schutzrechten der Lohnabhängigen zu werkstelligen seien. Der Vertreter des DGB-Vorstandes Fehrenbach kritisierte diese Absichten. Wenn er aber als Beitrag des DGB zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit anbot, "daß die in Arbeit Befindlichen als Beispiel ihrer Solidarität einen Beitrag dazu leisten", dann hilft solches den Kapitalisten bei ihren Lohnsenkungen und nicht den Arbeitslosen. (Wer trägt die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit? Hrsg. Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn. 1986, 28 DM – gba)



Die Kapitalistensprecher fordern die Senkung der Mindestlöhne unter den geltenden Tarif: ein weiteres Mittel, die Akkordzeiten zu drücken

Jahren bis Ende 1933 wurden zwei Millionen zusätzlich beschäftigt." Mit welchen Mitteln bekräftigte die Terrorherrschaft des deutschen Finanzkapitals die Richtigkeit dieser Theorie? "Eine der ersten Maßnahmen der Regierung Hitler war, daß er die Maßnahmen seiner Vorvorgängerregierung Brüning bestätigt hat: Er hat im Februar 1933 einen allgemeinen Lohnstopp erlassen, der bis zum Kriegsende gültig war. Bis 1936 war die Arbeitslosigkeit in Deutschland beseitigt ..." Prof. Engels preist hier die terroristische Unterdrückung der Arbeiterklasse und die Kriegsvorbereitung bei maximaler Ausbeutung der Arbeitskraft als Lösung des Problems "Arbeitslosigkeit wegen zu hoher Löhne": die Nazi-Diktatur – wie folgerichtig und aktuell für diese Sorte Wissenschaftler.

Prof. Engels behauptete eine "Tarifarbeitslosigkeit" und forderte, die Gewerkschaften müßten in die Pflicht genommen werden, ein Verbändegesetz müsse sichern, daß der Staat die Gewerkschaften der Sozialpflichtigkeit unterwerfe. Weitere Sprecher forderten, daß die Gewerkschaften

Kampf um Entschädigungen ehemaliger Zwangsarbeiter

Welchen Entwürdigungen und Erniedrigungen die ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiter aus Nazi-Konzentrationslagern ausgesetzt waren, als sie versuchten, von ihren vormaligen Ausbeutern Entschädigungen für die vernichtende Zwangsarbeit zu erhalten, berichtet Benjamin B. Ferencz. Ferencz betrachtet sein Buch als die Beschreibung eines Teils der Geschichte der Juden. Er selbst hat als Anwalt verschiedener jüdischer Organisationen, die sich in der Jewish Claims Conference zusammengeschlossen haben, die Interessen der wenigen überlebenden jüdischen Zwangsarbeiter gegenüber westdeutschen Kapitalisten vertreten. Insofern beschreibt Ferencz nicht allein jüdische, sondern auch einen Teil in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannte westdeutsche Nachkriegsgeschichte. Ausführlich stellt Ferencz die Auseinandersetzungen ehemaliger Zwangsarbeiter mit dem I.G. Farben Nachfolger, dem Krupp Konzern, mit Siemens, AEG und Telefunken, mit

Rheinmetall und dem Thyssenkonzern, mit Messerschmidt-Bölkow-Blohm, mit den Baufirmen Philipp Holzmann und Leonhard Moll. In keinem einzigen Fall haben die Monopole die Rechtmäßigkeit der Ansprüche jüdischer Zwangsarbeiter anerkannt, westdeutsche Gerichte untermauerten diese Haltung mit widersprüchlichen Entscheidungen. Wenn die Kapitalisten Entschädigungen gezahlt haben, handelte es sich um lächerlich geringe Beträge. Für die schätzungsweise mehr als 1,6 Millionen jüdischen Zwangsarbeiter, die sie ausbeuteten, zahlten die westdeutschen Kapitalisten eine Summe von etwa 100 Millionen DM, pro Kopf der ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiter, die überhaupt ihre Forderungen anmeldeten, nicht mehr als 4000,- DM. Die Argumente der Kapitalisten gegen die Forderungen der Zwangsarbeiter reichten von der Lüge, sie wären gezwungen gewesen, Zwangsarbeiter zu benutzen, bis zu der Feststellung, die Benutzung von Zwangsarbeitern für die Kriegsproduktion sei normal und legal – ein Rechtsstandpunkt, der die Wiederholung des Programms "Vernichtung durch Arbeit" wahrscheinlich macht, sollten die westdeutschen Imperialisten erneut ihre Interessen in einem Krieg wahrnehmen können. (Benjamin B. Ferencz, Lohn des Grauens, Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter, ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Campus-Verlag, Frankfurt 1981, 36,- DM – uld)

"Grüne Agrarpolitik – Bilanz und Perspektiven"

Ist der Titel der 60 Seiten starken Broschüre der GRÜNEN. Kernpunkt ihrer Forderungen: "Für ein System gestaffelter landwirtschaftlicher Erzeugerpreise zur Sicherung der Arbeitsplätze in der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft." (S.9) Am bisherigen System kritisieren sie u.a. die Ausdehnung industriemäßig betriebener Agrarproduktion, den Trend zur Monokultur, zu immer stärkerer Verwendung von Düngern und Pestiziden und die Verfütterung von Kraftfutter aus der 3. Welt. Die nach Hofgröße gestaffelten Erzeugerpreise begründen die GRÜNEN so: Für Bauern, die durch natürliche Gegebenheiten benachteiligt sind, sind einheitliche Preise ungerecht. Sie erhoffen sich davon die Sicherung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft und die Eindämmung der Überschußproduktion. Der Interessengegensatz zwischen Industrie und EG auf der einen Seite, vertreten durch die Regierungskoalition, und den Bauern auf der anderen wird herausgearbeitet, der SPD wird vorgeworfen, daß sie im grünen Mantel ebenfalls Existenzvernichtung durch Verdrängungskonkurrenz betreibt. (Bezug: Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN – anp)

CDU Landesverband NRW

"Wir Gefühl" und "Soziales Gewissen" – CDU sucht Konzept für Nordrhein-Westfalen

Am 8. März hat in Düsseldorf der erste Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Gleichzeitig der Gründungsparteitag des Landesverbandes NRW der CDU, hat dieser Landesparteitag die Fusion der beiden bisherigen Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe vollzogen und damit einen Schlußstrich gezogen unter die Umstrukturierungsdiskussion, die unmittelbar nach den Landtagswahlen 1985 begonnen hatte.

Bei der Landtagswahl im Mai 1985 erzielte die CDU ihr für NRW schlechtestes Ergebnis seit ihrem Bestehen. Bei den Bundestagswahlen 1983 war sie mit 45,2 % der Stimmen erstmals seit 1965 auch in NRW wieder zur stärksten Partei geworden. Bei den Landtagswahlen fiel sie auf 36,5%.

Der CDU sind dabei jedoch wenig Stimmen von anderen abgenommen worden. Vielmehr beruhte das Ergebnis vor allem auf mangelnder Mobilisierung der bisherigen und möglichen CDU-Wähler. An der Landtagswahl beteiligten sich 1,69 Mio. Wähler weniger als an den Bundestagswahlen 1983. Der CDU fehlten 1,58 Mio. Stimmen, SPD und Grüne hatten bei den Landtagswahlen zusammen aber nur 10000 Stimmen mehr als bei den Bundestagswahlen. Die Gemeinschaft um Besitz und Eigentum, die die CDU bei den Wahlen 1983 schmieden konnte, funktionierte 1985 nicht in dem Maße.

Die Fusion der beiden Landesverbände soll die Schlagkraft der CDU in NRW erhöhen und die mit der Trennung verbundenen Rivalitäten beseitigen. Die Initiative dazu ergriff der

als Vorsitzender des Präsidiums beider Landesverbände 1983 gestürzte westfälische Landesvorsitzende Biedenkopf unmittelbar nach den Landtagswahlen.

Daß die Situation der CDU in NRW sich schon deutlich verbessert hat – eine unbedingte Voraussetzung für die Bundestagswahlen 1987 – macht das Wahlergebnis für Biedenkopf deutlich: Er wurde mit der unerwartet hohen Stimmenzahl von 91,5% zum Vorsitzenden des neuen Landesverbandes gewählt. Der ehemalige Rektor der Ruhruniversität, ehemalige Henkel-Manager und ehemalige CDU-Generalsekretär ist damit Vorsitzender eines Landesverbandes, der mit 260000 Mitgliedern rund 40% der Bundes-CDU ausmacht und etwa ein Drittel der Delegierten auf Bundesparteitagen stellen wird.

"Wir in NRW"

Eine unmittelbare politische Wirkung der Fusion ist die Erleichterung einer Antwort auf die von der SPD-Landesregierung unter dem Stichwort "Wir in NRW" betriebene Politik. Die CDU hat sich diese Losung inzwischen zu eigen gemacht. Bei der SPD hat sie als materiellen Kern das Versprechen auf staatliche Ankurbelung des Geschäftes und beinhaltet die Forderung an den Bund, dies durch Mittel aus dem Finanzausgleich zu ermöglichen; bei der CDU legt das "Wir in NRW" noch deutlicher eine Basis für eine stark chauvinistische, auf "Heimatliebe" aufbauende und auf Expansion gerichtete Politik.

Folgerichtig hoben führende Poli-



Biedenkopf und der erste stellvertretende Landesvorsitzende Pützhoefen. Der "Kopf": "Ich bin entschlossen zu dienen, für unsere Partei, für ihre Politik, für das Land Nordrhein-Westfalen und für unsere Bundesrepublik Deutschland."

tiker der Landes- und Bundes-CDU in der Vorbereitung der Fusion hervor, daß die Bildung des Landes NRW im Jahre 1946 unmittelbar auf eine Initiative von Adenauer und anderen CDU-Politikern gegenüber den Alliierten zurückging. Die Motive: Die Einbettung des Ruhrgebietes in ein Land, das ein Drittel der Bevölkerung der späteren BRD umfaßte, sollte französischen Forderungen nach Abtrennung des Ruhrgebiets vom Deutschen Reich entgegenwirken und den Einfluß der KPD, der im Ruhrgebiet nach 1945 verhältnismäßig groß war, auf der politischen Ebene des Landes verringern. (1)

"Neuanfang"

Im August letzten Jahres schrieb die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" der CDU in NRW ins Stammbuch: "Vom Glanz des ersten christlich-demokratischen Jahrzehnts ist nirgendwo so wenig übrig geblieben, wie dort, wo einst Konrad Adenauer und Karl Arnold erfolgreich waren ... Die vereinte Partei mag unstreitig jetzt oder später das kraftvollere Instrument sein, mit dem man mehr erreichen kann (sicher ist auch das nicht). Doch müßte dieser riesige neue Landesverband irgendeine Vorstellung haben, was man erreichen will ... In den vergangenen zehn Jahren ist kaum etwas geleistet worden an gedanklicher Arbeit für eine CDU-Politik in Nordrhein-Westfalen." (2)

Diese Kritik bezog sich offensichtlich auf die Linie des CDU-Spitzenkandidaten und Kohl-Vertrauten Worms, der in einem Interview 1985 ausgeführt hatte: "Für mich ist die Identifizierung mit der Politik der CDU in Bonn das einzig Richtige und der einzige Weg, der zum Erfolg führen kann. Würde ich mich auch nur einen Millimeter links oder rechts anders verhalten, würde ich hier nicht siegen können." (3)

Insbesondere Biedenkopf hat dies seit längerem anders gesehen. In Düsseldorf trat jetzt auch Kohl als Gastredner für einen "neuen Anfang" ein. Der neue stellvertretende Landesvorsitzende Pützhofer führte aus: "Angesichts der Lage der CDU in Nordrhein-Westfalen ... ist es doch wohl jedem hier im Saale klar, daß die Mehrheitsfähigkeit nicht zu erreichen ist, wenn wir uns auf die Pflege des Bestandes konzentrieren ... Wir müssen mehr sein als eine Partei, der jedermann zutraut, den wirtschaftspolitischen Karren aus dem Dreck zu ziehen." (4)

"Grundwerte"

Alle Redner beim Düsseldorfer Parteitag waren sich einig darin, daß die Diskussion um "Grundwerte" wieder belebt werden müsse. Pützhofer beklagte, daß die CDU die "Wertfragen" zu lange den Kirchen überlassen hat. Biedenkopf rief demagogisch aus "Der

Mensch lebt nicht vom Brot allein". Man kann ihm schlecht antworten "doch". Angesichts deutlicher Reallohnsenkungen, der Zunahme ungeschützter Arbeitsverhältnisse mit Niedrigstlöhnen, der Kürzung von Versicherungsleistungen ist dies jedoch die Ankündigung weiterer Angriffe auf Interessen der Lohnabhängigen. Als "politische Kultur" will Biedenkopf entsprechend klarstellen, daß "Freiheit nie durch Kollektive, sondern immer nur durch Menschen verteidigt wird". (4)

Die CDU in Westfalen-Lippe hat unter Biedenkopfs Vorsitz bereits einiges in dieser Richtung geleistet. 1983 verabschiedete sie ein Programm für eine "ökologische Marktwirtschaft", daß auf die lohnabhängigen Mittelklassen, politisch auf die Grünen zielte. 1984, kurz vor den Kommunalwahlen, verabschiedete der Landesverband Westfalen-Lippe das Programm "Lebendige Gemeinde.



Demonstration gegen die Änderung des § 116 in Dortmund. Die CDU demonstrierte demgegenüber in Düsseldorf Einheit. Bundeskanzler Kohl erhielt am meisten Beifall, als er ausführte: "Norbert Blüm als gewerkschaftsfeindlich darzustellen, ist nicht nur dumm, sondern schlicht gemein."

Stärkung der kleinen Lebenskreise – Nachrangigkeit staatlichen Handelns". Darin wird das Subsidiaritätsprinzip entwickelt, die Umwandlung von öffentlichen Leistungen in private.

1985 veröffentlichte Biedenkopf sein Buch "Die neue Sicht der Dinge", das den Anspruch eines umfassenden gesellschaftspolitischen Konzepts beinhaltet. Darin bekennt er sich zu den ordnungspolitischen Vorstellungen Ludwig Erhards und erklärt die Konkurrenz und den "freien Wettbewerb" zum Allheilmittel der Wirtschafts- und Sozialpolitik. (5)

"Soziales Gewissen"

In Hinblick auf die Bundestagswahlen hat Biedenkopf auf dem Parteitag in Düsseldorf die Umsetzung dieses Konzepts betrieben. Für die CDU in NRW führte er als besondere Aufgabe an: "Es ist oft die Rede davon gewesen, das wir das soziale Gewissen in der

Bundespartei sind ... Wir in Nordrhein-Westfalen haben als Union deshalb eine besondere Aufgabe, weil die Weiterentwicklung unseres Landes und seiner politischen Struktur nicht ohne die Mitwirkung der gesellschaftlichen Gruppen möglich ist ... Wir haben da einen besonderen Auftrag, auch und vor allem im Hinblick auf die Gewerkschaften." (4)

Was er damit anspricht, ist seit längerem ein größeres Problem der CDU: Die weitere Umstrukturierung der Wirtschaftsstruktur in NRW erfordert die Lähmung der Gewerkschaften, ebenso wie die Mobilisierung der alten und neuen Mittelklassen für Besitz und Eigentum den Nachweis der Durchsetzungsfähigkeit gegen die Interessen der Lohnabhängigen erfordert. Hierzu ist die "Weiterentwicklung der sozialen Ordnung" nötig.

Die SPD macht es der CDU dabei leicht. Biedenkopf sprach sich in Düsseldorf gegen Konfrontation und für

die Einheitsgewerkschaft aus, stellte aber die Bedingung, daß sie "politisch neutral" ist und klagt als "Geschäftsgrundlage" den "sozialen Frieden" ein. Eine Verletzung dieser "Geschäftsgrundlage" sieht er durch die von der SPD unterstützten Aktionen gegen die Änderung des § 116 AFG. Da Rau seine Kritik an der Änderung des § 116 durch die Bundesregierung ebenfalls auf die "Gefährdung des sozialen Friedens" zuspitzt, wird das ganze zu einer Auseinandersetzung um die gemeinsame "Geschäftsgrundlage". Soziale Interessen werden dabei unter den Tisch gekehrt.

Quellenhinweis: (1) Konrad Adenauer, "Erinnerungen von 1945 bis 1963"; (2) "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5.8.1985; (3) "Westdeutsche Allgemeine Zeitung", Mai 1985; (4) 1. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen, 8.3.1986, Wortprotokoll; (5) siehe auch: Besprechung in "Politische Berichte" 22/85, S. 18 – (wof)

VVN mobilisiert für Nesselwang

Kempten. Für den 1.-4. Mai ist das 5. Jahrestreffen der sog. Truppenkameradschaft der 3. SS-Panzerdivision Totenkopf in Nesselwang geplant. Ende März haben auf Einladung von Gewerkschaftern, die zugleich Mitglied der VVN sind, im Kemptener Gewerkschaftshaus Besprechungen über Gegenmaßnahmen stattgefunden. Anwesend waren VVN, DKP, SDAJ, Falken, Jusos und unorganisierte Kräfte aus dem Kemptener Raum. Die Grünen hatten ihr Kommen zugesagt, ließen sich aber nicht blicken; die SPD hatte ihre Teilnahme an die Bedingung geknüpft, daß ein Aufruf nur vom DGB getragen werde und nur eine Kulturveranstaltung geplant werde. Darauf ließ sich keiner ein. Die anwesenden Organisationen verständigten sich über den Inhalt eines Aufrufs, in dem es heißt: "Es ist eine ungeheure Provokation..., daß noch immer Angehörige einer vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg 1946 als verbrecherisch eingestuften Organisation den mörderischen Ungeist der Waffen-SS... pflegen dürfen." Die Organisationen rufen zu einer Demonstration am 3. Mai in Nesselwang auf. — (die, ael)

3000 gedenken der Morde in der Bittermark

Dortmund. In der Bittermark, einem Waldstück im Dortmunder Süden, wurden an Karfreitag 1945 mehr als 300 Zwangsarbeiter und Häftlinge aus sieben Nationen ermordet. Die Nazis wollten, kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner, Zeugen für ihre Verbrechen beseitigen. Nach dem Krieg wurde in der Bittermark eine Gedenkstätte eingerichtet, an der jedes Jahr Kundgebungen stattfinden. In diesem Jahr nahmen etwa 3000 Antifaschisten, darunter viele alte Widerstandskämpfer und ehemalige KZ-Insassen, an der Gedenkfeier teil. Vertreter der Stadt, der ev. Kirche und der französischen Vereinigung zwangsdeportierter Arbeiter hielten die Ansprachen: Der Tod der in der Bittermark Ermordeten müsse Mahnung sein gegen jeglichen Haß; "die Liebe" zu allen Menschen müsse an Stelle des Hasses gesetzt werden. Dieses christliche Geseüsel erntete kaum Beifall. Stattdessen wurde in Flugblättern und auf Transparenten zum aktiven Kampf gegen Faschismus, Reaktion und Rüstung aufgerufen. An der Kundgebung nahmen außer zahlreichen Gewerkschaftern nahezu alle antifaschistischen Organisationen, Autonome und viele ausländische Antifaschisten teil.

In der Dortmunder Nordstadt soll in diesem Jahr ein Denkmal für die 1932/33 ermordeten Arbeiter aufgestellt werden, die am Nordmarkt einen Angriff von 1000 SA-Faschisten zurückschlugen. — (Mak)



Frankfurt. Vor einem Altenheim protestierten am 19.3.86 Mitglieder des Seniorenschutzbundes "Graue Panther" gegen die üblen Lebensbedingungen in diesem Heim, das den Kapitalisten der Allo-Seniorenresidenz GmbH gehört. Sie griffen in Flugblättern die schlechte Verpflegung, die unsachgemäße Behandlung und die zu geringe Zahl des Pflegepersonals an. — (gba)

Bundeswehr übernimmt Luftwaffenmuseum

Uetersen. Staatssekretär Würzbach hat jetzt von Stoltenberg die Zustimmung für die Übernahme des Luftwaffenmuseums in der Appener Marseille-Kaserne erhalten. Die Übernahme dieser kriegsverherrlichenden Sammlung aus der Militärluftfahrt mit zwei imperialistischen Raubkriegen war 15 Jahre lang am Bundesrechnungshof gescheitert. Würzbach hatte auf der 25-Jahr-Feier im Jahre 1982 Hilfe versprochen, denn: "Wer sich nicht mit seiner Geschichte beschäftigt, verliert seine Identität." Ebenfalls finanzielle Beteiligung hat Ministerpräsident Barschel zugesagt. Das "Museum" soll weiter ausgebaut werden. Am 8. Mai '85 wurde von dem antifaschistischen Bürgerkomitee (u.a. DKP, GRÜNE, VVN, Volksfront) mit einer Demonstration die Schließung gefordert. Diese Aktionen können zur 30-Jahr-Feier eine gute Fortsetzung erfahren. Die VVN hatte zu den Kommunalwahlen in Pinneberg die Schließung erneut gefordert. — (aru)

Verfassungsbeschwerde gegen Steuerbetrug an Ausländern

Mannheim. Die Delegierten der IG-Chemie-Verwaltungsstelle Mannheim stimmten auf ihrer Jahreskonferenz einstimmig folgendem Initiativantrag zu: Der Hauptvorstand der IG CPK wird aufgefordert, sich einer Verfassungsbeschwerde der Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) anzuschließen, die sich dagegen richtet, daß im Ausland lebende Frauen und Kinder ausländischer Lohnabhängiger seit 1.1.86 steuerrechtlich nicht mehr berücksichtigt werden. Das heißt z.B. statt Lohnsteuerklasse II/2 jetzt LStKlasse I/o. Nach Berechnung der BfA sind von dem entsprechenden Ge-

setz 150000 Ausländer betroffen. In der Begründung des Antrages wird das Gesetz als "nicht nur diskriminierend sondern in höchstem Maße auch gefährlich" bezeichnet. "Gegen diese Entwicklung zu kämpfen ist für die deutsche Arbeiterbewegung nicht nur eine moralische Verpflichtung." — (tht)

Volksbegehren gegen Stationierung abgelehnt

Stuttgart. Per Beschluß am 18.3. hat der baden-württembergische Staatsgerichtshof die Klage der Initiative "Volksbegehren gegen die Stationierung in Baden-Württemberg" auf Zulassung dieses Begehrens zurückgewiesen. Im November 1983 war auf Initiative des KB und unter Beteiligung von Grünen und SDP-Kräften sowie unterstützt durch örtliche Friedensgruppen und auch durch die Volksfront diese Bewegung entstanden. Höhepunkt ihrer Tätigkeit war das mit konkreter Kritik an der Späthschen Kriegsvorbereitungspolitik verbundene Eingreifen in den Landtagswahlkampf im April 1984. Nicht wenige Kräfte in der Initiative waren für das Einreichen der Unterschriften bereits zu einem Zeitpunkt vor den Landtagswahlen eingetreten. Die erforderlichen Unterschriften waren gesammelt, und die Landesregierung hätte im Wahlkampf entscheiden müssen. Das Einreichen wurde schließlich bis zum Januar 1985 hinausgeschoben. Landesregierung und auch Staatsgerichtshof sagen, die Stationierung falle als "Verteidigungsangelegenheit" ausschließlich in die Bundeskompetenz. Das Argument stammt aus den Grundsatzurteilen des Bundesverfassungsgerichtes von 1959 gegen die Volksbefragung gegen die Atombewaffnung. Weitere rechtliche Möglichkeiten für die Initiative bestehen nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes nicht mehr. — (heb)

NPD-Landesparteitag

3 000 demonstrieren in Tuttlingen Polizei verhaftet sechs Antifaschisten

Tuttlingen. Rund 3000 Antifaschisten demonstrierten am 23. März gegen einen Landesparteitag der NPD Baden-Württemberg in Tuttlingen. Träger der Demonstration war der Kreisverband des DGB, landesweit mobilisiert hatten die VVN-BdA und die Volksfront. An einigen Orten bildeten sich Aktionsbündnisse.

Auf der Kundgebung sprachen der DGB-Kreisvorsitzende Geier, der ehemalige KZ-Häftling Emil Carlebach und Werner Pfennig, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier. Pfennig griff die Förderung der Faschisten durch Gerichte und Behörden an und erklärte: "Die neue Form des Faschismus kommt auf lei-

setzung der NPD im Rahmen der Benutzung öffentlicher Einrichtungen sowohl der beklagten Stadt wie auch dem Gericht von Rechts wegen verwehrt" — eine deutliche Bekundung des Gerichts, daß zur staatlichen Aufgabe gehört, faschistische Propaganda zu gewährleisten.

Daß am 23.3. rund 3000 demonstrierten, muß als Erfolg gewertet werden. Der Termin des Parteitags war erst drei Wochen zuvor bekannt geworden. Außerdem hatte sich der DGB-Kreisverband geweigert, mit antifaschistischen Komitees und Organisationen eine Aktionseinheit zu bilden. Diesem Alleinvertretungsanspruch entsprachen die Aktivitäten



sen Sohlen aus den ... Räumen der Konzernzentralen, der Ministerien, der Justiz und des Militärs." Er erinnerte daran, daß nach dem 2. Weltkrieg Gesetze zur Beseitigung des Nationalsozialismus erlassen wurden, die heute noch gültig sind: "Verbietet die NPD und löst alle neofaschistischen Gruppen und Organisationen auf!"

Im Vorfeld des NPD-Parteitags hatte die Stadt Tuttlingen den Faschisten die Stadthalle als Tagungsort verweigert. Begründet wurde das von der CDU-geführten Verwaltung allerdings nicht mit dem faschistischen Charakter der NPD. Vielmehr wurde erklärt, die Halle stehe nur "nutzungsberechtigten örtlichen Anspruchsträgern" zur Verfügung. Die NPD klagte vor dem Freiburger Verwaltungsgericht und bekam Recht. Es sei "die Berücksichtigung der politischen Ziel-

setzung des DGB in keiner Weise. Mobilisiert wurde von ihm fast nur in Orten, wo sich Bündnisse gebildet hatten und auch dort nur halbherzig. Auch die VVN-BdA rief nur in einem Teil ihrer Kreisverbände in Baden-Württemberg zur Demonstration auf, gerade 400 folgten diesem Aufruf. Die Volksfront konnte über ihre Informationsarbeit 200 Antifaschisten mobilisieren.

Vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei hatte die Staatsmacht aufgeföhren, um den NPD-Parteitag zu schützen. Sie riegelten den NPD-Tagungsort weiträumig ab: Einer mit NATO-Draht abgesicherten Absperzung im Umkreis von 300 Metern um die Halle schloß sich eine zweite Sperrzone an, mit der sämtliche Zufahrtswege abgesperrt wurden.

Die Polizeiföhhrung wollte die Antifaschisten weiträumig an der NPD-

Tagung vorbei auf die andere Seite der Donau föhren, wo der DGB auf den Donauwiesen die Kundgebung abhalten wollte. Einige hundert Leute erklärten demgegenüber, man müsse den Faschisten direkt an der Stadthalle gegenüber treten. Obwohl das dem DGB-Kreisvorsitzenden bekannt war, hörte er sich vor Beginn der Demonstration widerspruchslos die Anweisung des Einsatzleiters der Polizei an, der DGB habe dafür zu sorgen, daß die Route eingehalten werde. Als ein Block von rund 200 Antifaschisten, an dem sich vor allem Autonome beteiligten, den Zug in Richtung Stadthalle verlassen wollte und dazu aufrief, zu folgen, lotsten DGB-Ordner den darauffolgenden Teil der Demonstration daran vorbei, während sich die Polizei anschickte, ihn einzukreisen. Nur mit Mühe gelang der Rückzug in den Schutz des Zuges.

Als dann rund 150 Antifaschisten geschlossen vom Kundgebungsort abzogen, wurden sie von einer Hundertschaft eingekesselt. Alle wurden durchsucht, fünf ohne Angabe von Gründen verhaftet.

Zwischen Autonomen und Volksfront kam es im Verlauf der Aktionen zu einem Zusammenwirken. Verschiedentlich wurde der Wunsch geäußert, daß so etwas fortgesetzt werden müsse, vor allem auch wegen der zunehmenden Aktivitäten der Faschisten im süddeutschen Raum.— (jüg)

"Stammheim"

Filmbesprechung gibt Anlaß zu Landtagsdebatte

Wiesbaden. "Stammheim stand für Überwachung und Bespitzelung ... für Willkür, Bedrohung und umsichtig betriebenen Rechtsbruch von Staatswegen ... Stammheim, das waren tote politische Gefangene und ungeklärte Todesursachen ..." Diese Auffassungen von R. von Plottnitz, Verteidiger von J. C. Raspe, widersprechen nach Meinung der CDU-Landtagsfraktion seiner Position im Richterwahlausschuß, der laut Hessischem Richtergesetz darüber entscheidet, ob ein Richter "Gewähr dafür bietet, daß er sein Amt im Geiste der Demokratie und des sozialen Verständnisses ausüben wird". Ein Antrag der CDU auf Rücktritt von Plottnitz wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Die SPD-Fraktion ließ in der Debatte allerdings keinen Zweifel daran, daß sie in "Stammheim" die berechnete Antwort "unseres demokratischen Staates auf den menschenverachtenden Bombenterror der RAF, die das geplante Verbrechen zum Instrument ihrer wirren politischen Strategie gemacht hat", sieht. Sie schreckte auch

nicht davor zurück, unter Berufung auf den Widerstand im Nationalsozialismus und auf im Namen von Faschisten umgebrachte Sozialdemokraten diesem Staat der Kapitalisten und erklärten Erbfolger der Faschisten bei der Gelegenheit zu versichern: "Die Sozialdemokraten werden die ersten sein, wenn es darum geht, für die Verteidigung dieses Staates einzutreten." Dieses Bekenntnis ist sicher ein schöner Trost für den abgelehnten Antrag, haben die Reaktionäre doch noch gleichzeitig die GRÜNEN unter Druck gebracht. Diese bescheinigen dem Staat Demokratie, wenn auch Stammheim zeige, daß es keine "geborene, sondern eine erkorene Demokratie" sei. Stammheim, das waren "Verfahrensmängel", die es rechtspolitisch aufzuheben gelte.

Die Kritik, man habe bei Faschistenprozessen sehr wohl politische Motive miteinbezogen, bei Prozessen gegen die RAF dies verhindert, geht der FDP zu weit. Der Begriff "politische Gefangene" ... ist der Sprachgebrauch derer, die die Politik der RAF verteidigen ... Früher gab es bei solchen Texten Ermittlungsverfahren von Staatsanwälten wegen Verherrlichung der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung ... Wenn der Wähler Ihnen 5% der Stimmen gibt, dann müssen wir das hinnehmen. Aber wir müssen es nicht hinnehmen, daß solche Persönlichkeiten ... Richter in diesem Lande aussuchen." — (udi)

Ostermarsch Wackersdorf

Trotz massiver Hetze beteiligten sich 100000

Bis zu Redaktionsschluß am Montagabend war folgendes bekannt: über 100000 waren gekommen. Obwohl die Kundgebung aus "Sicherheitsgründen" 500 Meter vom Bauzaun entfernt durchgeführt wurde und einige Kundgebungsredner dazu aufforderten, nicht zum Zaun zu gehen, besichtigten die meisten Teilnehmer den Bauzaun. Äste und Steine flogen über den Zaun gegen die Polizei, die allerdings "außer Wurfweite" innerhalb des Geländes postiert war. Wasserwerfer (vierzig waren bereitgestellt) wurden nach einiger Zeit gegen die Demonstranten am Zaun eingesetzt. Beigemischt war dem Wasser CS- und CN-Gas, Tränengaswurfgeschosse wurden ebenfalls verwandt. Die Möglichkeit, den Zaun zu beschädigen oder gar auf das Gelände einzudringen, auf dem mindestens 3000 Polizisten stationiert waren, war von vornherein nicht vorhanden. Dennoch wurden die Wasserwerfer eingesetzt, tausende von Menschen wurden davon getroffen und blieben trotz Reizgas und Nässe in Bauzaunnähe, obwohl sie nicht zu den "Steinewerfern" gehörten. Erkennbar

war eine Solidarisierung zwischen den "Friedlichen" und den "Gewalttätigen." Um 21 Uhr meldete der Bayerische Rundfunk 72 Verletzte und einen Toten — gestorben an Asthmabeschwerden — die Zahl der Festnahmen wurde nicht bekannt gegeben.

Der Demonstration vorhergegangen war eine Reihe von polizeilichen Maßnahmen zur Einschüchterung: Am Sonntag wurde ein genehmigtes Zeltlager in Nähe des Baugeländes von der Polizei aufgelöst, 280 Teilnehmer festgenommen und länger als einen Tag festgehalten. Am Montag wurden auf einem Bauernhof 43 Personen "vorbeugend" verhaftet und in dem Büro der Bürgerinitiativen eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

Der CSU und der bayerischen Staatsregierung bereitet die zunehmende Solidarisierung zwischen den sogenannten "Gewalttätigen" und der Oberpfälzer Bevölkerung Sorgen. Ein Ausdruck dafür waren die Zeitungsanzeigen, die in der Woche vor der Demonstration in der örtlichen Presse von der Staatsregierung veröffentlicht wurden, alle mit dem Tenor, anständige Leute sollten sich von den Ostermärschen in Wackersdorf fernhalten, denn dort würden Autonome und andere Staatsfeinde im Schutze der Demonstranten Gewalttätigkeiten planen.

Größere Beunruhigung war bei der Regierung zuerst eingetreten, als am 16.3.86 am Rande eines Anti-WAA-Gottesdienstes tätliche Angriffe auf die Polizei vermeldet wurden — "22 verletzte Polizisten". Der Polizeipräsident der Oberpfalz äußerte sich darüber "betroffen", aber nicht etwa wegen der Polizisten, ihn beunruhigte vielmehr, daß "Leitfiguren der örtlichen Szene" keine deutliche Stellungnahme gegenüber vermummten Gewalttätigen ergriffen, sondern diese auch noch schützten und daß "ein Teil der einheimischen Bevölkerung die Tätigkeiten der Autonomen nicht mit Widerwillen, sondern mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis nimmt."

Am Ostermontag war der gleiche Vorgang erkennbar. — (uth, dax)

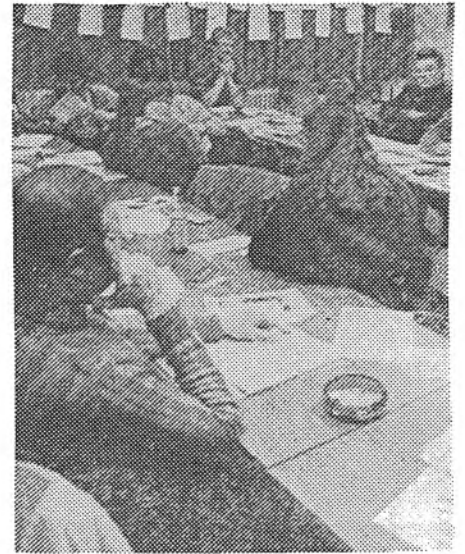
Südafrika-Boykott

Landrat: Boykottbeschuß wäre grundgesetzwidrig

Dachau. 45 Teilnehmer kamen zu einer Podiums- und Diskussionsveranstaltung der örtlichen Aktion Südafrika-Boykott Ende Februar. Vertreter der Stadtrats- und Kreistagsfraktionen, der OB und der Landrat waren eingeladen worden. Sie sollten Stellung nehmen zu der von über 600 Leuten aus dem Landkreis per Unterschrift unterstützten Forderung nach vollständigem Boykott des südafrikanischen Rassistenregimes; vor allem

sollten sie sich dazu äußern, ob sie für eine Resolution im Stadtrat bzw. Kreistag eintreten würden, daß die Stadt- und Kreissparkasse den Krüger-Verkauf einstellen, keinerlei Geschäfte mit Südafrika mehr unterstützen und ihre Vertreter im Sparkassenverband beauftragen soll, auf eine entsprechende Änderung der Geschäftspraktiken der Landesbank Girozentrale hinzuwirken.

Zwei SPD-Stadträte, der einzige Stadtrat der Grünen und ein SPD-Kreisrat waren der Einladung gefolgt. Der CSU-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, der Oberbürgermeister



(CSU-nah) und der Landrat (CSU) hatten sich unter Hinweis auf andere Verpflichtungen schriftlich entschuldigt. Der Landrat nahm in seinem Brief Stellung zum Anliegen der Veranstaltung: Ein Kreistagsbeschuß zu der Sache käme nicht in Frage, ein solcher Beschuß wäre grundgesetzwidrig, weil die Außenpolitik insgesamt — und damit auch ein Wirtschaftsboykott — Sache des Bundes wäre.

Der anwesende SPD-Kreisrat berichtete, seine Fraktion habe beschlossen, die Forderungen der Initiative direkt in der Verbandsversammlung der Sparkasse als Antrag einzubringen; ein Antrag im Kreistag hätte nämlich angesichts der CSU-Mehrheit in diesem Gremium keinerlei Aussicht auf Aufnahme in die Tagesordnung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat sprach sich gegen einen Antrag im Stadtrat aus, weil nach Ansicht der Mehrheit seiner Fraktion überörtliche Themen im Stadtrat nichts zu suchen hätten. Der Stadtrat der Grünen versprach, auf einer der nächsten Sitzungen des Stadtrats einen Antrag im Sinne der Forderungen der Unterschriftenaktion zu stellen. Eine SPD-Stadträtin sagte ihre Unterstützung für einen solchen Antrag zu.

Die Teilnehmer der Veranstaltung spendeten 180 DM für inhaftierte schwarze Gewerkschafter. — (pek)

Lufthansa-Werft Hamburg

Betriebsräte fordern Verbot der Leiharbeit und Festeinstellung der Leiharbeiter

Hamburg. Am 23.1. entdeckte die Bearbeitungsstelle zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung während einer Razzia auf der Lufthansa-Werft am Flughafen Fuhlsbüttel mehrere Leiharbeiter der Reinigungsfirma Graefe, die ohne Lohnsteuerkarte und Sozialversicherungsschutz arbeiteten. Sie wuschen mit einer phenolhaltigen Beize die Außenhaut von Flugzeugen. Bevor der Flugzeugrumpf auf Risse untersucht wird, muß vorher der Lack runter. Bei Berührung verätzt die Beize die Haut und dringt durch sie hindurch in Gewebe und Blut.

Betriebsräte und Gewerkschafter der "Offenen Liste" bei der Lufthansa schrieben an den Vorstands-Vorsit-

gen haben?

– die 'Firmenleitung' keine Sicherheitsunterweisung an die Mitarbeiter gibt? ... Leiharbeiter dieser 'Firma' z.T. ohne Schutzmasken oder ohne Filtereinsatz, aber immer noch ohne Gummischutzbekleidung eingesetzt werden?

– Leiharbeiter dieser 'Firma' schwere Verbrennungen an Gesicht, Hals und Armen erlitten haben? (Aussage vom Gewerbearzt Dr. Heiland am 07.02.86) Leiharbeiter dieser 'Firma' gegen die AZO (Arbeitszeitordnung) und ohne Wissen des Gewerbeaufsichtsamtes 2-3 Schichten hintereinander arbeiten und so bis zu 16 bzw. 20 Stunden und länger bei LH im



Links: Leiharbeiter, der unerkannt bleiben will, mit verätzten Knien und Ellbogen. Rechts: Wartungs- und Reparaturarbeit an einem Flugzeugrumpf.

zenden Ruhnau einen "Offenen Brief":

"Wer frühmorgens durchs Haupttor marschiert, hat sie vielleicht schon mal gesehen, die Nachtschicht der Leiharbeiter! Sie haben Flugzeuge gereinigt und gebeizt, und ob sie den noch Feierabend haben, ist mehr als fraglich. Häufig werden sie nach der LH-Nachtschicht direkt zur MBB-Frühschicht transportiert, wieder Flugzeuge reinigen und beizen. Stundenlöhne von 8 – 11 DM sind angesagt, obwohl Lufthansa 40 DM an den Verleiher zahlt.

Urlaub? Wer 1 500 DM netto (im Monat) verdient, erhält 1 Tag; bei 3 000 DM werden es dann 1 1/2 Tage! Als ob es kein Bundesurlaubsgesetz gibt ...

Herr Ruhnau, ist Ihnen bekannt, daß – die Firma 'Graefe' mit Scheinverträgen Beiz- und Reinigungsarbeiten ausführt, obwohl die Arbeitsämter Kiel und Hamburg ihr die Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung entzo-

Einsatz waren?

... Deshalb glauben wir, daß Sie auf diesem Gebiet unsere Zielvorstellungen teilen können:

Die Leiharbeit und sog. Werkverträge in der Flugzeugtechnik auszuschießen ...

Ehemalige Reiniger dieser Firmen sind fest einzustellen, um ihnen eine vernünftige soziale Existenz zu geben."

Auf der Lufthansa-Werft in Hamburg-Fuhlsbüttel arbeiten über 4 000 Beschäftigte. Im Zweischichtbetrieb reparieren und warten sie Flugzeuge. Mit 670 Mio. DM finanziert der Hamburger Senat in den nächsten Jahren den Ausbau des Flughafens. 200 Mio. DM gehen in die Erhöhung der Passagier-Kapazität von 4,8 Mio. auf 7 Mio. jährlich; das entspricht dem Passagieraufkommen von Flughäfen wie Tokio oder Zürich. Mit den restlichen 470 Mio. DM soll der Bau neuer War-

tungs- und Lackierhallen und die Errichtung der größten Jumbo-Wartungshalle Europas finanziert werden. Im Gespräch ist der Wartungs- und Reparaturvertrag für die Europa-Flotte einer der größten US-Fluggesellschaften.

Mit Kapitalaufstockung durch Teilprivatisierung, Ausbau der Kapazitäten und verschärfter Ausbeutung der Beschäftigten will Lufthansa jetzt weitere Weltmarktanteile erobern. Lohn- und Arbeitsbedingungen werden den Zielen angepaßt: Spaltung durch gestaffelte Gewinnbeteiligung wie im letzten Jahr, Einführung von Dreischicht und Nachtarbeit über sogenannte Werkverträge mit Sklavenhändlern.

Im letzten Geschäftsbericht gibt die Lufthansa als ihr Ziel an, "die Marktwachstumsmöglichkeiten entsprechend wahrzunehmen und unsere Wettbewerbsfähigkeit durch eine moderne Flotte und mit einem qualitativ hochwertigen Angebot zu gewährleisten." Den "unterschiedlichen Belastungen des internationalen Luftverkehrs" hätten sich die Beschäftigten unterzuordnen. Mit 35 % Schichtarbeit (Bodenpersonal) und 25 % Arbeit nach Einsatzplan (fliegendes Personal) hat die Lufthansa knapp 20 000 Beschäftigte in "flexible Arbeitszeitsysteme" gepreßt. Mit ihrem expansiven Unternehmenskonzept soll das noch forciert werden.

Mit 22 Mrd. verkauften Sitzkilometern (Passagiere mal beförderte Kilometer) konnte die Lufthansa 1984 weitere Weltmarktanteile erobern. Sie steht jetzt im Passagierbereich auf Platz 5. Nummer 1 ist Pan Am mit 36 Mrd. Sitzkilometern. Im Frachtbereich konnte sie mit einer Steigerungsrate von 14,8 % weiter aufschließen. Mit 2,2 Mrd. Tonnenkilometern liegt sie nur noch knapp hinter den mit 2,3 Mrd. Tonnenkilometern führenden Japan Airlines. "Im Einklang mit der exportorientierten Wirtschaft der BRD hat Lufthansa ihr Angebot an Luftfrachttonnage optimiert." (Geschäftsbericht) Der Frachtanteil an der gesamten beförderten Tonnage ist mit 48 % schon der größte aller Luftflotten der Welt. Um in Europa eine "größere Freizügigkeit bei der Regelung des Luftverkehrs" zu erreichen, kämpft die Lufthansa in den entsprechenden EG-Organen für die Linie, "daß es keine unterschiedlichen Marktordnungen für die Länder der Europäischen Gemeinschaft einerseits und die übrigen europäischen Länder andererseits geben kann". Angriffe auf die Souveränität anderer Lufträume gehören genauso zum Unternehmenskonzept wie verschärfte Ausbeutung der Beschäftigten. Quellenhinweis: Offener Brief der "Betrieblichen Liste"; Stern, Ausgabe 11/86; Geschäftsbericht 1984 der Deutschen Lufthansa Aktiengesellschaft. – (mij)

Registrierung

**Aufgeschoben aber
nicht aufgehoben**

Heidelberg. Zu Beginn des Jahres teilte die Landesbeauftragte für den Datenschutz in Baden-Württemberg, Ruth Leuze, mit, daß die Erfassung und Registrierung von Personen in einem Heil- oder Heilhilfsberuf durch die Gesundheitsämter und die Meldebehörden vorerst eingestellt werde.

Die Registrierung des medizinischen Personals erfolgte bis 1986 auf Grund der dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935! Erst mit Änderung des Meldegesetzes von Baden-Württemberg im April 1983 wurden die Behörden beauftragt zum Zwecke des Katastrophenschutzes bzw. der Vorbereitung eines Gesundheitssicherungsgesetzes, alle Personen an das Gesundheitsamt weiterzumelden, die in einem medizinischen Heil- oder Hilfsberuf ausgebildet werden. Die Erfassung wurde damit über das Krankenhauspersonal hinaus ausgedehnt.

Seit über drei Jahren protestieren der Personalrat der Orthopädischen Klinik und vor allem der Vertrauensleutekörper der Unikliniken gegen diese Erfassung. In Broschüren, Flugblättern und an Infoständen wurde die Registrierung als Kriegsvorbereitung gekennzeichnet und verurteilt. Der Personalrat rief zum Boykott der Erfassung auf und verteilte entsprechende Vordrucke.

In der Mitteilung über die Aufhebung bzw. Nichtanwendung des Gesetzes und der Verordnung ist die Begründung insofern aufschlußreich, als sie gezielte Hinweise enthält über eine geplante Änderung von Gesetzen. Diese sollen dann dem gleichen Zweck dienen, aber effektiver sein. Die Datenschutzbeauftragte erklärte freiweg, daß die Erfassung über die Meldebehörden eine sinnlose Erfassung sei, weil "... die Gesundheitsämter wissen gar nicht, was sie mit diesen Meldungen anfangen sollen". Eine genauere Kennzeichnung der Personen fehlt in dem Meldebogen. Das führte dazu, daß manche Gesundheitsämter bei den Kliniken nachforschten, um ihren Datenstamm zu vervollständigen. Wiederum waren über die Meldungen der Kliniken nicht alle Personen erfaßbar. Die Klinikverwaltungen mußten monatlich die Meldung über Zu- und Abgang von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern erstatten, für die übrigen Personen galt der jährliche Nachweis. Die Durchführungsverordnung ermächtigt die Gesundheitsämter auch noch, unabhängig von der direkten Dienstbehörde des Beschäftigten, diesen zu überprüfen und zu bespitzeln. "... wenn eine solche Person



den in Ausübung der staatlichen Aufsicht erlassenen Vorschriften beharrlich zuwiderhandelt, so hat der Amtsarzt die Zurücknahme der Anerkennung bei der zuständigen Behörde zu beantragen." (DVO, Abschn. V, § 20) Für erpresserische Versuche ist die Vorschrift gut geeignet, weil Bemerkungen über "Nachprüfungen, Lehrgänge, Bestrafungen, wirtschaftliche Verhältnisse" angegeben werden können.

Die Aufhebung der Registrierung beinhaltet die Ankündigung, eine Neuregelung der Aufgaben der Gesundheitsämter auf diesem Gebiet zu treffen und eine bessere Datenerfassung über die Meldebehörden anzustreben. – (irs)

Hoesch-Unfall**Was zählt ein
Arbeiterleben?**

Dortmund. Am 25.10.85 kamen auf dem Gelände des Werks Phoenix des Stahlkonzerns Hoesch vier Arbeiter der Schlackeaufbereitungsfirma Hackett ums Leben, als ein 2,50 Meter großer Radladerreifen bei Schweißarbeiten explodierte. Die Detonation riß die Arbeiter in Stücke und drückte selbst eiserne Garagentore ein. Mit der Erstellung eines Gutachtens über die Explosionsursache wurde der TÜV Essen beauftragt. Für das Gutachten brauchte der TÜV rund zwei Monate länger als geplant; als es dann vorlag, wurde es von der Staatsanwaltschaft wochenlang unter Verschuß gehalten "aus ermittlungstaktischen Gründen" (OStA Greiser). Erst Mitte März wurde das 56-seitige Untersuchungsergebnis der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die Arbeiter seien selbst schuld gewesen, läßt sich das Ergebnis zusammenfassen. Die Staatsanwaltschaft prüft daher, das Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung einzustellen – der Schuldige sei wohl unter den Toten zu suchen.

Laut Gutachten war es zu der Explosion gekommen, weil der defekte Reifen statt mit Druckluft mit einem Öl-Luftgemisch gefüllt worden war. Die Behälter für Druckluft und das Schmiermittel waren nebeneinander gestanden, sahen sich ähnlich und waren nicht gekennzeichnet; eine Kennzeichnungspflicht gebe es nämlich nicht. Nach einer Empfehlung des Reifenherstellers soll der Reifen bei Reparaturen abgepumpt werden. Das Ab- und Wiederaufpumpen eines solchen Reifens nimmt mehrere Stunden in Anspruch. Messerscharfe Folge: Die Arbeiter wollten sich diese Zeit sparen!

Anders dagegen hören sich die Recherchen von Radio Dortmund an. In einer Sendung am 19.3. zitiert das Lokalradio die Ehefrau eines der toten Arbeiter. Ihr Mann habe mehrfach über den Druck geklagt, unter dem gearbeitet werden müsse. Er habe zu ihr gesagt, irgendwann gehe es nicht mehr gut, irgendwann werde etwas passieren; er bitte sie für diesen Fall, für das gemeinsame Kind zu sorgen.

Die Kapitalisten aber sind einmal mehr fein raus: Die toten Arbeiter werden zu Schuldigen erklärt, die Akte damit geschlossen; wer die Arbeiter antreibt und sie der ständigen Unfallgefahr aussetzt, bleibt außerhalb der Debatte und schon gar außerhalb eines Strafverfahrens.

Anfang März war es bei Hoesch-Westfalenhütte erneut zu einem schweren Unfall gekommen, diesmal an der neuen Stranggußanlage. Ein Arbeiter wurde lebensgefährlich verletzt. Die bürgerliche Presse zitierte in diesem Fall Stahl-Arbeiter, die sagten, gerade an der neuen Anlage würden die Arbeiter ständig zu Höchstleistungen angetrieben. Das Untersuchungsergebnis in diesem Fall, präsumiert ausgerechnet vom (sozialdemokratisch beherrschten) Gesamtbetriebsrat: Alle Sicherheitsbestimmungen seien eingehalten worden! – (Mak)



Leichenwagen am Unfallort

Rom und Sinti in Hamburg

Die Kontinuität rassistischer Verfolgung: der späte Sieg des Faschismus über diese Völker

Hamburg. Unter den Losungen "Schluß mit der Verelendungspolitik! Schluß mit der neuen Vertreibungspolitik! Schluß mit dem Ziel, Hamburg zigeunerfrei zu machen!" hat die Rom und Cinti Union (RCU) Hamburg Anfang Januar eine Protestaktion durchgeführt anlässlich des Konsularempfanges des ersten Bürgermeisters (s. Deklaration nebenstehende Seite). Den dabei formulierten Angriff auf die Kontinuität rassistischer Politik gegen die Völker der Sinti und Rom weist der Senat entschieden zurück: "Die Politik des Senats hat keinerlei Bezugspunkte zur rassistischen Politik der Nationalsozialisten." (Drucksache 11/5624)

Den wichtigsten "Bezugspunkt" allerdings, die alten Polizeiakten, hat die Hamburger Polizeiführung nach 1945 umstandslos übernommen. In der Weimarer Republik dienten sie bereits der gezielten Verfolgung, die Faschisten füllten sie mit rassistischen Stammbäumen auf und benutzten sie zur Ermordung von ca. 1/2 Million "Zigeunern" in den KZs. Die bundesdeutschen Rechtsnachfolger führten sie als sog. "Landfahrerakten" weiter. In Hamburg wurden diese Karteien selbst noch nach dem Verbot durch den Europarat 1970 unter der Hand weitergeführt und erst 1980 ins Staatsarchiv überstellt. Bis Mitte der 70er Jahre bestand die Dienststelle "Landfahrerangelegenheiten", die Daten über Rom und Sinti zusammentrug ohne jeglichen Tatverdacht. Offensichtlich ist sie aber nur dem Namen nach aufgelöst worden. Bis mindestens 1984 haben Hamburgs Polizei und andere Behörden Formulare mit dem Katalogkennzeichen ZN (Zigeunername) geführt; im zentralen Polizeicomputer INPOL wird dieses rassistische Merkmal noch heute verwendet.

Das "Hamburger Wohnwagengesetz" – 1956 verabschiedet und also sicherlich nicht gegen den Campingtourismus gerichtet – verbietet immer noch kurzzeitigen Aufenthalt auf öffentlichen und vor allem Campingplätzen im Stadtbereich. Der einzige erlaubte Platz steht nach Angaben der RCU unter ständiger Polizeiüberwachung. Durchreisende Familiengruppen, die auf anderen Plätzen rasten, werden von der Polizei zur Weiterfahrt gezwungen, und ihre Bewegungen im Stadtgebiet werden genaustens überwacht. Oft lanciert die Polizei dann auch Meldungen an die Presse, die vor der Kriminalität ganzer Familienverbände warnen und Denunziantentum anheizen.

Die Justiz unterwirft v.a. Rom und

Sinti Kinder gezielter Sonderbehandlung: 1983 hat ein Trittauer Richter drei Rom Kinder unter den Bedingungen der Kontaktsperre mehr als 50 Tage in verschiedene Heime Schleswig-Holsteins sperren lassen. Weder Eltern noch Anwälte noch RCU erhielten Auskunft über den Aufenthalt. Zynische Begründung: Der Vater hätte die Kinder sonst entführen können.

Im Januar dieses Jahres hat ein Hamburger Richter ein 14-jähriges Rom Mädchen in U-Haft stecken lassen. Zwei Tage und zwei Nächte Einzelhaft, bevor eine Anwältin sie raus-

beizenden Klassen verhindert. Die von den Faschisten planmäßig betriebene Ausrottung der nomadisierenden Völker hat auch ihre kulturelle Identität weitgehend zerstört. Heute können nur noch wenige Familien mit den herkömmlichen handwerklichen Berufen ihre Existenz sichern. Die anderen müssen großteils von Sozialhilfe leben oder können mit schlechtbezahlten Hilfsarbeitertätigkeiten ihre Familien nicht ernähren. Viele Erwachsene haben wegen erheblicher Schwächen im Lesen und Schreiben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Alten



1981 wurde diese Familie aus Hamburg vertrieben, 1984 eine weitere durch Geldzahlung zur Weiterreise genötigt.

holen konnte. Aufgegriffen wegen Betteldiebstahls, bestand angeblich Fluchtgefahr. Die Familie des Kindes wartet seit Jahren im Lager auf die Entscheidung im Asylverfahren. Soweit zur Kontinuität offen rassistischer Verfolgung.

Die Sozialpolitik des Senats verfolgt im Kern die Linie "Zerstörung durch Elend". Nichtstun ist dabei die gängigste Methode. Die "traditionelle" Lebensweise der Rom und Sinti ist ja sowieso bereits Ergebnis jahrhundertelanger Verhinderung von Selbsthaftigkeit und ständiger Vertreibung. Die Herausbildung von Nomadentum, spezieller, meist auf Landhandel ausgerichteter beruflicher Fertigkeiten und die Ausbildung einer rein mündlichen Kultur in großen Familienverbänden waren die einzig mögliche Lebensform. Die Grundlagen dieses Lebens hat die Entwicklung des Kapitalismus weitgehend untergraben. Staatliche Politik hat durch Schul- und Berufsverbote in der Weimarer Republik und im Faschismus gleichzeitig jegliche Einbindung in die ar-

verfügen über keinerlei Rentenansprüche, Wiedergutmachungszahlungen, wenn sie überhaupt erstritten werden konnten, werden auf die Sozialhilfe angerechnet. Die Kinder werden immer noch auf Sonderschulen geschickt oder brechen den Schulbesuch nach einigen Jahren ab. All diese Tatsachen sind dem Senat und den Behörden seit Jahren bekannt und werden einfach der "mangelnden Integrationsbereitschaft", den Rom und Sinti selbst, in die Schuhe geschoben.

Die RCU Hamburg hat vielfältige Vorstellungen und Programme entwickelt, die Verbesserungen bringen könnten. Den nebenstehend auszugsweise dokumentierten Antrag der GAL hat die große Koalition von SPD und CDU in der Hamburger Bürgerschaft gerade im Februar niedergebügelt. Die Politik der "Zerstörung durch Elend" wird fortgesetzt.

Quellenhinweis: Lage der Rom und Cinti in Hamburg, 1982, Bürgerschaftsdrucksachen 11/260, 11/5624, 11/5692, 11/5754 – (mek)

GALAntrag zur Lage der Cinti und Rom

"Die Bürgerschaft ersucht den Senat:

1. dafür zu sorgen, daß alle Rom und Cinti, die auf dem Vergleichsweg Leistungen nach dem BEG erhalten haben und durch diese Vergleiche um die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Geltendmachung weiterer Ansprüche gebracht worden sind, wieder in die Lage versetzt werden, nunmehr wieder Ansprüche nach dem BEG geltend zu machen...

4. sich auf Bundesebene für eine Neuregelung der Entschädigungspraxis einzusetzen mit der entsprechenden Neuaufgabe der Antragsfristen...

5. dafür zu sorgen, daß Leistungen nach dem BEG nicht auf Leistungen nach dem BSHG angerechnet werden...

5.1 NS-Opfer mit Kriegsoffizieren gleichzusetzen...

8. den Familienbegriff der Cinti und Roma anzuerkennen...

9. dafür zu sorgen, daß die Familien der Cinti und Roma in den Genuß des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Familien kommen...

10. sicherzustellen, daß die Integrationsmodelle und Projekte der Rom und Cinti Union e.V. finanziert und unterstützt werden...

11. sicherzustellen, daß die Lernprojekte, die die RCU in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde entwickelt hat, auch finanziert werden...

12. sicherzustellen, daß eine autonome von Roma und Cinti geleitete Beratungsstelle... eingerichtet und angemessen finanziert wird (wie diese schon im gesamten Bundesgebiet bis auf Hamburg bestehen)...

13. sicherzustellen, daß die Aufarbeitung der Geschichte der Rom und Cinti finanziell gefördert wird...

17. dafür zu sorgen, daß Untersuchungen zu Altersbestimmungen nicht mehr durchgeführt werden...

18. dafür zu sorgen, daß Cinti und Rom Kinder nicht mehr erkenntnisdienstlich behandelt werden und derartiges bestehendes Material umgehend vernichtet wird...

19. sicherzustellen, daß alle bei der Polizei bestehenden "Zigeunerkarteien" – behördliche wie private – an das Staatsarchiv überstellt werden...

20. dafür zu sorgen, daß von den Verkehrsämtern keine Daten mehr an die Sozialämter weitergegeben werden...

23. dafür zu sorgen, daß an den Schulen die Geschichte und die Verfolgung der Roma und Cinti in den Unterricht einbezogen wird...

25. dafür zu sorgen, daß ein regionales Kultur- und Dokumentations-

zentrum für die Hamburger Rom und Cinti hergerichtet und finanziert wird...

28. dafür zu sorgen, daß Cinti und Roma, welche sich seit Jahren hier aufhalten, eine Aufenthaltserlaubnis bzw. Aufenthaltsberechtigung erhalten, und zwar unter Berücksichtigung ihrer Lebensumstände und der besonderen geschichtlichen Verpflichtung Hamburgs gegenüber dieser ethnischen Minderheit...

29. sicherzustellen, daß allen in Hamburg lebenden Rom und Cinti Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, die ihrem Familienverständnis entspricht...

30. dafür zu sorgen, daß alle Rom und Cinti, die länger als fünf Jahre in der BRD sich aufhalten, auf Wunsch eingebürgert werden...

32. dafür zu sorgen, daß alle Gesetze, Verordnungen und Dienstabweisungen, die geeignet sind, Roma und Cinti zu diskriminieren oder gar zu benachteiligen, umgehend abgeschafft bzw. geändert werden, insbesondere das Hamburger 'Wohnungsgesetz'...

33. dafür zu sorgen, daß Dolmetscher in Romanes an den Behörden und Gerichten zugelassen werden, damit eine Benachteiligung von Rom und Cinti auf dieser Ebene ausgeschlossen wird...

36. zu prüfen, ob bzw. wie stark die Cinti, die jahrzehntlang an der Giftmülldeponie Georgswerder leben mußten, in ihrer Gesundheit geschädigt worden sind..."

Deklaration der RCU

Hamburg vom 9. Januar 1986

"... Rom und Cinti sind über Jahrhunderte verfolgt, vertrieben und mißhandelt worden. Wir können nicht davon überzeugt sein, daß der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg mit

dieser unwürdigen Tradition in jeder Hinsicht gebrochen hat.

Denn: Behörden dieser Stadt, die unter der Aufsicht des Senats stehen, wollen mit vielfältigen und teilweise altbekannten Methoden Menschen unserer Völker vertreiben. So werden derzeit aus Polen kommende Roma und Sinti in nur jeder denkbaren Weise unter Druck gesetzt. Ihre materielle Lage wird schrittweise verschlechtert (Kürzung und Streichung der gesetzlichen Hilfe zum Lebensunterhalt); Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt (Aufenthaltsbeschränkung auf das Gebiet Hamburgs); unser Familienbegriff wird nicht respektiert (Besuche von Familienmitgliedern in anderen Städten werden verboten oder von vorherigen 'Besuchsanträgen' abhängig gemacht); aus Polen geflohene Rom und Sinti werden wegen illegaler Einreise strafrechtlich verfolgt.

Und: Noch immer sind nicht alle Wiedergutmachungsverfahren abgeschlossen: Renten, die unseren Opfern des Naziterrors gewährt werden, werden teilweise durch die Sozialbehörde gekürzt.

Und: Die Polizei verfolgt Menschen unserer Völker mit besonderem Interesse und macht dabei auch vor Kindern nicht halt. Ganz offensichtlich sind nicht nur alte Vorurteile noch in manchen Hirnen, sondern neue Karteien werden wieder angelegt.

Und: Unsere Kinder sind im staatlichen Schulsystem benachteiligt; sie werden gleich auf Sonderschulen geschickt. Unsere Sprache wird in diesem Staat nicht anerkannt. Das gilt für unsere Kultur überhaupt; bis heute verweigert man uns ein eigenes kulturelles Zentrum.

Und: Aus den alten Akten, die der Senat ins Staatsarchiv gebracht hat, müssen wir immer mehr erkennen, daß die Verbrechen gegen unsere Völker nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt worden sind.

Und: Bis heute gibt es in Hamburg keine Beratungsstelle für unsere Menschen, wie z.B. in Hannover, Bremen und Köln.

Wir fordern vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg – Schluß mit der Verelendungspolitik, – Schluß mit der neuen Vertreibungs- politik, – Schluß mit dem Ziel, Hamburg zigeunerfrei zu machen, – Der Senat möge eine soziale, gerechte, demokratische und gleichbehandelnde Politik auch uns gegenüber einleiten; auch uns gegenüber besteht eine besondere historische Verpflichtung, endlich uns menschlich zu behandeln. Das kann und muß der Senat auch in den alltäglichen Entscheidungen seiner Behörden zeigen."



MAN:Verluste für den CMV

München. Nach der ausserplanmäßigen Betriebsratswahl bei der MAN-AG, sie wurde wegen Verschmelzung mit der bisherigen Muttergesellschaft Gutehoffnungshütte notwendig, stellt der CMV nur noch drei Betriebsräte (bisher 10); die IG Metall kam von 19 auf 28. Nach Ansicht des bisherigen BR-Vorsitzenden W. Ossenkop ist der Erfolg der IG-Metall auf ihren Einsatz für die 35-Stunden-Woche, die jedem Beschäftigten acht zusätzliche freie Tage im Jahr gebracht habe, und auf den Kampf gegen eine Änderung des §116 AFG zurückzuführen. — (clc)

Bau: Umschichtung der Lohnzusatzkosten

Nach nur zwei Verhandlungen am 24.2 und 12.3 erklärten die Baukapitalisten die Lohntarifverhandlungen für die Arbeiter des Bauhauptgewerbes für gescheitert. Sie hatten kein Angebot vorlegt, sondern verlangt, daß die Gewerkschaft einer Umverteilung des zusätzlichen Urlaubsgeldes (30%) auf den Tariflohn zustimmt. Die Große Tarifkommission der IG-BSE lehnte am 13.3. diesen Vorschlag entschieden ab und diskutierte Vorbereitungen für einen Ar-

Hamburg. 3500 Bus- und U-Bahnfahrer beteiligten sich am 20.3. an einem Warnstreik für 6% Lohnerhöhung. Den 10000 Beschäftigten bei der Hochbahn, den Gas- und Wasserwerken hatte die Arbeitsrechtliche Vereinigung 2,88% geboten. Mit Schicht- und Sonntagszuschlägen verdient ein U-Bahnfahrer z.Zt. etwa 2800 DM brutto. Der Streikaufruf wurde gut befolgt. Von 4 bis 7 Uhr fuhr kein Bus und keine U-Bahn. Inzwischen wurde für den Verkehrsverbund mit 3,5% abgeschlossen. — (mek)

beitskampf. Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes Eichbauer erklärte am 21.3., "es werde keinen Tarifabschluß geben, wenn die Industriegewerkschaft Bau nicht gleichzeitig einer Umschichtung der Lohnzusatzkosten zustimme". Er verlangte auch noch die Umverteilung des 13. Monatsgehaltes von jetzt ca. 1600 DM auf den Tariflohn. Nach der ersten Sitzung der Schlichtungskommission am 23.3. stellte deren Vorsitzender Hermann Höcherl für den 3.4. eine Einigung oder einen Schlichtungsspruch in Aussicht. Die BSE ruft zum Wochenende zu mehreren Demonstrationen auf. — (kaq)



Austin, Minnesota (USA). Die Kapitalisten des Fleischverpackungskonzerns Hormel ließen ab dem 21.1.1986 600 Soldaten der Nationalgarde (Bild) gegen die Streikposten aufmarschieren. Die Streikenden antworteten daraufhin mit fliegenden Streikposten, die an anderen Orten Hormel-Firmen dichtmachten. Der Streik hatte am 17.8.1985 begonnen. Die Kapitalisten hatten zunächst eine Lohnkürzung von \$10.69 auf \$8.25 verlangt, nach scharfer Ablehnung eine Kürzung auf \$10. Am 12.3. haben die Mitglieder durch ein Votum den Gewerkschaftsvorstand zur Vermittlung aufgefordert. Dieser hat jetzt die lokale Gewerkschaft zur Beendigung des Streiks aufgefordert. — (gba)



Cebit-Messe: Verlängerter Ladenschluß

Hannover. Die Kaufhäuser hatten aufgrund von Betriebsvereinbarungen geschlossen, aber eine Reihe Geschäfte nutzte die Genehmigung durch den Stadtrat, bis 21.00h zu öffnen. Der Umsatz war gleich Null. Aber es ging darum, ein Exempel zu statuieren. Ein deutsch-englisches Flugblatt der HBV an die Messgäste machte auf Arbeitszeit und Verdienst im Einzelhandel aufmerksam und forderte auf, die Einkäufe bis 18.30h zu erledigen. In den geöffneten Geschäften verteilte die HBV Flugblätter an die Kunden und warb unter den Beschäftigten Mitglieder. — (rec)

Lohnsenkung und flexible Arbeitszeiten

Kiel. Bei den letzten Verhandlungen um den Rahmentarifvertrag des schleswig-holsteinischen Großhandels haben die Kapitalisten folgendes Verhandlungsangebot gemacht: 1. 1,5 Stunden Arbeitszeitverkürzung erst ab 1.7.87 nur im Jahresdurchschnitt; Vereinbarung über Rückführung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei "verbessertem Arbeitsmarkt". — Damit würden sie Überstunden in bestimmten Monaten nicht zu bezahlen brauchen, die in "ruhigen" Zeiten dann als Verkürzung der Arbeitszeit genommen werden müssen. 2. Koppelung an Lohnverhandlungen (die eigentlich erst im Mai anstehen): ab 31.5.1986 für zwölf Monate 2%, ab 31.5.87 für 14 Monate 1,2%. Die HBV erklärt zwar in einem Flugblatt, sie

bleibe bei den bisherigen Forderungen (wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, Weihnachtsgeldabsicherung, 5-Tage-Woche), kritisiert leider jedoch nicht die Koppelung an die Lohnverhandlungen. — (dam)

Bosch und Stuttgart für Samstagsarbeit

Stuttgart. Bosch weitet derzeit im Werk Feuerbach mit Jobber- und Sonderschichten die Samstagsarbeit aus. Samstagsarbeit stößt aber häufig auf das Hindernis, daß die Unterbringung der Kinder nicht geregelt ist, wenn sie sonst im Tagheim oder Kindergarten untergebracht sind. Nun hat die Stadt Stuttgart die Eltern von Kindergärten und Tagheimen mit Fragebogen befragt, ob sie eine Öffnung der Einrichtungen auch abends und samstags wünschen. Dann sollen Erzieherinnen und Erzieher samstags arbeiten, damit Vati und Mutti zum Beispiel bei Bosch Sonderschichten machen können. — (ros)

Betriebsrat bei fuba stellt Forderungen

Bad Salzdetfurth. Der Betriebsrat zum EDV-Einsatz: — Bildschirmarbeit max. vier Stunden, — Zeiterfassungen nur zur Kalkulation der "Kosten", — CAD/CAM-Systeme sollen daraufhin überprüft werden, ob ihr Einsatz kontrollierbar keine Benachteiligungen bringt, — die Einführung neuer Systeme muß mit dem Betriebsrat abgesprochen werden, damit Arbeitsplätze und -bedingungen erträglich und ausreichend entlohnt werden. — (mal)

CDU-Niedersachsen

Durch Senkung der Wohnmindeststandards zum Familienglück?

Seit der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministers 1982 die schrankenlose Marktwirtschaft in der Wohnungswirtschaft propagierte (1), werden von der christlichen Reaktion noch bestehende Schranken gegen Mieterhöhungen und Standardsenkungen mit Macht eingegraben. Die CDU-Niedersachsen steht dabei an vorderster Front. 1984 beseitigte sie weitgehend die Mindestanforderungen an Sozialwohnungen. (vgl. PB 4/84) Jetzt hat sie gegen die Stimmen von SPD und Grünen zum 1.5.86 auch die niedrigen Mindestanforderungen an Aufenthaltsräume, insbesondere an Wohnungen (man denke nur an den elenden Standard vieler Ausländerwohnungen), in der niedersächsischen Bauordnung (NBauO) bezüglich des Neubaus gesenkt, bezüglich bestehender Räume durch Ausnahmeregelungen fast beseitigt, wenn Wohnräume geschaffen werden. Damit wird den Bauaufsichtsbeamten noch mehr als bisher die Entscheidung zugeschoben, wo das menschenwürdige Wohnen aufhört und die Sicherheit der Bewohner gefährdet wird. Sie sollen noch mehr als bisher die Verantwortung tragen, wenn etwas schief läuft, nicht der Staat. Dadurch wird die Bearbeitung von Bauanträgen eher schwieriger und gerade das Gegenteil von Beschleunigung erreicht.

Im Wesentlichen geht es darum, daß jetzt auch enge Dachböden, feuchte, dunkle Kellerräume oder Hinterhofschuppen wieder offiziell als Wohnungen vermietet werden sollen. Dadurch kann die Rendite bei Mietwohnungen für die unteren Einkommensgruppen trotz sinkender Realeinkommen verbessert werden. Durch die Senkung der Standards soll aber auch die Schwelle zum Erwerb von Wohneigentum weiter gesenkt werden. Wenn dann z.B. nach einiger Zeit größere Bauschäden auftreten, weil bestimmte Prüfungen nicht gemacht wurden, weil sie für selbstnutzende Eigentümer nicht mehr zwingend vorgeschrieben sind, ist der Eigentümer selbst der Dumme.

Diese Senkungen der Wohnstandards treffen die unteren Einkommensgruppen hart, weil ihre Reproduktionsbedürfnisse durch die Ausweitung der Schichtarbeit und Flexibilisierung und die Umweltbelastungen wachsen. Sie brauchen gerade qualitativ bessere Wohnungen. Aufgrund der Lohnsenkungen und der von der CDU betriebenen Mieterhöhungen durch Verknappung von billigem Wohnraum (z.B. fast vollständige Einstellung des Sozialen Mietwohnungsbaus) und durch künstliche Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbestand sind sie nicht in der Lage, sich diese Wohnungen kaufen zu können. Sie müssen schlechte und billige Wohnungen mieten, in kleinere Wohnungen umziehen oder mit Kindern und Großeltern auf engem Raum zusammenleben. "... d.h. etwa 18% der Jugendlichen, die nach dem Lösungsverhalten der 70er Jahre eigentlich 1981/82 einen Haushalt gründen würden, konnten dies wegen des Wohnungsmangels (in Niedersachsen, d.V.) nicht unternehmen." (2) Eine weitere Folge ist der Anstieg der Untermieterhaushalte in Niedersachsen von 40000 (1978) auf heute schätzungsweise 50000, nachdem diese jahrzehntelang zurückgegangen waren. (3)

Solche Sorte "Familienzusammenführung" drückt die CDU etwas vornehmer aus: "Familiengerechte Wohnungen zu familiengerechten Bedingungen ... sind nach Auffassung der Landesregierung die besten Voraussetzungen dafür, ... die Verwurzelung unserer Mitbürger in ihrer Heimat zu gewährleisten." (Bericht der niedersächsischen Landesregierung über die Familien und Kinder, Juni 1981, S. 88) Die SPD begrüßte die Ziele der Änderungen, stimmte jedoch einzelnen Standardsenkungen nicht zu. Nur die Grünen wandten sich eindeutig gegen die beabsichtigten Standardsenkungen und forderten in verschiedenen Punkten erhebliche Verbesserungen (z.B. Mindestraumgröße von 10

qm), insbesondere, um ökologischen und gesundheitlichen Belangen Rechnung zu tragen.

Sozialminister Schnipkoweit (CDU) am 19.3.86 im Landtag zur Änderung der NBauO

Das Ziel der CDU sei die Entbürokratisierung, Kostendämpfung und Beschleunigung der Verfahren. Die vorliegende Fassung sei die modernste Bauordnung der Bundesrepublik. Z.B. im Bereich der technischen Normen sei die Zahl der zu beachtenden Normen von etwa 2000 auf jetzt 200 verringert worden. Dies bedeute für den Bürger eine größere Übersichtlichkeit. Die Förderung der Stadtsanierung mit öffentlichen Mitteln könne nicht erheblich ausgeweitet werden, ohne gleichzeitig die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Mittel optimal eingesetzt werden. Sanierungsmaßnahmen gingen oft mit Nutzungsänderungen zu Wohnzwecken einher. Es könnten geringere Grenzabstände zugelassen und bauliche Anforderungen gesenkt werden, z.B. die Einhaltung einer bestimmten lichten Höhe in Aufenthaltsräumen. Auch seien künftig in Gewerbe- und Industriegebieten geringere Gebäudeabstände als bisher zulässig. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern und auch bei kleineren gewerblichen und landwirtschaftlichen Gebäuden würde künftig darauf verzichtet, daß die Behörde den Schall- und Wärmeschutz und die Standsicherheit prüft.

Mieterbund Hannover (Schreiben vom 22.5.85)

"Insgesamt halten wir die Änderungen für nicht sehr gravierend, bis auf einen Punkt: Gem. §44 Abs. 3 NBauO 1973 mußte jede Wohnung mit mehreren Aufenthaltsräumen mind. einen besonnten Aufenthaltsraum haben. Diese Vorschrift soll offenbar ersatzlos wegfallen. Unseres Wissens sind Wohnungen in reiner Nordlage aus Gründen der Volksgesundheit nicht vertretbar, da ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Sonnenlicht, der Versorgung des Körpers mit Vitamin D u. der Rachitis besteht ... §43 (Aufenthaltsräume): Hier geht einiges auf Kosten des Wohnstandards. Nach unserer Meinung hatten sich die bisherigen Vorschriften bewährt. Auf der anderen Seite bleibt festzuhalten, daß jetzt nachträglich durch Gesetz lediglich gutgeheißen wird, was vielfach bereits landläufige Praxis ist: Daß nämlich Dachböden und Kellerräume zu Aufenthaltsräumen ausgebaut werden. Bisher wurde damit nur bis zur Bauabnahme gewartet."

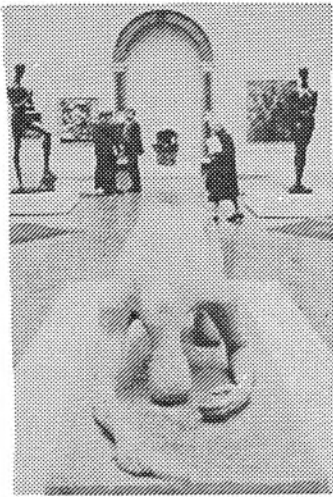
Landtagsfraktion der Grünen, Jan. 86

"2.) Der Entwurf der Landesregierung sieht eine unverantwortliche Reduzierung der Mindestanforderungen an Aufenthaltsräume und Wohnungen vor. Danach sollen – die zulässige Mindestraumhöhe für Aufenthaltsräume von 2,50m auf 2,40m gesenkt werden (für Dachgeschosse von 2,30m auf 2,20m), – die vorgeschriebene Mindestraumgröße (bisher 6 qm) gestrichen werden, (Anm. d. V.: Für Hundezwinger gibt es eine Mindestgröße von 6 qm), – fensterlose Küchen zulässig sein. Solche bauordnungsrechtlich festgeschriebenen Mindestanforderungen werden – im Massenwohnungsbau – üblicherweise zum Regelfall.

Die Grünen weisen diese zugunsten einer fragwürdigen Ankurbelung der Bauwirtschaft geplanten Reduzierungen der Minimalforderungen zurück, da die damit verbundenen gesundheitlichen, psychischen und sozialen Auswirkungen nicht hinnehmbar sind: – Die in der NBauO 1973 festgelegten Mindestraumgrößen und -höhen wurden 'vom Gesetzgeber bestimmt, um für den kleinstmöglichen Aufenthaltsraum noch das nach wissenschaftlichen Erkenntnissen erforderliche Minimum an Luftraum für den Schlafraum einer Person von 15 qm (6 qm mal 2,50 m Raumhöhe) sicherzustellen' (... NBauO, Kommentar, 1984 ...). Das OVG Lüneburg hat in einer Entscheidung (vom 11.5.1978 ...) betont, daß diese 'Untergrenze des Notwendigen' nötig sei, um ein menschenwürdiges Unterkommen zu gewähren."

Quellenhinweis: (1) vgl. Wohnungswirtschaftliches Gutachten des wiss. Beirats des BMWI, Heft 35 der Studienreihe, 1982; nach: Frank/Schubert, Lesebuch zur Wohnungsfrage, Pahl-Rugenstein, 1983; (2) Schriftenreihe der Landesbauparkasse Niedersachsen, Bände 1 (1979) bis 8 (1985), hier: Band 6, S. 17; (3) ebd. Band 7, S. 30. – (jeb)

Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert

"Blockwarte moderner Kunst"

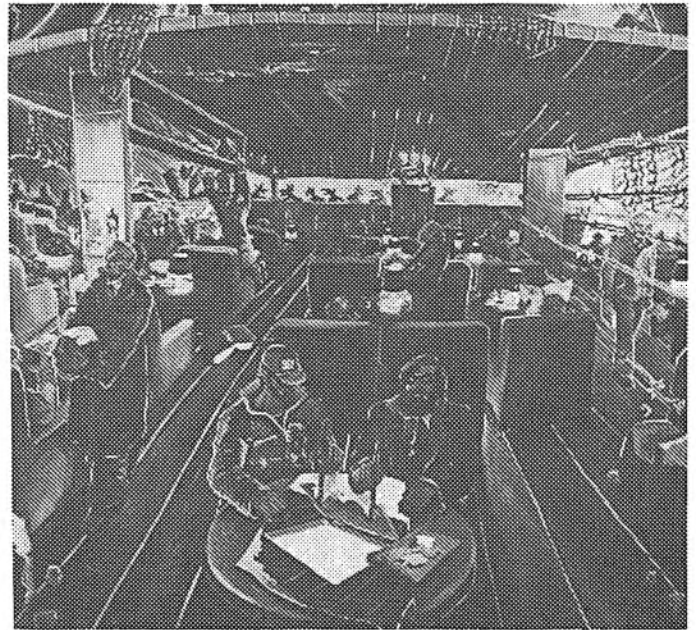
Lembruck im Zentrum der Ausstellung. "Seine feine Gotik ..." soll den Bogen zu den deutschen Expressionisten schlagen.

Der österreichische Bildhauer A. Hrdlicka hat sich so über westdeutsche Museumsdirektoren, Ausstellungsleiter und Kunstfunktionäre geäußert. Zynisch hat er dazu gesagt: "Kunst kommt von Hängen." Deutlich wird diese These an der jüngsten Ausstellung von C. Joachimides, N. Rosenthal und W. Schmied. Geldgeber waren größtenteils Bundesregierung und westdeutsche Wirtschaft. "Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert" wurde dem englischen Publikum in London präsentiert. Jetzt ist die Ausstellung noch bis zum 27.4. in der Stuttgarter Staatsgalerie zu sehen. Offen wird hier durch die Macher der "Zeitgeist"-Ausstellung ein Beitrag deutscher Nationalkunst zur Modernen zurecht inszeniert. Klassische Expressionisten am Anfang, Neoexpressionisten wie Lüpertz, Baselitz, Penck nehmen fast den ganzen Nachkriegsteil ein. Im letzten Raum dann besonders akzentuiert Immendorf und A. Kiefer. Nietzsche: "Die Kunst als Weg zu Zuständen, wo das Leiden gewollt, verklärt, vergöttlicht wird, wo das Leiden eine Form der großen Entzückung ist," wird Programm. Literarische Künstler sind wieder hoffä-

hig, weil sie "wieder die eigene Sprache sprechen, mit alten Traditionen umgehen ..."

Ohne Widerspruch ist dies nicht geblieben. Da sind die (An-)Hänger der Abstrakten, die ihre Ware unterrepräsentiert sehen; der "Frankfurter Rundschau" fehlt das Bauhaus und die sozialreformerischen Strömungen, während die "FAZ" das ganze lieber in mehr europäischen Dimensionen hätte. Die Kunstzeitschrift "Art" dagegen ist begeistert und läßt Joachimides antworten: "... Angst vor dem Versuch einer Selbstdefinition, was deutsch überhaupt heute und jetzt sein kann und sein DARF." Im wesentlichen bezieht sich aber die Kritik auf Regiefehler.

Das Unterfangen, eine deutsche Tradition vom Mittelalter bis in die Moderne zusammenzustellen, bleibt unbeanstandet. In England blieb die Ausstellung genauso unwidersprochen. Besonders kritisiert



Jörg Immendorf Café Deutschland IV. Das Café als politische Bühne; ihm hat das ehemalige Mitglied der Liga gegen den Imperialismus einen ganzen Zyklus gewidmet. Hier sitzt dieser Kaffeehausrevoluzzer in seiner Heimat. In dem Bärtigen neben ihm kann man A.R. Penck erkennen, einen ehemaligen Bürger der DDR. In dem durch Stacheldraht abgetrennten Teil schielt ein als Schriftsteller gekennzeichnete Mann sehnsüchtig nach dem Westen. Er wird dabei durch einen Beobachtungsposten bespitzelt. Der BRD-Teil des Cafés ist zwar etwas duster und reparaturbedürftig, aber jeder Gast kann sich frei entfalten. So entsteht in der Bildmitte ein deutsches Gesamtkunstwerk. Oder gar gesamtdeutsche Kunst? Dieses Bild war in London nicht in der Ausstellung. Immendorf sah sich falsch vertreten und hat durchgesetzt, daß sein "Hauptwerk" aufgenommen wird.



Otto Dix Streichholzhändler I, 1920. Vom ersten Weltkrieg erschüttert hat Otto Dix Bilder von Huren und Kriegskrüppeln gemalt, die er als Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung darstellte.



Kritik im "Observer": "Wie sie es lieben, in ihre gequälte Psyche zu starren."

wurde, daß die Aussteller sich um die faschistische Kunst geschifft haben, als hätte es den Versuch, einen deutschen Nationalstil zu installieren, nie gegeben.

Aber so sehr man sich bemüht hat, eine einheitliche deutsche Kunstlandschaft zurechtzubügeln, es sind doch einige Ecken und Kanten geblieben. Die Künstler haben ja gerade im 20. Jahrhundert versucht, nationale kulturelle Traditionen zu brechen, international zusammenzuarbeiten und sich mehr als Weltbürger verstanden. Weiter haben viele die Arbeiterbewegung und mit ihren Bildern die sozialen und revolutionären

Kämpfe unterstützt. So haben denn die "Blockwarte" Dix, Grosz, Schlichter und Schad in einem Saal zusammengedrängt. Trotzdem haben die Bilder nichts an ihrer Wirkung verloren. Strömt das Publikum sonst gleichmäßig, mehr oder weniger in Kunstgenuß schwelgend, ab 19.45 Uhr etwas mehr gelangweilt dahin, kommt es hier zu Wirbeln, Aufrüttung. Unruhe ist zu spüren. Bilder wie Grosz' "Stützen der Gesellschaft" haben auch kaum was an Aktualität verloren. Sitzen doch solche Typen immer noch in den gleichen Sesseln. — (hek)



A.R. Penck mit einer Plastik von Baselitz.

Aids-Kongreß in München

"Der aufrechte Gang der Homosexuellen (ist) nötiger den je"

Im September 1985 waren in München mehr Menschen an der "erworbenen Schwäche des Abwehrsystems" (Aids) erkrankt als im gesamten Bundesgebiet. (1) Die Stadt München hat im Schwabinger Krankenhaus unzureichende Behandlungsbedingungen geschaffen. Zwar stellen Bund und Länder Gelder für Grundlagenforschung zur Verfügung, besondere Mittel für die Versorgung und Betreuung der Erkrankten werden dagegen kaum bewilligt.

Die Krankheit wird durch das HTLV-III-Virus hervorgerufen, aber viele Menschen können Virusträger sein, ohne daran zu erkranken. Im Bundesgebiet sind es nach verschiedenen Schätzungen zwischen 100000 und 250000 Virusträger und ca. 450 Aids-Kranke. (2) Die Frage, warum der eine Virusträger erkrankt, der andere nicht, wird als "schicksalhaft" verhandelt. Überlegungen über soziale Zusammenhänge werden von öffentlicher Seite nicht angestellt. (3) Vielmehr wird das Aids-Problem als "Risikogruppenproblem" (1) behandelt, dessen Lösung darin liegt, ob Staat und Behörden diese "Risikogruppen" ausreichend unter Kontrolle bekommen. Forschungsminister Riesenhuber ist "vorerst" gegen Meldepflicht, der gesundheitliche Sprecher der CSU im Bundestag fordert sie. (4) In München wird dies unterstützt durch den Leiter der Gesundheitsbehörde, und der Kreisverwaltungsreferent Dr. Gauweiler (CSU) sieht "im Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ... ein relativ brauchbares Instrument zur Bekämpfung" auch der Aids-Krankheit. (1) Ausreichend jedenfalls, um z.B. den polizeilichen Zugriff auf Homosexuelle wieder zu verschärfen.

Deshalb ist es gut, daß die "Deutsche Aids-Hilfe e.V." den ersten Kongreß über psychosoziale Betreuung von "Aids- und Aidsvorfeldpatienten" im Februar nach München einberufen hat. Über 500 Teilnehmer berieten zusammen mit den Referenten über Stand der Forschung, Behandlung und Vorbeugung der Erkrankung. Besonders in den Arbeitsgruppen kamen die Betroffenen, Erkrankte oder Mitglieder der Risikogruppen, selbst zu Wort.

In den Krankenhäusern werden in der Regel keine zusätzlichen Planstellen bewilligt, obwohl die Betreuung von Aids-Patienten große seelische und physische Belastung bedeutet. 80% der Erkrankten und Virusträger sind Homosexuelle, die mit dem Ausbruch der Krankheit oder der Mitteilung "Virusträger" in eine schwerste Krise geraten. Zwar ist der §175 abgeschafft, damit sind aber Verfolgung und Diskriminierung keineswegs beseitigt. Nicht nur als Vorurteil gegen Homosexualität, vielmehr wird diese immer noch als Krankheit behandelt; sowohl in den psychiatrischen Lehrbüchern wie auch in der Gesundheitsstatistik der WHO. (5) Den meisten erscheint ihre Aids-Krankheit dann wie nachträgliche Bestrafung ihrer Homosexualität. Da bisher keine erfolgreiche Behandlung gefunden wurde, handelt es sich praktisch um eine Todesstrafe.

Erkrankte wie Virusträger sind so einem Teufelskreis ausgesetzt: Ihre medizinische und psychosoziale Betreuung ist unzureichend, oder die beteiligten Ärzte, Schwestern u.a. arbeiten bis zur Selbstaufopferung. Außerhalb der Krankenhäuser bietet die Aids-Hilfe Selbsthilfegruppen und Krisentelefon, die freiwilligen Helfer sind völlig überbelastet. Dazu kommen drohender Verlust von Arbeitsplatz, Wohnung, sozialen Kontakten und Meldepflicht. Bis 1969 waren die Homosexuellen auf speziellen Listen erfaßt. Daß solche Bedingungen den Ausbruch der

Krankheit fördern oder die Verschlechterung beim Erkrankten, darüber liegen ausreichend sichere Kenntnisse vor. (6)

Die Aids-Hilfe hat sich durch Übernahme des "Risiko-gruppenkonzepts" in bestimmtem Umfang bei der Kritik der christlichen Reaktion die Hände gebunden. Gegen die Meldepflicht argumentiert sie mit "Selbstverantwortung". Darüber wird man auf dem nächsten Kongreß vielleicht reden können. Daß sie – gestützt auf Umfragen unter den Teilnehmern – Forderungen nach Planstellen und Geldmitteln erheben will, richtet sich gegen die Politik der unbezahlten Familien- und Nachbarschaftshilfe im Gesundheitswesen der CDU/CSU.

Quellenhinweis: 1) Kathke, N., Aids, 2. Auflage, R.S. Schulz Verlag. 2) Süddeutsche Zeitung, 25.02.86. 3) Politische Berichte 11/85. 4) Der Kassenarzt 11/86. 5) Degkwitz, e.a., Einführung in die Psychiatrie, Urban&Schwarzenberg, 1982. 6) Handbuch für Psychosomatische Medizin, 1980, Urban&Schwarzenberg. – (jüt)

Grüne Kritik an Gentechnologie

Noch mehr als der Kampf "gegen 'das Kapital' "?

Ein Schwerpunkt grüner Politik – auch im Bundestag – ist die Kritik der Gentechnologie. Man kann sagen, daß nur die GRÜNEN im Bundestag sich überhaupt kritisch mit der Forschungspolitik auf dem Sektor der Gentechnologie auseinandersetzen. Auch in der außerparlamentarischen Debatte sind die Äußerungen der politischen Opposition gegen die Genforschung im wesentlichen von den Standpunkten der GRÜNEN geprägt.

Was ist Gentechnik, und was kritisieren die GRÜNEN daran?

Seit etwa 20 Jahren ist bekannt, wie der "genetische Code" von Zellen biochemisch realisiert ist. Jede Zelle enthält im Kern komplizierte Eiweißmoleküle – Desoxyribonucleinsäure (DNS) –, die aus nur sechs chemisch relativ einfach gebauten Grundbausteinen zusammengesetzt sind. Das Molekül kann man sich als eine in sich verdrehte Leiter vorstellen, die in der Mitte locker zusammengehalten wird. Jede Halbsprosse der Leiter kann sich nur mit einem ganz bestimmten Gegenüber verbinden. Die beiden Hälften der Leiter können sich trennen, und jede Hälfte ergänzt sich danach wieder zu einer kompletten DNS, die aufgrund der vorgegebenen Zuordnung der Grundbausteine zueinander (Halbsprossen) eine Kopie der ursprünglichen DNS ist (Wachstum).

Ein anderer Prozeß ist die Teilung von DNS-Molekülen und die Kombination der einzelnen Teile mit anders aufgebauter DNS (Vererbung).

Beide Prozesse können durch äußere Einflüsse (z.B. Gifte, radioaktive Strahlung) gestört werden, was zu einer veränderten DNS-Struktur führt (Mutation).

Als Gen bezeichnet man einen bestimmten Teil der DNS, pro DNS gibt es Tausende von Genen. Jedes Gen wird für eine bestimmte Eigenschaft des Gesamtorganismus verantwortlich gemacht, wofür es Einzelnachweise gibt. Die Gentechnologie umfaßt zum einen Verfahren, mit denen der Aufbau bestimmter Gene oder Gengruppen festgestellt werden kann wie auch ihre Auswirkung auf die Eigenschaften des Gesamtorganismus, zum anderen Verfahren, mit denen der Zusammenbau von DNS beeinflusst werden kann, z.B. die Isolierung bestimmter Gene und ihr Einbau in andere DNS-Moleküle. So kann z.B. die Eigenschaft mensch-

licher Zellen, Insulin herzustellen, mit denen einer ganz anderen Art, z.B. der raschen Vermehrbarkeit von Bakterienzellen vereinigt werden. Die so hergestellten Zellen werden zur industriellen Produktion von Insulin verwendet.

"Die Anwendung der Gentechnik durch den Menschen unterscheidet sich allerdings in zwei Punkten grundlegend von der Genübertragung in der Natur:

1. Der Mensch führt die Genübertragung nicht zufällig, sondern gezielt durch, d.h. er wendet die entsprechenden Naturgesetze der Genetik bewußt im Hinblick auf ein von ihm gewünschtes Ergebnis an.

2. Die Natur durchdringt beim Gentauch die Gattungsschranke nur als Ausnahme, der Mensch dagegen wendet dies in der Gentechnik als Regelfall an." (2)

Tatsächlich wendet nicht "der Mensch" die Gentechnik an, sondern die mit Hochdruck betriebenen Forschungen auf diesem Gebiet entspringen aus ganz praktischen Anforderungen der Kapitalisten an die Technologie. Oft lassen sich Substanzen sowohl biologisch, als auch durch chemische Synthese herstellen. Die Entscheidung, welches Verfahren angewendet wird, stellt sich für die Kapitalisten als Kostenfrage. Bei chemischer Produktion finden hauptsächlich Erdölprodukte Verwendung als Rohstoffe – bei biologischer Produktion sind dies Stärke und Zucker, die vor allem in Form von Getreide und Zuckerrohr zur Verfügung stehen. Der Wirkungsgrad, die Kosten für die Isolierung des Produktes aus dem Reaktionsgemisch, der mögliche Wert von Nebenprodukten und eventuelle Kosten für die Abfallbeseitigung sind dabei entscheidungsrelevant. Vorteile der biotechnischen gegenüber der chemischen Produktion sind: Reproduzierbare Ausgangsstoffe, bedeutend geringerer Energieverbrauch, Wegfall vieler Reinigungsstufen, konkurrenzfähiger Abbau von minderwertigen Erzlagern, deren konventioneller Abbau wegen zu hoher Erschließungskosten nicht mehr lohnt.

Wie bei allen anderen Technologien sind die Kapitalisten, die sich die Forschung angeeignet haben, selbstverständlich nicht daran interessiert, irgendwelche Gedanken oder gar Geld auf Sicherheitsbestimmungen etc. zu verschwenden. Im Hinblick auf das gewünschte Ergebnis – Lieferung eines billigen Produktes, das den Konkurrenten ausstechen kann – sind dies unnötige Ausgaben.

Gut eignet sich die Gentechnologie auch dazu, bislang anfallende und für den Kapitalisten schmerzliche Ausgaben zu vermeiden. So wird die Möglichkeit, bestimmte Gene bei Menschen festzustellen, dazu verwendet, um für Drecksarbeit jene Arbeitskräfte zu finden, die dies noch am längsten durchhalten.

Die grüne Kritik nennt solche Erscheinungen, nimmt Worte wie "Kapital-Verwertungsinteresse" in den Mund,



Titelbild aus "Metall", Zeitung der IG Metall, Nr. 12 vom 14. Juni 1985.

und will aber "weiter" gehen:

"Nötig wäre sicherlich die Überwindung des einseitigen Kapitalverwertungsinteresses als Antrieb unseres Wirtschaftens und Forschens. Das kann aber nicht genügen, solange eine zutiefst auf Unterdrückung, Ausbeutung und Beherrschung gegründete Gesellschaft besteht. Diese gibt es ja auch außerhalb des 'kapitalistischen' Systems, jedenfalls überall dort, wo eine Hälfte der Menschheit – die männliche – grundsätzlich Herrschaft ausübt über die andere, die weibliche. Die Menschen in einer solchen, nur in 'Beherrschen' und 'Beherrscht-werden' lebenden Gesellschaft können auch ihr Verhältnis zur Natur nur in Kategorien der Ausbeutung, der Unterdrückung und Beherrschung erleben – und die vorläufig extremste Ausprägung dieser, wie ich denke, Perversion menschlichen Naturerlebens ist die Manipulation des Erbgutes in der Gentechnik. Der Kampf gegen sie ist daher mehr als der Kampf gegen 'das Kapital'." (1)

Am 25. Mai 1984 vor dem Bundestag hat Frau Dr. Hickel, Mitglied der Fraktion der GRÜNEN in der Enquete-Kommission des Bundestages "Chancen und Risiken der Gentechnologie", dieses "Mehr" an Kampf näher erklärt:

"Wer immer mit dem Begriff 'Respekt vor der Schöpfung' etwas verbindet, muß hier alarmiert sein ... Vor allem aber werden wir eines bei diesem Gerede von Gentherapie der sogenannten Erbkrankheiten erleben: Den Zusammenbruch des christlichen und abendländischen Menschenbildes. Die Menschen werden nur noch Mängelwesen, defizitäre Objekte für Wissenschaftler sein, die es gilt zu reparieren, zu verbessern, einem einheitlichen Ideal – wessen? der Arbeitgeber vielleicht? – anzupassen. Es wird nicht mehr darum gehen, ihnen zu helfen, ihnen zur Seite zu stehen, sondern darum, sie neu zu schaffen und dabei Ruhm in der Wissenschaft zu ernten. Gottspielen und dabei viel Geld-Verdienen – dieses Ideal der Männer wird uns andere zu Gegenständen der Manipulation erniedrigen." (3)

Frau Hickel faßt an anderer Stelle die Kritikpunkte so zusammen:

"Sie (die GRÜNEN, d.V.) sehen hier nicht nur den Höhepunkt des überkommenen abendländischen Naturwissenschafts-Ideals, so etwa

1. im reduktionistischen (d.h. ausschließlich auf physikalisch-chemische Prozesse zurückzuführenden) Verständnis von Lebensvorgängen und Organismen;

2. im einseitigen, auf bloße biologische Natur reduzierten Menschenbild und den konsequenten Versuchen, soziale Probleme anstatt mit sozialpolitischen Maßnahmen mit biotechnischen Methoden lösen zu wollen (Vorgeschichte: "Rassenhygiene");

3. in der einseitigen Ausrichtung der Forschung an den industriellen Bedürfnissen.

Sie sehen auch eine neue Qualität dieser Naturforschung, die in der künstlichen Schaffung neuartiger, wohl möglich aus guten Gründen in der evolutionären Natur nicht aufgetretener Lebewesen offenbar wird." (1)

Wirklich schade, daß Frau Hickel für ihre berechtigte Kritik an der kapitalistischen Gentechnik einen Mischmasch aus christlicher Ethik, Mystik, Naturhuldigung und einer unserer Meinung nach in diesem Zusammenhang deplazierten Erwähnung der Tatsache, daß Frauen besonders unterdrückt werden, zur Hilfe nehmen will. Es ist auch nicht ganz klar, wie es denn Frau Hickel mit dem christlichen Abendland halten will. Einerseits hält sie das "abendländische Naturwissenschafts-Ideal" für überkommen, andererseits sorgt sie sich ernstlich um das "christliche und abendländische Menschenbild".

Man fragt sich, warum die Kritik der GRÜNEN, die richtige Einzelpunkte angreift, wie z.B. auch die Entwicklung

Weltmarkt-Prognosen für Biotechnologie-Umsätze mit Chemikalien, Apparaten sowie Meß- und Regelgeräten bis 1995 (in Millionen US-Dollar):

	1983	1984	1985	1990	1995
Chemikalien	640	713	794	1325	2193
Labor	170	196	225	413	722
Fermentation	470	517	589	912	1471
Apparate- u. Instrumente	748	880	989	1990	3002

Quelle: Business Communication Co. Inc.

Quelle der Tabelle: zitiert nach Ruben Scheller, "Das Gen-Geschäft", Weltkreis-Verlag 1985.

von biologischen Kampfstoffen in der Militärforschung, sich eines so kruden ideologischen Überbaues bedient.

Der Grund hierfür liegt darin, daß der Ökologismus als Maßstab der Kritik des Kapitalismus scheitert. Der Ökologismus fordert, daß "der Mensch" die Natur gerade nicht beherrschen lernen soll, sondern sich die Menschen in den Einklang mit der Natur zu begeben hätten. Der Kapitalismus wird als politisch-ökonomisches System dann auch nur unter diesem Blickwinkel kritisiert. Die GRÜNEN fordern daher nicht nur einen Stopp der Gentechnologie, sondern behaupten auch: "Jede industrielle Anwendung der Gentechnik ist zunächst einmal (unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, d.V.) ein Mißbrauch" (1).

Die "einseitige Ausrichtung der Forschung an industriellen Bedürfnissen" ist deshalb bei den GRÜNEN auch nicht nur eine Kritik an der spezifischen Ausrichtung im Interesse des Kapitals, sondern "weiter"gehend eine prinzipielle Kritik einer solchen Interessensteuerung von Forschung. Das ist auch kein Wunder, denn wo die Industrie anfängt, sind die Arbeiter, und wenn erst – eine eher kommunistische Sichtweise der Dinge – die Universitäten in den Fabriken aufgegangen sein werden, wird auch niemand mehr so recht wissen, wozu eigentlich ein nicht an den Interessen der industriellen Bedürfnisse ausgerichteter freischwebender Forscher, den es ohnehin nie gab und geben wird, zunutze sein soll.

Sogesehen denken wir, daß gegenwärtig der "Kampf gegen das Kapital" völlig ausreichend ist und nicht "noch weiter" gehen muß. Deshalb sind wir – gemeinsam mit den GRÜNEN und anderen Gegnern dieser Gentechnik – der Meinung, daß die kapitalistische Gentechnik bekämpft werden muß. Es ist weiter auch klar, daß eine Technik nie in Erkenntnisse und deren Anwendung säuberlich zerlegt werden kann. Bürgerliche Wissenschaftler und Politiker versuchen, mit dieser Zerlegung ihre Schandtaten zu verschleiern.

Die grüne Kritik gibt sich "prinzipieller" und "weiter"-gehender, baut jedoch auf derselben Zerlegung auf, indem sie die Gentechnik von der gesellschaftlichen Praxis, d.h. ihrer industriellen Anwendung löst und sich damit in Wirklichkeit die Möglichkeiten einer durchgreifenden Kritik nimmt. Dies verwickelt sie in einen schwierigen Zweifrontenkrieg zwischen reaktionärster christlicher Moral und skrupellosem "Fortschrittsdenken" kapitalistischer Apologeten. Ohne klerikale Anleihen hätten sei's leichter. (1) Erika Hickel, "Gefahren der Genmanipulation", in "Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 3/85. (2) Ruben Scheller, "Das Gengeschäft", Weltkreis-Verlag, Dortmund 1985. (3) Protokoll der 72. Sitzung des Bundestages, S. 5120 f. – (hem, tob)

6. ord. Delegiertenkonferenz des BWK

Internationale Bedingungen des Klassenkampfes und Aufgaben des proletarischen Internationalismus – Richtlinie für die Propaganda

1. Die Delegiertenkonferenz bekräftigt die Passage des Programms des BWK, in der es heißt:

"Die Kommunisten bestimmen ihre unterschiedlichen Aufgaben jedoch stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt, wie sie in der Epoche des Imperialismus und der Ära der proletarischen Weltrevolution hervorgerufen werden, um so den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land aufs engste mit der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker zu verbinden."

Die revolutionären Sozialisten in der BRD und Westberlin, den BWK eingeschlossen, verstehen es nicht gut, den Zusammenhang der Kämpfe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker zu erklären. Ihre Unterstützung der Kämpfe in anderen Ländern steht häufig neben den Aufgaben im Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie und ist schlecht mit ihnen vermittelt, so daß sie nicht selten zufällig und ziellos erscheint. Der Entfaltung des proletarischen Internationalismus und damit der revolutionären Politik überhaupt stehen schwerwiegende Schwächen im Wege, vor allem:

- in der Kritik der EG, die ein Instrument der westeuropäischen Kapitalgesellschaften und Konzerne zu weltweiter Expansion und zur Niederhaltung der Revolution ist;

- in der Kritik des Neokolonialismus vor allem des westdeutschen Imperialismus, der sich zu einem der größten Ausbeuter der unterdrückten Nationen aufgeschwungen hat;

- in der Kritik des Nationalismus, der bis weit in die Reihen der politischen Opposition Anhang findet, sie zugänglich macht für die Ziele und Interessen der Bourgeoisie und nicht zuletzt zu einer Geringschätzung der Arbeiterbewegung und fortschrittlichen Kräfte in anderen Ländern führt.

Indem er die Kritik verbessert und dazu die theoretische Diskussion und Auseinandersetzung mit anderen Organisationen des revolutionären Sozialismus sucht, kann der BWK einen Beitrag zur Bestimmung der Hauptwidersprüche in der Welt und ihrer Entwicklung leisten.

2. Die Delegiertenkonferenz stellt fest:

Die Analyse der Hauptwidersprüche, die die internationale kommunistische Bewegung auf den Konferenzen 1957 und 1960 getroffen, die KPCh 1963 in der "Polemik über die Generallinie" zusammengefaßt und auf die sich wie viele andere auch der KBW/BWK bezogen hat, ist durch Entwicklungen sowohl auf seiten der Weltreaktion wie auf seiten der Weltrevolution überholt. Der Versuch einer Neubestimmung der Hauptwidersprüche 1973 war fehlerhaft.

In den Formulierungen der KPCh von 1963 waren die Hauptwidersprüche wie folgt gefaßt:

"Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder; die Widersprüche zwischen un-

terjochten Nationen und Imperialismus; die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen."

Eine Klassenanalyse der grundlegenden Widersprüche muß heute vor allem folgendem Rechnung tragen:

a) Entwicklungen betreffend die Kräfte der Weltreaktion

- Die Herausbildung der EG, die durch Förderung imperialistischer Staaten stattfindet, und die sich daraus für das Proletariat ergebenden Aufgaben werden durch die damalige Analyse der Hauptwidersprüche nicht geklärt.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion unter der Herrschaft der Kapitalgesellschaften und Konzerne war durch die engen Verhältnisse im alten Europa gehemmt und hat die Schaffung eines westeuropäischen Großwirtschaftsraums mit einheitlichem Rechtsraum zwingend gemacht. Die Verflechtungen und Umgruppierungen der westeuropäischen Wirtschaften, die in den letzten 30 Jahren stattgefunden haben und weiter stattfinden, lassen ein Zurück als nahezu unmöglich erscheinen. Trotz aller Krisen ist die EG stabil. Darin wird deutlich, daß die rivalisierenden westeuropäischen Bourgeoisien und Monopolgruppen ihren Widersprüchen durch Formen von Staatsbildung eine neue Bewegungsform geben. Sie lassen sich durch die Form der nationalstaatlichen Organisation nicht fesseln, sondern benutzen diese als Ausgangspunkt für die Schaffung größerer Systeme staatlicher Organisation, die ihrem Interesse an gegenseitiger Versicherung gegen das Proletariat, an Konterrevolution gegen die sozialistischen Länder, an gegenseitiger Versicherung ihrer imperialistischen Geschäfte gegen die unterdrückten Völker und an der Stärkung ihrer Positionen gegenüber ihren nichteuropäischen imperialistischen Hauptkonkurrenten entspricht. Auf die schrankenlose Verfügung über den alten Nationalstaat können sie dabei verzichten.

Mittels der EG haben die westeuropäischen Imperialisten die frühere eindeutige Vormachtstellung der USA gebrochen und sind eine Großmacht geworden, die ihre Ziele auf der ganzen Welt mit Nachdruck verfolgt.

- Das erfolgreiche neokoloniale Roll back gegen die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hat die Einheitsfront der vom Imperialismus unterdrückten Klassen in diesen Ländern, aber auch die internationale Einheitsfront gegen den Imperialismus wenn nicht zerstört, so doch deutlich erschüttert.

Der Anschluß an den imperialistischen Weltmarkt, den die nationalen Bourgeoisien und große Teile der Intelligenz in diesen Ländern betrieben haben und weiter betreiben, bedroht die Erfolge des antikolonialen, antiimperialistischen Befreiungskampfes ernsthaft. Mit jedem Schritt des Ausbaus ihrer Wirtschaft-

ten verstricken sie sich noch weiter in die Fesseln der internationalen imperialistischen Arbeitsteilung. Dies verhindert den wirtschaftlichen Aufbau entsprechend den Interessen der unterdrückten Nationen, unterdrückt die Entfaltung der Produktivkräfte und erschwert die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern zum gegenseitigen Vorteil. Die Folgen sind wachsender Einfluß der imperialistischen Kapitalgesellschaften und Konzerne in den Ländern der Dritten Welt, verbunden mit wachsender Abhängigkeit und Ausplünderung, wachsende Verelendung der Arbeiter und Bauern sowie wachsende Konkurrenz zwischen den unterdrückten Nationen.

Die größten Fortschritte in der neokolonialen Aggression hat die EG gemacht. Sie dehnt sich durch die Süderweiterung und die Assoziierung weiterer Staaten längst über den Bereich der imperialistischen Länder aus. Die abgestufte Eingliederung von vom Imperialismus unterdrückten Ländern ermöglicht den westeuropäischen Kapitalgesellschaften und Konzernen ein System legaler Eingriffe in diese Länder und birgt die Tendenz, sie in ihre Kolonialprovinzen zu verwandeln.

- In den sozialistischen Ländern, die einen ständigen Abwehrkampf gegen die Versuche des Imperialismus zu führen haben, die Herrschaft des Privateigentums wiederzuerrichten, sind durch die Entwicklung der werktätigen Intelligenz zur Klasse Klassenwidersprüche neuer Art entstanden. Die leitende Klasse der werktätigen Intelligenz strebt nach vollständiger Beherrschung des öffentlichen Lebens und danach, die Staatsmacht zu ihrer eigenen Absonderung und Festigung als Klasse einzusetzen.

In dem Maße, wie sie sich als hegemoniale Kraft der Gesellschaft etablieren kann, setzt sie die Staatsmacht immer zielstrebig gegen das Streben der Arbeiter zum Kommunismus ein.

Die Verfestigung statt Umwälzung der alten Arbeitsteilung, insbesondere der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, ist die Basis für die neue Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die Errichtung einer neuen internationalen Arbeitsteilung hat die Produzenten übergeordneten, d.h. fremden Interessen unterworfen, die Fortsetzung des proletarischen Klassenkampfes behindert und Widersprüche zwischen sozialistischen Ländern hervorgerufen bzw. verstärkt. Dadurch ist sowohl das Bündnis der werktätigen Klassen, die die Revolution durchgeführt hatten, wie das Bündnis der verschiedenen Länder, die die imperialistische Herrschaft beseitigt hatten, erheblich geschwächt. Der Spielraum imperialistischer Politik ist damit gewachsen.

Die Aufgaben des Proletariats in diesen Ländern sind deutlich verkompliziert. Es muß die politische Herrschaft und Vormundschaft der leitenden Klasse der werktätigen Intelligenz abschütteln und ihre soziale Besonderung bekämpfen. Gleichzeitig muß es die Einheitsfront der werktätigen Klassen – der Arbeiter, Bauern und Intelligenz – gegen den Imperialismus stärken. Die innere Differenzierung der werktätigen Intelligenz und die Möglichkeiten einer Bündnispolitik der Arbeiterklasse bedürfen einer weiteren Klärung.

Die Entwicklungen, die dem Fortgang der proletarischen Weltrevolution entgegenstehen, sind vielfältig. Nach unserer Auffassung ist jedoch der Hauptfeind des internationalen Proletariats die Herrschaft des Imperialismus, der die Herrschaft der Kapitalgesellschaften und Konzerne ist.

b) Entwicklungen betreffend die Kräfte der Weltrevolution

- Die Entwicklung des Kapitalismus unter der Herrschaft der Konzerne hat in allen imperialistischen Ländern die soziale Basis der Kapitalherrschaft eingeengt. Die Zunahme der Lohnarbeit geht zurück auf die weitere Zergliederung und Schrumpfung der Bourgeoisie und die Zurückdrängung des Eigentums. Leitungsfunktionen, die früher mit dem Eigentum an Produktionsmitteln verbunden waren, sind weitgehend auf Lohnabhängige übertragen. Die Herausbildung einer werktätigen Klasse der Intelligenz, die dem Monopolkapital dient und insofern im Widerspruch zum Proletariat steht, die aber auch im Widerspruch zur Monopolbourgeoisie steht, da sie werktätig ist, verbessert die Bedingungen für die Aufhebung des Privateigentums durch die sozialistische Revolution einschneidend. Revolutionäre Politik, die die Notwendigkeit und Möglichkeit des Bündnisses des Proletariats mit der werktätigen Intelligenz mißachtet, ist zum Scheitern verurteilt.

- In den sozialistischen Ländern sind die Widerstandskräfte gegen die Versuche des Imperialismus, die Herrschaft des Privateigentums wiederherzustellen, groß. Die dortigen Gesellschaften haben sich als stabil gegen derartige Versuche erwiesen. Auch wenn sie sich nicht ganz gegen den imperialistischen Weltmarkt verschließen, grenzen sich ihre Volkswirtschaften dennoch deutlich dagegen ab. Das schwächt den Imperialismus einschneidend. Die Beseitigung des Privateigentums und die Beteiligung aller an der Arbeit sind Errungenschaften, die die Arbeiterklasse verteidigen und im Kampf für den Kommunismus nutzen kann.

- Der antiimperialistische Befreiungskampf der unterdrückten Nationen hat in den letzten Jahren Erfolge erzielt – beispielhaft in Nicaragua oder Zimbabwe –, und er hat in Südafrika/Azania großen Aufschwung genommen. Diese Erfolge und Entwicklungen sind nicht so sehr als Ausläufer der großen Bewegungen der 50er und 60er Jahre zu verstehen, sondern besser als Beginn eines neuen Abschnitts des antiimperialistischen Befreiungskampfes. Er erfaßt in anderem Maße als zuvor Gesellschaften, die mit dem imperialistischen Weltmarkt fest verbunden sind. Dabei hat sich gezeigt, daß die arbeitenden Klassen – Arbeiterklasse, werktätige Intelligenz und Bauern – ihre Kraft entfalten und ein Bündnis unter Einschluß der nationalen Bourgeoisie errichten können für das Ziel, die Gesellschaft aus dem Weltmarkt herauszulösen, die Fesseln neokolonialer Ausbeutung zu sprengen und den wirtschaftlichen Aufbau gestützt auf die eigene Kraft in Angriff zu nehmen.

Nach unserer Auffassung ist für den Fortgang der proletarischen Weltrevolution die Festigung einer internationalen Einheitsfront der arbeitenden Massen entscheidend.

Räumliche Beschränkung:
Der Aufenthalt ist/wird auf Stadtgebiet und Landkreis Regensburg beschränkt.
Ein Verlassen dieses Bereichs bedarf einer besonderen Genehmigung der Ausländerbehörde
(Ausnahme: § 28 Abs. 3 AsylVerfG).

Aufgaben:
Wohnsitznahme ausschließlich in der Sammelunterkunft für Asylbewerber, Haus Hubertus, Wiesenweg 4, 8411 Pilsenhofen/Kr. Regensburg gestattet.

Hinweise:
Familiennachzug nicht gestattet.
Verstöße gegen Auflagen und räumliche Beschränkungen sind strafbar oder können als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Den Inhaber begleitende Kinder unter 18 Jahren:

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geschlecht

24. Okt. 1982
Stadt Regensburg

"Bescheinigung" über die Aufenthaltsgestattung eines Asylbewerbers (§ 20 Abs. 4 Asylverfahrensgesetz)

Ausländer-/Asylverfahrensgesetz

Regierung läßt Verschärfungsvorhaben absichern Kirchen und Wohlfahrtsverbände opponieren

Am 24. Februar fand im Innenausschuß des Bundestages eine öffentliche Anhörung zu den zwei Gesetzentwürfen zur Änderung des Asylverfahrensrechts statt, die von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Berlin (West) letztes Jahr im Bundesrat eingebracht und dort verabschiedet worden waren und jetzt dem Bundestag zugeleitet sind. Zu dieser Anhörung wurden vom Innenausschuß Stellungnahmen von Sachverständigen

eingeholt, die zu einem vom Ausschuß ausgearbeiteten Fragenkatalog Position beziehen sollten. Unter diesen Sachverständigen befanden sich neben Juristen (Richtern an (Ober)verwaltungsgerichten, Bundesverwaltungsgericht, Anwälten) und Vertretern der Ausländerpolizei auf kommunaler Ebene die Wohlfahrtsverbände, die Katholischen Bischöfe und die Evangelische Kirche, amnesty international sowie die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände.

Keine Stellungnahmen wurden von den Gewerkschaften und den Verbänden der Kapitalisten angefordert.

Der Fragenkatalog des Innenausschusses läßt auf die Absichten dieser Anhörung schließen. Er teilt sich in die Komplexe "I. Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge", "II. Dauer und Verlauf der Verfahren", "III. Änderung des Asylverfahrensrechts oder anderer innerstaatlicher Rechtsvorschriften

Niedersächsische Regierung behauptet "Überfremdung" Unterstützung der Asylbewerber ist nötig

1985 gab es in Niedersachsen ca. 10000 Asylbewerber, deren Unterbringung, erste Ausstattung mit elementaren Dingen des täglichen Lebens, Versorgung mit Sprachkursen, Registrierung bei den Arbeitsämtern u.ä. vollständig unkompliziert und ohne großen Aufwand zu gewährleisten ist. Die Landesregierung Niedersachsen gibt sich aber alle Mühe, den Eindruck einer "Schwemme" hervorzurufen.

Seit August 1982 werden Asylbewerber regelmäßig in "Gemeinschaftsunterkünften" untergebracht. Dies geschah ausdrücklich in der Absicht, Asylbewerber "abzuschrecken" und war verbunden mit Arbeitsverbot und teilweise Zwangsarbeit sowie Bereitstellung der Sozialhilfe nur als "Sachleistung" und nicht in bar, was hieß: Einrichtung von lagereigenen Lebensmittelgeschäften, die meistens von den pri-

vaten Lagerbetreibern geführt wurden. Z.B. im Göttinger Lager für Asylbewerber, dem ehemaligen 'Hotel Astoria', waren die Preise im lagereigenen Laden im Schnitt 50 % teurer als bei ALDI, und das bei 56 DM pro Woche, die ein Asylbewerber bekommt. Außerdem wurde festgelegt, daß jede sinnvolle Betätigung, wie etwa Ausbildung handwerklicher, technischer etc. Fähigkeiten zu unterbleiben hat, ebenso daß keine Sprachkurse veranstaltet werden.

1983 jubelte der Landesminister für Bundesangelegenheiten, Hasselmann (CDU), daß Niedersachsen in der "Abschreckungspolitik" Spitzenreiter unter den Ländern sei. 1983 waren die Asylbewerberzahlen gegenüber 1982 gesunken. "Das bedeutet einen Rückgang um rund 70 Prozent. Der Rückgang (in Niedersachsen; d. Verf.) ist damit stärker als auf Bundesebene mit etwa 50 Prozent. Dies macht deut-

lich, so Hasselmann, daß die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen wie Umstellung von Geld auf Sachleistungen und Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, schon jetzt in stärkerem Maß Wirkung zeigen." (1)

Seit in 1985 die Asylbewerberzahlen wieder leicht ansteigen, hat die Landesregierung ihr Arsenal der "Abschreckungspolitik" noch weiter vervollständigt. Es gibt jetzt wieder "dezentrale Unterbringung" – aber in welcher Form! Richtiger hieße sie wohl "vollisolierte" Unterbringung. Asylbewerber werden in entlegenen Gemeinden isoliert mit einem Verbot, den betreffenden Landkreis zu verlassen. Die örtlichen Verwaltungen werden vom Eintreffen der Asylbewerber überrascht und sind nicht immer sofort in der Lage oder auch nicht Willens, diese vernünftig unterzubringen. Für viele Asylbewerber erscheint da sogar eine Gemeinschaftsunterkunft noch als "Fortschritt". So versucht die Landesregierung den Eindruck zu er-

ten" und "IV. Administrative und sog. flankierende Maßnahmen". Da wird z.B. gefragt: "Welche Maßnahmen halten Sie für möglich und geboten, die Einreise von Ausländern mit asylfremden Gründen wirksamer zu unterbinden?" Oder es wird gefragt, ob die bisherigen "flankierenden Maßnahmen", nämlich Arbeitsverbot, Sammellager, Sozialhilfe in Sachleistungen und räumliche Beschränkung des Aufenthaltsrechts unter dem Gesichtspunkt der "Anreizminderung für Ausländer, ins Bundesgebiet einzureisen und ein Asylverfahren lediglich zur Aufenthaltssicherung zu betreiben", erweitert werden sollten.

Teil II. des Katalogs soll nachweisen, daß eine Verkürzung der Verfahren überhaupt nur dann sinnvoll sei, wenn den Asylbewerbern auch noch jegliche Rechtsposition vor Gericht genommen wird. Nach Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz steht jedem der Rechtsweg gegen Verwaltungsakte offen. Nach Auffassung des Konstanzer Prof. Hailbronner und anderer Sachverständiger aber genüge die "umfassende (einmalige) Überprüfung des ablehnenden Bescheids in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht" (S. 471). Der weitere Rechtsweg solle den Asylbewerbern lieber genommen werden.

In Teil III. wird z.B. "gefragt": "Ist eine Zunahme der Schaffung von Nachfluchtgründen und von Folgeanträgen ... festzustellen? Welche Maßnahmen, dem entgegenzuwirken, halten Sie für möglich und geboten?" Die erste Frage selbst unterstellt schon, daß Asylbewerber in der BRD z.B. nur deshalb an Demonstrationen teilnehmen, um sich Gründe für ihren Asylantrag zu schaffen. Wird in Frage 1 noch

"gefragt", ob eine Zunahme solcher Nachfluchtgründe vorliegt, unterstellt Frage 2 die Bejahung von Frage 1. Die kommunalen Spitzenverbände fordern in ihrer Stellungnahme daher ein Verbot politischer Betätigung von Asylbewerbern (S. 83).

Die in den Gesetzentwürfen vorgesehene regelmäßige zweijährige Überprüfung von Asylberechtigten wird teilweise von den Sachverständigen unterstützt, z.T. gehen deren Vorstellungen weiter. Hailbronner etwa will ein "Asyl auf Zeit": "Wenn der Gedanke des 'Asyls auf Zeit', der mit der verfassungsrechtlichen Asylrechtsgarantie durchaus vereinbar ist, weiter verfolgt werden sollte, wäre es konsequent, Asyl ... grundsätzlich zeitlich befristet zu gewähren", z.B. auf ein Jahr wie in den USA (S. 483).

Gegen die "flankierenden Maßnahmen" (Arbeitsverbot, Sammellager, Sozialhilfe in Sachleistungen und Verbot des Verlassens des Bezirks der Ausländerbehörde) opponieren lediglich Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Caritas und einige Juristen. Dem gegenüber heißt es etwa in der Stellungnahme des Landratsamts Neuburg: "Die echten politischen Flüchtlinge akzeptieren die Verhältnisse in der Gemeinschaftsunterkunft und die damit verbundenen Lebensumstände in aller Regel. Sie sind bereit, diese Situation in Kauf zu nehmen..." (S. 228f.). Über die "unechten" Flüchtlinge heißt es: "Es wird immer wieder beobachtet, daß Einrichtungsgegenstände im Lager beschädigt werden (usw.)... Die Lagerleitung steht diesen Vorkommnissen machtlos gegenüber, weil derartige Täter nicht feststellbar sind..." Denn: diese Asylbe-

werber seien "frei von jeder inneren Bindung zur Bundesrepublik Deutschland" (S. 216/217).

Zur Frage der Aufhebung des Art. 16 Abs. Satz 2 Grundgesetz ("Politisch Verfolgte genießen Asylrecht") bzw. der Ergänzung durch einen Gesetzesvorbehalt (etwa: "das nähere regelt ein Bundesgesetz") wird z.B. vom Bundesverwaltungsrichter Kemper klar zum Ausdruck gebracht: Es solle "sorgfältig geprüft werden, ob einer möglicherweise großzügigen, gleichzeitig aber auch an politischen Sympathien und Apathien, an Prestigedenken und Kontingentbegrenzungen orientierten freien Asylgewährung der Vorzug gegeben werden soll" (S. 129), so daß die "Belange der BRD" jedenfalls darüber entscheiden, wer politisch Verfolgter ist und wer international und national zu Recht verfolgt "Terrorist".

Als zentral in den Vorhaben der Reaktion erweisen sich immer deutlicher das Arbeitsverbot, die Forderung nach Ausdehnung des Arbeitsverbots auf die gesamte Dauer des Asylverfahrens und nach einem Verbot der politischen Betätigung für Asylbewerber. Einzig Kirchen und Wohlfahrtsverbände treten verstärkt gegen diese beiden Punkte auf. Die kommunalen Spitzenverbände machen sich zum vehementesten Fürsprecher für diese Pläne. Auf den folgenden beiden Seiten dokumentieren wir daher die Positionen der kommunalen Spitzenverbände und des Caritas-Verbandes.

Quellenhinweis: Stellungnahmen zur Anhörung des Innenausschusses, BDRs. 10/38 vom 03.02.86; Gesetzentwürfe zur Änderung des AsylVerfG, BDRs. 10/1164, 10/3678 — (kek, ulb, uls)

wecken, die Zahlen der Asylbewerber wären nicht mehr verkräftbar!

Ende Januar / Anfang Februar hat es ausgehend vom Göttinger Lager Hungerstreiks der Asylbewerber auch noch in Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg gegeben sowie Aktionen in Hannover. Diese richteten sich gegen den überkauften Einkauf in den lagereigenen Läden und haben zum Ergebnis, daß nun Warengutscheine ausgegeben werden, mit denen in ausgewählten Geschäften in den Städten eingekauft werden kann. Dies hebt die Diskriminierung keinesfalls auf, wird von den Asylbewerbern aber trotzdem als erster Erfolg eingeschätzt. In Göttingen fordert jetzt der DGB-Kreisvorstand die Umwandlung der Warengutscheine in Barmittel, und der DGB-Kreisvorsitzende erklärt, daß Gewerkschafter die Warengutscheine gegen Bargeld eintauschen werden — die Landesregierung erklärt prompt, die Streiks hätten das Klima verschlechtert.

Tatsache ist, daß das Selbstbewußtsein der Asylbewerber, die gestreikt

haben, gestiegen ist und die Verbindungen zu politischen Organisationen und Zusammenschlüssen gefestigt wurden. Z.B. ist das Göttinger Lager der Landesregierung ein Dorn im Auge, weil es ein ständiger "Unruheherd" sei. Tatsächlich gibt es seit Jahren kontinuierlichen Kontakt und Unterstützung der Asylbewerber. Dieser Kontakt besteht zu den meisten Asylbewerbern in den anderen Lagern Niedersachsens nicht in der Form. Während des Hungerstreiks gelang es z.B. nicht, zu allen Lagern Verbindungen aufzunehmen, weil die Briefe abgefangen wurden. Gespräche mit Asylbewerbern aus anderen Lagern machen deutlich, daß überall dort, wo keine Unterstützung besteht, die Zustände noch um einiges schlimmer sind als im Göttinger Lager. Z.B. in der Zentralen Anlaufstelle in Braunschweig (ZAS) wird das Lager um 22.00 Uhr geschlossen. Jeder Besuch wird kontrolliert und häufig schikaniert. Die Asylbewerber dürfen sich den Arzt nicht selber aussuchen, und die Familien der Asylbewerber wer-

den manchmal auseinandergerissen und auf verschiedene Lager verteilt.

In Friedland, wo Aussiedler aus osteuropäischen Staaten untergebracht werden, sind seit Herbst 1985 auch Asylbewerber aus Pakistan, Libanon und der Elfenbeinküste untergebracht. Gegen diese ist die Stimmung im Ort bis an den Rand eines Pogroms geschürt worden. Die Asylbewerber sollen angeblich eine Gefahr für Frauen und Kinder sein und in Banden durch den Ort ziehen. Tatsächlich werden die Asylbewerber schwer schikaniert, z.B. der Inhalt ihrer Abfalltonnen wird kontrolliert und über die Ortskneipen bekanntgegeben. In dem auf zwei bis drei Tage Verweildauer zugeschnittenen Lager müssen die Asylbewerber teilweise sechs bis acht Wochen in völlig überfüllten Räumen leben, ca. 50 bis 60 Kinder spielen vor den Türen auf den Fluren.

Quellenhinweis: (1) Niedersächsischer Städteverband, 4/83

Sachverständige zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses

Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände

"Nach Ansicht der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise sind Hauptursachen für die nach wie vor als unbefriedigend empfundene Situation:



Westberlin: Zwangsarbeit von Asylbewerbern

1. Die ungebrochene Sogwirkung, die davon ausgeht, daß die Bundesrepublik Deutschland der einzige europäische Staat ist, der nach seiner Verfassung politisch Verfolgten ein unbeschränktes Grundrecht auf Asyl gibt"

Im einzelnen: "Sozialhilferecht und Asylrecht haben unterschiedliche Ausgangspunkte und Zielsetzungen. Die Gewährung von Leistungen nach dem BSHG an asylsuchende Ausländer läßt sich daher nur schwer der aktuellen Problematik des Asylrechts, nämlich dessen Mißbrauch einzudämmen, unterordnen. Sozialhilfe ist ihrem Wesen nach individuelle Hilfe... Pauschale Regelungen für ganze Personengruppen führen zu Kollisionen mit diesem Prinzip. Anzustreben ist daher für die Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts der asylsuchenden Ausländer und ihrer Angehörigen eine eigenständige bundesgesetzliche Regelung im Rahmen des Ausländerrechts, die die Anwendung der Vorschriften des BSHG ausschließt. Inhalt einer solchen Regelung müßte insbesondere sein:

- Die vollständige Erfassung aller Gruppen von asylsuchenden Ausländern und ihnen vergleichbarer Gruppen unter Einbeziehung der Familienangehörigen,
- die Geltung dieser Regelung bei Abweisung des Asylantrags bis zum Verlassen der Bundesrepublik,
- die Gewährung von Sachleistungen, soweit dies möglich ist,

- die grundsätzliche Verpflichtung zum Einsatz der Arbeitskraft unabhängig davon, ob eine Arbeitserlaubnis vorliegt oder nicht.

Im Asylverfahrensrecht sollte... folgendes geregelt werden:

- Es sollte eine... 'Erledigungsregelung' in das Gesetz aufgenommen werden. Hier wären insbesondere die Fallgruppen der Verwirkung wegen verspäteter Asylantragstellung, wegen Nichtbefolgung einer Einweisungsentscheidung... und wegen Un erreichbarkeit des Asylbewerbers... aufzunehmen...

- Hinsichtlich der Einweisung in Gemeinschaftsunterkünfte sollte aufgrund der Probleme, die sich im praktischen Vollzug regelmäßig ergeben, überlegt werden, ob die Formulierung in § 23 'sollen untergebracht werden' ersetzt werden sollte durch die Formulierung 'sind unterzubringen'".

2. "die Möglichkeit, mittels zielgerichteter politischer Betätigung, die nicht an eine politische Betätigung im Herkunfts- und Verfolgerstaat anknüpft, Nachfluchtgründe zu schaffen"

Im einzelnen: "Eine politische Betätigung, die erst in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wird mit dem offensichtlichen Ziel, Nachfluchtgründe herbeizuführen, ist mit allen rechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Zu diesen Mitteln gehört auch, daß dem Antragsteller gesetzlich auferlegt wird, die politische Betätigung zu unterlassen."

3. "der Umstand, daß es bei den aktuellen Asylbewerberzahlen unter den gegebenen Voraussetzungen nicht gelingen kann, das Asylverfahren binnen eines Jahres rechtskräftig abzuschließen"

Im einzelnen: "Es kann aufgrund der Erfahrungen aus dem Jahre 1980 auch unschwer vorausgesagt werden, daß bei jahrelangem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland Integrationsstatbestände eintreten, die nachfolgend auch bei unanfechtbar abgelehntem Antrag die Duldung des Bewerbers zur Folge haben."

4. "der Tatbestand, daß der negative Ausgang eines Asylantragsverfahrens nach unserer Erfahrung für den weiteren Verbleib des abgelehnten Bewerbers in der Bundesrepublik Deutschland nur eine überaus geringe Bedeutung hat"

Im einzelnen: "Unsere Mitglieds-kommunen berichten..., daß die Fälle der Abschiebungsverzögerung zunehmen. Neben den von den Länderinnenministern aus politischen oder humanitären Gründen veranlaßten Duldungen abgelehnter Asylbewerber mehrten sich auch die Fälle, in denen

zur Ausreise aufgeforderte oder zur Abschiebung heranstehende Ausländer aufgrund politischer Einflußnahme oder des Eingreifens von Bürgerinitiativen verbleiben können... (Daher muß nach einem Jahr... zum einen unanfechtbar feststehen, ob er die Bundesrepublik verlassen muß. Wird das bejaht, ist sicherzustellen, daß der Bewerber und gegebenenfalls seine Angehörigen die Bundesrepublik auch tatsächlich umgehend verlassen."

5. "die uneinheitliche Erllaßlage der Bundesländer zur Ausführung des Asylverfahrensgesetzes, die die kommunalen Ausländerbehörden mit immer neuen Vollzugshemmnissen beschränkt und darüber hinaus zu einer Binnenwanderung von Asylbewerbern in der Bundesrepublik Deutschland führt" (Auszug).

Stellungnahme des Caritas-Verbandes

1. "Das in Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG gewährleistete Asylrecht verdeutlicht neben anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen, daß die Bundesrepublik Deutschland kein klassischer Nationalstaat mehr ist, sondern ein europäischer Staat... Dies verpflichtet auch zukünftig zur Aufnahme von Flüchtlingen..., so daß eine Einschränkung des Asylrechts abgelehnt werden muß.

... auf europäischer wie auf außer-europäischer Ebene (sollte) eine politische Übereinkunft darüber getroffen werden, wie die Ursachen des Flüchtlingselends in den Heimatländern selbst bekämpft, wie eine möglichst heimatnahe Unterbringung gesichert und wie viele Flüchtlinge jeder Staat mindestens jährlich bei sich aufzunehmen hat. Dabei sollte es sich die Bundesrepublik Deutschland zur Richtschnur machen, grundsätzlich solange Flüchtlinge aufzunehmen, als nicht nachgewiesen ist, daß die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Ressourcen dies verbieten... Es darf dadurch jedoch kein Zustand eintreten, wonach das verfassungsrechtlich garantierte Asylrecht etwa wegen einer perfektionierten Einreise-Abwehr zur bloßen Rechtshülse wird."

Im einzelnen: "Mit (den) großenteils auf Schätzungen beruhenden Zahlenangaben (der Bundesregierung zum Anstieg der Asylbewerberzahlen) läßt sich eine 'Belastungsgrenze', für die bisher keine objektivierbaren, wissenschaftlich nachprüfbar Kriterien vorliegen, nicht belegen..."

Ein gesichertes Bleiberecht für Ausländer, die bei einer Abschiebung in den Heimatstaat mit Folterungen oder einem ähnlichen Schicksal zu rechnen hätten, führt nicht zu unüberwindlichen Problemen... Von 'ungerechtfertigter Inanspruchnahme des Asylrechts' wird man nur in den rela-

tiv wenigen Fällen sprechen können, in denen der Asylantrag als Schutz gegen eine rechtmäßige Abschiebung oder eventuell gegen eine befürchtete Kriminalstrafe benutzt wird...

Mit Ausnahme von Personalverstärkungen im Behörden- und Gerichtsreich sind keine das Verfahren beschleunigende Maßnahmen möglich. Allein die Nachforschungen über die im Einzelfall behauptete Verfolgung brauchen ihre Zeit. Der Rechtsschutz kann nicht weiter eingeschränkt werden...

Keine der vorgeschlagenen Änderungen sind geeignet..., sogenannten 'Mißbräuchen des Asylverfahrensrechts' wirkungsvoll zu begegnen. Da es im Wesen eines Anspruchs liegt, ihn auch dann zu erheben, wenn seine Voraussetzungen nicht zweifelsfrei bestehen, ist das Wort vom 'Mißbrauch' des Asylverfahrensrechts zumindestens mißverständlich...

Der Vorschlag, die Anerkennung des Asylrechts alle zwei Jahre zu überprüfen, ist abzulehnen...

Die vom Bundesrat angeregte Änderung des Ausländergesetzes, wonach der bisher in § 14 AuslG gewährleistete Abschiebungsschutz auf den Personenkreis eingeschränkt werden soll, der von politischer Verfolgung bedroht wird, ist zu weitgehend. Über das in Art. 16 GG gewährleistete Asylrecht hinaus schützt die Verfassung in Art. 1 GG... auch diejenigen Menschen, die bei Ausweisung um ihr Leben und ihre Freiheit fürchten müssen... Diejenigen, die sich dabei auf politische Verfolgung berufen, sollten nur dann einen Antrag auf Asylrecht stellen müssen, wenn keine Gründe dagegen sprechen...

Nach den Erfahrungen der Caritas-Rechtsberater werden sogenannte 'Nachfluchtgründe' tatsächlich vermehrt vorgetragen. Dabei geht es nicht um die 'Schaffung' von Nachfluchtgründen oder gar um Beschaffung... Dies liegt vielmehr in erster Linie daran, daß die Flüchtlinge manchmal nur auf diesem Wege die notwendigen Nachweise für ihre politische Verfolgung führen können...

Der Vorschlag, wonach ein Asylantrag 'offensichtlich unbegründet' ist, wenn der Ausländer 'offensichtlich' aus wirtschaftlichen Gründen eingereist ist, zeigt schon von der sprachlichen Form her, wie sehr dies den Rechtsschutz gefährden kann. Denn zu den wichtigsten rechtsstaatlichen Prinzipien zählt, daß erst die Prüfung des Einzelfalles in der Regel Gerechtigkeit schafft...

Eine Vereinheitlichung (des Asylrechts) zwecks besserer Verteilung der Flüchtlinge in Europa sollte angestrebt werden. Wichtig wäre auch, daß die Anerkennung als Flüchtling seitens eines Landes in allen anderen EG-Staaten anerkannt würde...

Regionalisierung darf kein Schlagwort für das Abdrängen von Flüchtlingen in weitaus stärker belastete Länder werden."

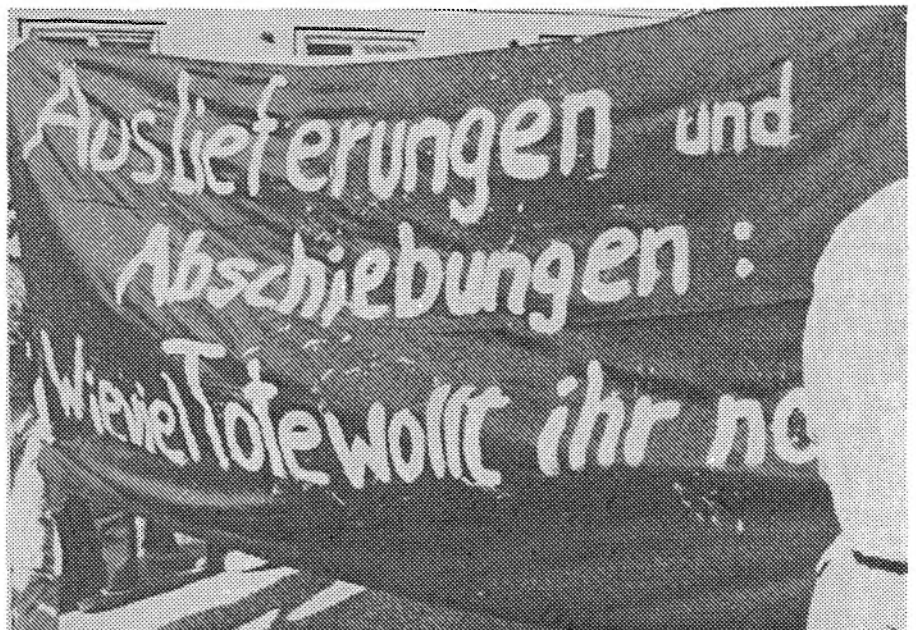
2. "Wegen der auf Dauer nicht erträglichen Krankheitsfolgen eines länger anhaltenden Lageraufenthaltes sollte der in einigen Bundesländern bestehende Zwang für Flüchtlinge, Großlager aufzusuchen, abgebaut werden. Stattdessen ist zu denken an zeitlich beschränkte Aufenthaltsdauer in Aufnahmestellen, Schaffung kleinerer Wohngemeinschaften, Förderung des Zusammenhalts der Großfamilie."

Im einzelnen: "Abschreckende Wirkungen haben die Maßnahmen auf Flüchtlinge nicht, obwohl dies immer behauptet wird... Nach dem Verfassungsprinzip der Menschenwürde, an die jede staatliche Gewalt gebunden ist, dürfen auch die Lebensbedingungen der Flüchtlinge nicht nach irgend-

Flüchtlinge wie überhaupt alle aufenthaltsrechtlich geduldeten Personen nach einem bestimmten Zeitablauf eine Besondere Arbeitserlaubnis nach § 2 AEVO erhalten können, so daß sie sich ohne Rücksicht auf die Lage und die Entwicklung des Arbeitsmarktes im jeweiligen Arbeitsamtsbezirk innerhalb des ganzen Landes um Arbeit bemühen können...

Ganz allgemein ist zu erwägen, ob nicht jedem Asylbewerber schon zu einem Zeitpunkt, zu welchem er noch keinen Arbeitsplatz hat, die Gelegenheit gegeben werden soll, sich an gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit zu beteiligen. Voraussetzung ist Freiwilligkeit."

4. "... Der Flüchtling (darf) grundsätzlich nicht schlechter gestellt werden als deutsche oder andere ausländische Sozialhilfeempfänger."



Protestdemonstration im August 1983 in Westberlin

welchem politischen Kalkül gestaltet werden, sondern sie sind so zu bemessen, wie es den Regelungen für deutsche Bürger entspricht...

Jedem Asylbewerber sollte es gestattet sein, den ihm zugewiesenen Aufenthaltsort oder -bezirk verlassen zu können... Es gibt keine wichtigen Belange, Flüchtlinge statt in Einzelunterkünften in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen, und es gibt auch keine wichtigen Belange, Flüchtlinge bestimmten schwerwiegenden Aufenthaltspflichten zu unterwerfen... Das Reiseverbot sollte gelockert werden."

3. "Das Arbeitsverbot sollte abgeschafft oder zumindest variabler gestaltet werden."

Im einzelnen: "Jede Erleichterung bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis ist daher zu begrüßen... (Es) sollte geprüft werden, ob nicht diese

Das Drei-Klassen-Recht in der Sozialhilfe muß abgeschafft werden."

Im einzelnen: "Die in § 120 Abs. 2 BSHG... enthaltene Regelung, wonach die Hilfe auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche eingeschränkt werden kann, muß... die Ausnahme bleiben... die Hilfe zum Lebensunterhalt (ist)... nicht danach zu bemessen..., ob der Flüchtling damit in seiner Heimat in der Lage wäre, ein menschenwürdiges Leben zu führen, sondern danach, ob er hier in Deutschland dazu in der Lage ist... Den Flüchtlingen sollte... weder Krankenhilfe noch Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen verweigert werden können... Über eine Änderung der Vorschrift des § 120 BSHG hinaus sollte geprüft werden, ob... auch andere sonstige Leistungen der Sozialhilfe gewährt werden können" (Auszug).



FDP gegen Mindeststandards

Als einen "nützlichen Beitrag" zur Reform der sozialen Sicherung hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) den kürzlich von der FDP vorgelegten Entwurf eines Sozialprogramms für die nächsten Bundestagswahlen bezeichnet. Darin hatte die FDP unter anderem eine weitere Ausdehnung der "Selbst-

beteiligung", neue Kostensenkungsprogramme bei der Krankenversicherung und den Abbau von Hemmnissen gegen "betriebliche Altersversorgung" gefordert. Dagegen vermissen die Kapitalisten noch die Forderung nach Beseitigung der Lohnfortzahlung. Das wird die FDP nachholen. Sie macht sich erneut zum Vorreiter von Kapitalistenangriffen gegen Mindeststandards der Lohnabhängigen.

Palästina/Besetzte Gebiete: PLO ausgebootet?

Mitte Februar hat König Hussein das Abkommen mit der PLO platzen lassen und das Westjordanland zur Bildung einer neuen Palästinenserführung aufgerufen. Die letzte Möglichkeit für die PLO, bei internationalen Verhandlungen vertreten zu sein, scheint dahin. Kurz darauf ermorden Arafatgegner den Bürgermeister von Nablus Al-Masri, ein Mann mit guten Beziehungen zu Hussein und einziger Lokalpolitiker, der— ohne Wahl— unter israelischer Besatzung das Amt übernommen hatte. Seine Beerdigung wird zur größten Demonstration in den besetzten Gebieten. Welche Kräfte tragen den politischen Kampf, wie sind die Reaktionen auf die Aufkündigung des Abkommens?



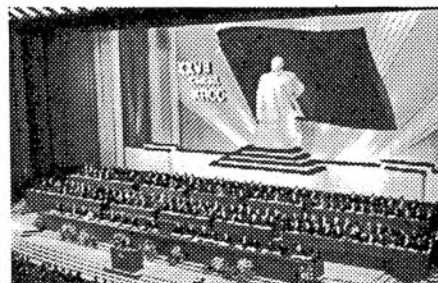
GRÜNE für Bezirksbeiräte

Mit 21:20 Stimmen hat der Heidelberger Gemeinderat insgesamt acht Änderungsanträge zur Hauptsatzung und Geschäftsordnung verabschiedet. Unter anderem ist damit die Einführung von Bezirksbeiräten beschlossen. Nach § 64, Abs. 1 der baden-württembergischen Gemeindeordnung können durch die Hauptsatzung in Gemein-

den Gemeindebezirke eingerichtet werden. Nach Abs. 2 können in den Gemeindebezirken Bezirksbeiräte gebildet werden. Der amtierende Oberbürgermeister Zundel hat mit seinem Rücktritt gedroht, falls die Bezirksbeiräte in Heidelberg Wirklichkeit werden. Vorerst hat er Widerspruch gegen das Abstimmungsergebnis eingelegt. Das Regierungspräsidium muß darüber entscheiden.

Wohin strebt die KPdSU?

Die KPdSU hat auf ihrem 27. Parteitag im März eine Neufassung ihres Programms verabschiedet, das sich in z.T. wesentlichen Punkten von dem Programm unterscheidet, das 1961 noch unter Chruschtschow in Kraft gesetzt worden war. Die Änderungen spiegeln, wenn vielleicht auch nur andeutungsweise, unter anderem zweierlei wider: das Scheitern des Chruschtschowschen Kurses der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus und die Festigung der Herrschaft der leitenden Klasse der werktätigen Intelligenz, die dennoch unter der Bedrohung durch den imperialistischen Westen einige bedeutsame Zugeständnisse an den proletarischen Klassenkampf machen muß.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 02 21/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 02 21/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Gerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.